NEUE ZEIT

Die Aggression gegen die arabische Welt

Eine westdeutsche Variante des Unternehmens Prometheus

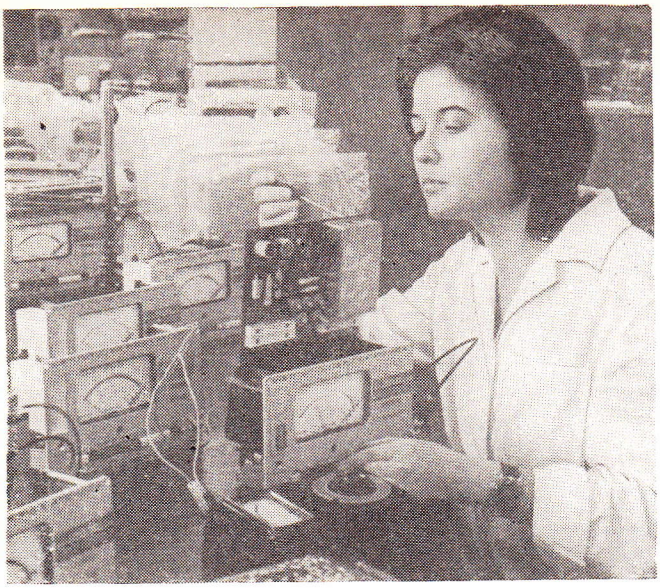
Chronik des nigerianischen Dramas

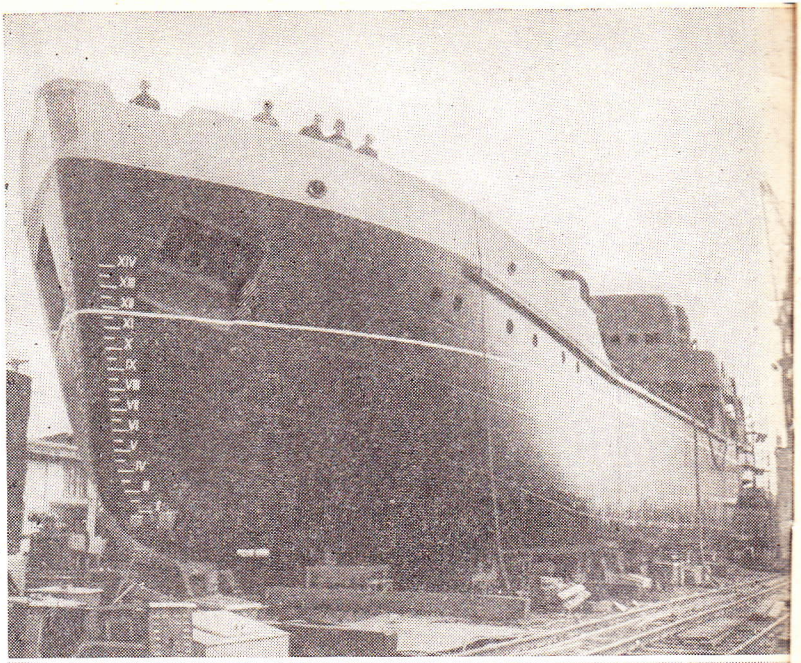
Die Arbeiter und die Kultur

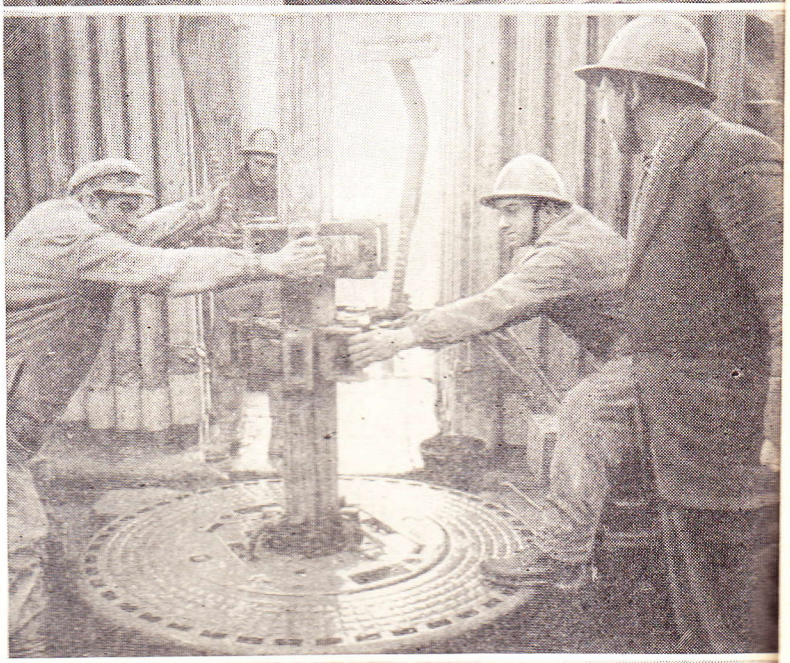
R. Palme Dutt: Wohin geht China?

24
14. JUNI
1967

WOCHENSCHRIFT FÜR WELTPOLITIK









Aus der rumänischen Industrie

Das sozialistische Rumänien erzeugt Werkzeugmaschinen, Ausrüstungen für die Erdölgewinnung, den Bergbau, die Chemieindustrie und die Energiewirtschaft, Schlepper, Lastkraftwagen und Hochseeschiffe. Im Jahre 1970 wird Rumänien laut Plan alle 24 Tage genau soviel Industriegüter erzeugen wie alle seine Betriebe im Jahre 1938.

Oben: **In einem Laboratorium des Instituts für Kernphysik der Akademie der Wissenschaften der SRR.** Rechts: **Werft in Turnu-Severin; an einer Sonde im Ölrevier Berca (bei Ploeşti); Bahnbehälter für Schüttgut.**

NEUE ZEIT

Nr. 24

14. Juni 1967

Wochenschrift für Weltpolitik
Verlag der Zeitung „Trud"
Moskau

25. Jahrgang

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, polnischer und tschechischer Sprache.
Sämtliche Ausgaben entsprechen der russischen.
Russisch am 9. Juni erschienen.

In diesem Heft:

Die Aggression gegen die arabische Welt 1
B. Ratschkow – Die Imperialisten und das Öl im Nahen Osten . 2
Unser Kommentar: Die Probe der Zeit ● Warnung an Provokateure 4
N. Fedorenko – UNO muß endlich Aggression definieren . 5
A. Grigorianz – Eine westdeutsche Variante des Unternehmens Prometheus 7
Fünfzig Jahre Oktoberrevolution: J. Gorodezki – Der erste sowjetische Präsident 9
G. Diligenski – Die Arbeiter und die Kultur 12
Eraclio Zepeda – Die immer mit uns sind 15
Es spricht Manolis Glezos . . . 16
V. Sidenko – Eine Chronik des nigerianischen Dramas 18
J. Schischkow – „Kleineuropa" nach dem Treffen in Rom . . . 20
Internationale Umschau 23
Libuše Bártlová – Wo Menschen leben 25
R. Palme Dutt – Wohin geht China? (Schluß) 27
N. Weltow – Washingtons Achillesferse (Bücherschau) 31
Biographisches: Norodom Phurissara 26
Leserbriefe 11
Chronik 32

Die Aggression gegen die arabische Welt

Im Nahen Osten lodern Kriegsflammen. In den frühen Morgenstunden des 5. Juni unternahm Israel plötzlich eine großangelegte Offensive gegen die Stellungen der VAR-Truppen unter Einsatz von Panzern und Flugzeugen. Auf ägyptische Städte und Flugplätze, auf die Suezkanalzone wurden Bomben abgeworfen.

Die Aggressoren erhielten eine entschiedene Abfuhr, und zwar nicht nur an der ägyptischen Front. Zur Entlastung der VAR unternahmen syrische Truppen militärische Operationen. Kämpfe entfalteten sich an der jordanisch-israelischen Grenze. Auf israelisches Territorium gingen Bomben und Geschosse nieder. Zum Zeichen der Solidarität mit Kairo erklärten die arabischen Länder Israel den Krieg.

Obwohl die Spannungen einen außerordentlich hohen Grad erreicht hatten, bestand bis zur letzten Zeit die Hoffnung, daß der Nahostkonflikt friedlich, durch Verhandlungen, geregelt werden würde. Heute wissen ja alle, daß Kriege wie Krankheiten leichter zu verhüten als einzustellen sind. Die Aggression Israels, das zu seiner abenteuerlichen Haltung von außen her aufgemuntert wird, hat diese Hoffnung jedoch scheitern lassen. So ist das Feuer des Krieges in einem weiteren wichtigen Teil der Welt aufgeflammt.

Man kann nicht sagen, daß die israelische Aggression eine volle Überraschung gewesen wäre. Obwohl in den letzten Wochen in Tel Aviv viel von „diplomatischen Bemühungen" und einer Regelung durch Verhandlungen die Rede war, orientierte man sich dort faktisch auf den Krieg. Davon zeugten die umfassenden militärischen Vorbereitungen im Lande, als deren Abschluß das Kabinett reorganisiert wurde, wobei in ihm eine so odiöse Figur wie General Moshe Dayan auftauchte. Daß dieses Idol der Extremisten, der „Held" des Sinaifeldzugs von 1956, der unlängst zu einem „Erfahrungsaustausch" mit den amerikanischen Aggressoren in Südvietnam gewesen ist, zum israelischen Kriegsminister ernannt wurde, zeigte, daß die Würfel in Tel Aviv gefallen waren und daß der Beginn der Kriegshandlungen gegen die arabischen Länder nur noch eine Frage der Zeit war. Nebenbei: Fast in ebendiesen Ausdrücken kommentierte die **New York Times** am 4. Juni Dayans Ernennung.

Dayan erklärte bereits auf seiner ersten Pressekonferenz, er „würde sich wundern, wenn die Diplomatie Erfolg hätte" bei der Bereinigung des Nahostkonflikts. Er prahlte: „Wenn ein Krieg ausbricht, so ist eins nicht zu bezweifeln: Wir werden siegen." Am zweiten Tag nach diesen Erklärungen erging dann der Befehl, die arabischen Truppen anzugreifen und die Grenze zu überschreiten.

Israel begann seine Vorbereitungen zur Aggression selbstverständlich nicht erst gestern. Bereits Mitte Mai erhob Ministerpräsident Eshkol in einer Rede, die er zum

19. Jahrestag des Bestands von Israel hielt, gegen die arabischen Länder, vor allem gegen Syrien, die Beschuldigung, „Sabotage und Diversionsakte" auf israelischem Gebiet organisiert zu haben. Er sagte: „Wir werden selbst die Zeit, den Ort und die Art und Weise der Gegenaktionen bestimmen." Nun wissen wir, was die Regierung Eshkol meinte. Als Zeitpunkt der Aggression erwählte sie sich den Juni, als Ort die Grenze gegen die Vereinigte Arabische Republik und als „Art und Weise der Gegenaktionen" den heimtückischen Überfall unter Einsatz großer Massen von Flugzeugen und Panzern.

Daß sich die israelische Aggression, deren erste Zielscheibe Syrien werden sollte, schließlich gegen die Vereinigte Arabische Republik wandte, ist kein Zufall. Die VAR mit ihrer unabhängigen Außenpolitik und ihren fortschrittlichen Reformen im Inland ist den israelischen Extremisten und den imperialistischen Mächten des Westens schon lange ein Dorn im Auge. Darum wurde beschlossen, den Hauptstoß gegen das größte Land der arabischen Welt zu richten, um welches sich so oder anders die anderen arabischen Staaten gruppieren.

Aber dieses abenteuerliche Vorhaben kann sich gegen seine Initiatoren wenden. Wir haben in letzter Zeit wiederholt von den israelischen Staatsmännern gehört, sie kämpften für den Fortbestand Israels als Staat. Aber dadurch, daß sich die israelischen Staatsführer offen allen anderen Nahostvölkern entgegenstellen und zum zweiten Mal eine Aggression gegen sie unternehmen, treiben sie ihr Spiel mit dem Geschick ihres Staates. Mit Recht heißt es in der Erklärung der Sowjetregierung vom 5. Juni: „Kann etwas die Grundlagen der Entwicklung und der eigentlichen Existenz des israelischen Staates am stärksten untergraben, so ist es gerade dieser Weg der Unvernunft und des Abenteurertums in der Politik, zu dem sich heute die führenden Kreise Israels entschlossen haben."

Nicht verschwiegen werden kann die verwerfliche Rolle, die einige Westmächte, vor allem die USA und England, bei der Entfachung des Militärkonflikts im Nahen Osten gespielt haben. Heute haben die Regierungen dieser beiden Länder erklärt, sie seien im arabisch-israelischen Konflikt „neutral". Aber dieser plumpe Versuch, die Spuren zu verwischen, kann kaum jemand irreführen. Wer wüßte nicht, was für enge Beziehungen zwischen den herrschenden Kreisen der Vereinigten Staaten, Englands und des Staates Israel bestehen? Für westliches Geld und mit westlicher Hilfe hat Israel eine der stärksten Armeen im Nahen Osten aufgestellt, und diese Armee hat es jetzt gegen die arabischen Staaten angesetzt.

Die Imperialisten und das Öl im Nahen Osten

Es gibt in der kapitalistischen Welt keinen Raum, der reicher mit Erdöl gesegnet wäre, als der Nahe und Mittlere Osten, besonders die Gebiete am Persischen Golf. Ende 1966 wurden die in diesem Raum ermittelten Ölvorräte auf insgesamt 32 Milliarden Tonnen geschätzt, während die Lagerstätten der USA nur 5 Milliarden Tonnen und die in Westeuropa lediglich 0,2 Milliarden Tonnen führen. Die Ölvorräte im Nahen und Mittleren Osten sind mehr als dreimal so groß wie die in der gesamten westlichen Hemisphäre.

Auf den Raum des Persischen Golfs entfällt mehr als ein Drittel der gesamten Erdölgewinnung der kapitalistischen Welt. Im vorigen Jahr betrug die Ausbeute hier 468 Millionen Tonnen (bei einer gesamten Ölgewinnung der kapitalistischen Welt von 1 339 000 000 Tonnen). Sie war damit etwa um 100 Millionen Tonnen größer als die Ölgewinnung am Golf von Mexiko, zweieinhalbmal so groß wie im Raum des Karibischen Beckens und fast fünfmal so groß wie in der Sahara.

Dagegen ist die Erdölverarbeitung in diesem Raum nur sehr wenig entwickelt, da der Imperialismus bestrebt ist, den Nahen und Mittleren Osten weiterhin auf die Rolle eines Rohstoffanhängsels zu beschränken. Am Gewinnungsort kann in diesem Raum nur jede sechste Tonne des gewonnenen Öls raffiniert werden, während die USA und Westeuropa überschüssige Verarbeitungskapazitäten in gewaltiger Menge haben.

Das meiste Öl wird in Saudiarabien gefördert (1966 — 117 Millionen Tonnen), ferner in Kuweit (114 Millionen Tonnen), Iran (106 Millionen Tonnen), Irak (67 Millionen Tonnen) und im Fürstentum Abu Dhabi (17 Millionen Tonnen). Gewonnen wird das Öl jedoch nicht von Gesellschaften dieser Länder, sondern von imperialistischen Monopolen. An ihrer Spitze steht das englische halbstaatliche Monopol British Petroleum Co., auf welches im vorigen Jahr 120 Millionen Tonnen des im Nahen und Mittleren Osten gewonnenen Öls entfielen. Die Rockefellersche Standard Oil Company of New Jersey (Esso) und die ebenfalls Rockefeller gehörenden Standard Oil Co. of California (Stancal) und Socony Mobil Oil Co. (Mobil) haben im vorigen Jahr insgesamt 130 Millionen Tonnen gewonnen, Mellons Gulf Oil Corporation (Gulf) 64 Millionen Tonnen, eine weitere amerikanische Gesellschaft, die Texas Oil Co. (Texaco), 44 Millionen Tonnen, die britisch-niederländische Royal Dutch Shell (Shell), in der in den letzten Jahren der Einfluß des USA-Kapitals beträchtlich gewachsen ist, 36 Millionen Tonnen.

Da die Auslandsmonopole die arabische Bevölkerung nicht zu sehr in ihren nationalen Gefühlen kränken wollen, haben sie ihren Mittelostniederlassungen Namen gegeben, die für arabische Ohren besser klingen. In Saudiarabien wird das Öl von der Aramco (Arabian American Oil Co.) gewonnen, die faktisch vier USA-Monopolen gehört, in Kuweit von der Kuwait Oil Co., die zur Hälfte der British Petroleum, zur Hälfte der Gulf gehört, im Irak von der Iraq Petroleum Co., deren Aktien im Besitz von fünf westlichen Monopolen sind.

Insgesamt kontrolliert das USA-Kapital im Nahen und Mittleren Osten über 50 Prozent der Ölgewinnung (im Jahre 1966 240 Millionen Tonnen), das britische Kapital 34 Prozent (160 Millionen Tonnen), das französische etwa 6 Pro-

In den letzten Wochen waren wir Zeugen des großen Aufputschungsfeldzugs, den die reaktionäre englische und amerikanische Presse startete, die Israel zuerst auf Syrien und dann auf die VAR hetzte, wobei sie ihm die „moralische" und jede andere Unterstützung des Westens versprach. Darum liegt die unmittelbare Verantwortung des anglo-amerikanischen Imperialismus für das Blutvergießen im Nahen Osten auf der Hand. Es ist auch kein Zufall, daß die Schiffe der 6. USA-Flotte „zur rechten Zeit" unmittelbar an den Konfliktraum herangeschoben wurden und daß „fast ein Viertel der aktiven Flotte der britischen Marine in diese Krise einbezogen ist" *(Sunday Telegraph)*.

Zum Unterschied von den genannten Westmächten bezog die Sowjetunion von Anfang an die Position einer entschiedenen Unterstützung der Regierungen und Völker der VAR, Syriens, Iraks, Algeriens, Jordaniens und der anderen von der Aggression bedrohten arabischen Staaten.

Das ergibt sich aus der konsequenten sowjetischen Politik, die darauf gerichtet ist, allen Kämpfern gegen das imperialistische Joch, für Freiheit und nationale Unabhängigkeit zu helfen.

Die Sowjetunion verfolgt im Nahen Osten keine eigennützigen Interessen. Sie hat dort weder Ölkonzessionen noch Ölleitungen. Ihre Hilfe für die Völker dieses Raumes, die den Weg einer unabhängigen Entwicklung betreten haben, ist nicht durch egoistische Bestrebungen bedingt, sondern durch das Verständnis für das nationale Sehnen und Hoffen dieser Völker. Selbstverständlich denkt die Sowjetunion dabei auch an die Sicherheit ihrer südlichen Grenzen, die unmittelbar am Nahostraum liegen.

Jetzt, da im Nahen Osten die Kanonen sprechen, da dort Bomben explodieren und Blut fließt, besteht die Aufgabe vor allem darin, den Kriegshandlungen möglichst rasch ein Ende zu machen. Die Regierung der UdSSR, die die Aggression Israels verurteilt, hat von der israelischen Regierung als erste dringliche Maßnahme die unverzügliche bedingungslose Einstellung der Kriegshandlungen gegen die arabischen Länder und die Zurückführung ihrer Truppen hinter die Waffenstillstandslinie verlangt.

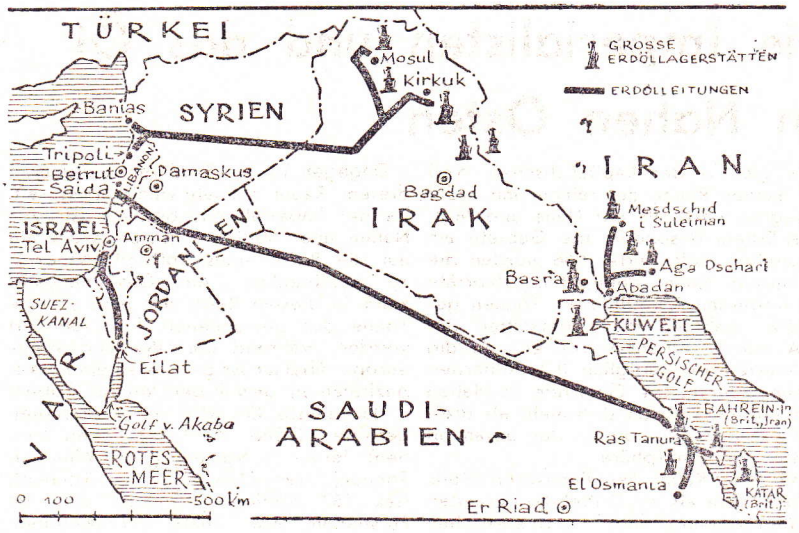
Auch die Organisation der Vereinten Nationen muß ihrer Mission gerecht werden. Die Regierung der Sowjetunion hofft mit der gesamten sowjetischen Öffentlichkeit, daß die Regierungen der anderen Staaten einschließlich der Großmächte gleichfalls alles tun werden, um die Kriegsflamme im Nahen Osten zu löschen und den Frieden wiederherzustellen.

---

zent (28 Millionen Tonnen) und das japanische über 4 Prozent (22 Millionen Tonnen).

Auf Grund der Konzessionsverträge überweisen die Auslandsmonopole den Regierungen der Nah- und Mittelostländer etwa die Hälfte ihres Reingewinns aus der Rohölförderung. Der Preis für Rohöl schwankt je nach der Sorte zwischen 11 und 15 Dollar pro Tonne. Die Gewinnungskosten betragen dabei 1—2 Dollar je Tonne. Folglich beträgt der Reingewinn pro Tonne Rohöl 10—14 Dollar, von denen 5—7 Dollar an die Regierungen der Gewinnungsländer gezahlt werden. Die Monopole selber raffinieren das Öl und verkaufen die Ölprodukte zu 12—40 Dollar (Masut, Benzin) bis zu 100 und mehr Dollar (Öle, erdölchemische Produkte) je Tonne, und all diese Einkünfte verbleiben ihnen.

Im Jahre 1966 entzog die „große Sieben" der Ölmonopole des Westens (Esso, Shell, Gulf, British Petroleum, Texaco, Mobil und Stancal) der Erde des Nahen und Mittleren Ostens mindestens 50 Prozent des Öls, das sie in der ganzen kapitalistischen Welt gewann. Man kann darum sagen, daß von den rund 4 Milliarden Dollar Reingewinn dieser Monopole im vorigen Jahr mindestens 2 Milliarden Dollar auf das Nahostöl entfielen.



Im Zusammenhang mit der Aggression, die Israel im Nahen Osten entfesselt hat, haben die acht ölgewinnenden arabischen Länder — Irak, Kuweit, Libyen, Algerien, Saudiarabien, Abu Dhabi, Bahrein und Katar, deren Vertreter in Bagdad konferierten — gemeinsam erklärt, den Erdölverkauf an jeden Staat einzustellen, der Israel unterstützen würde.

Sie haben ferner mitgeteilt, sie würden Ölgeselischaften, die Israel aus welchen Quellen und in welcher Form auch immer Erdöl liefern sollten, den kollektiven Boykott erklären.

B. Ratschkow

Die Probe der Zeit

Der Freundschaftsbesuch, den Nikolai Podgorny, der Präsidialvorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR, vor etwa zwei Wochen Afghanistan abgestattet hat, eröffnet in der Geschichte der alten sowjetisch-afghanischen Freundschaft ein neues Kapitel. Zugleich ist er als neuerlicher Schritt der Sowjetregierung zur Festigung des Friedens und der Stabilität im Osten anzusehen.

Das Fundament zu dem guten Verhältnis zwischen der Sowjetunion und ihren südlichen Nachbarn wurde noch von dem großen Lenin gelegt. Er war es, der nach der sozialistischen Revolution in Rußland folgenden Aufruf an alle Moslems des Ostens ergehen ließ:

„Von jetzt an werden Ihre Glaubensbekenntnisse und Gepflogenheiten, Ihre nationalen und kulturellen Einrichtungen für frei und unantastbar erklärt. Gestalten Sie Ihr nationales Leben frei und ungehindert! Sie haben ein Recht darauf. Genossen! Brüder! Unbeirrbar und entschlossen gehen wir einem ehrlichen demokratischen Frieden entgegen. Auf unseren Fahnen bringen wir den unterdrückten Völkern der Welt die Befreiung..."

Auch jetzt, nach einem halben Jahrhundert, ist dieser Aufruf Lenins zu Frieden und Freiheit und die Versicherung, die der Führer der Oktoberrevolution den Völkern des Ostens gab, daß das Sowjetland sie unterstützt, ein Grundsatz der sowjetischen Außenpolitik.

Die langjährige Freundschaft der Sowjetunion mit Afghanistan führt der Welt vor Augen, daß an diesen Grundsätzen festgehalten wird. Nicht von ungefähr ist der sowjetische Präsident, als er vor etwa zwei Wochen afghanischen Boden betrat, von allen Afghanen — vom König bis zum einfachen Bauern — wärmstens begrüßt worden. In Afghanistan hat man nicht vergessen, daß das Leninsche Rußland, das von Hunger und Zerrüttung erschöpft war, während der britischen Invasion dem kämpfenden afghanischen Volk eine Million Goldrubel, Flugzeuge und große Waffenpartien schickte, die es sich selbst absparen mußte. Um mit König Mohammed Zahir Schah zu sprechen, weiß in Afghanistan jeder von der jetzigen „aufrichtigen, uneigennützigen und wirksamen Hilfe der Sowjetunion" beim Aufbau seiner nationalen Wirtschaft.

Bei seinem einwöchigen Besuch konnte Nikolai Podgorny nur einige größte Wirtschaftsobjekte besichtigen, die unter Mitwirkung der Sowjetunion gebaut werden. Aber schon ihre bloße Aufzählung ist eindrucksvoll. Das Kraftwerk von Naglu, das dieser Tage eröffnet worden ist, hat eine Kapazität von 67 500 Kilowatt und ist das größte in Afghanistan. Die Höhenautobahn über den Salang-Paß im Hindukusch, die als Tunnel die Gebirgskette durchquert, verbindet jetzt die Süd- mit den Nordprovinzen und ist ein Teil des 2000-Kilometer-Chausseennetzes, das mit Hilfe sowjetischer Straßenbauer angelegt worden ist. Die mit Hilfe der Sowjetunion entstehende erste Polytechnische Hochschule Afghanistans, die Podgorny bei seiner Rundfahrt durch Kabul besichtigt hat, wird afghanische Ingenieure heranschulen.

Nikolai Podgorny und König Mohammed Zahir Schah haben am 2. Juni ein Kommuniqué unterzeichnet, das eine Grundlage für eine weitere Ausdehnung der Zusammenarbeit zwischen den Völkern der beiden Länder ist. In dem Kommuniqué heißt es u. a.: „Bei der Debatte über wichtigste, beide Staaten interessierende Weltprobleme haben die Partner große Besorgnis darüber geäußert, daß die Lage in einigen Gebieten der Erde viel akuter geworden ist... Die Partner sind besorgt über die im Nahen Osten entstandene Situation, wo Versuche gemacht werden, die nationale Freiheitsbewegung abzuwürgen. Beide Partner haben ihrem aufrichtigen Streben danach Ausdruck verliehen, daß der Nahe und der Mittlere Osten eine Friedenszone werden."

Somit haben die Sowjetunion und Afghanistan nicht nur ihr herkömmliches gutes Einvernehmen, sondern auch ihre große Sorge um den Frieden in den Ländern ihrer Umgebung bewiesen.

Warnung an Provokateure

Das Sowjetvolk ist zutiefst entrüstet über den frechen Überfall, den die amerikanischen Luftpiraten im vietnamesischen Hafen Campha auf das sowjetische Schiff „Turkestan" verübt haben. Die Verwundung einiger Matrosen, von denen einer gestorben ist, und die Beschädigungen an dem Schiff sind ein neues Verbrechen des amerikanischen Militärklüngels.

Die Weltöffentlichkeit hat den entschiedenen Protest, den die Sowjetregierung am 2. Juni bei den USA eingelegt hat, mit großem Ernst aufgenommen. Jedermann ist sich darüber klar, was für gefährliche Folgen dieser neue Ausdruck der Politik haben kann, die eine Eskalation der Aggression bezweckt. Bei dem Ruf, den der amerikanische Militärklüngel hat, zweifelt kaum jemand daran, daß im Hafen Campha wissentlich eine Provokation verübt worden ist. Noch vor kurzem kam es ja aus Verschulden des amerikanischen Oberkommandos in der Nähe der fernöstlichen sowjetischen Küste zu gefährlichen Zwischenfällen mit Torpedobootzerstörern. Im Hafen Haiphong wurde ein englisches Handelsschiff aus der Luft beschossen. Jetzt ist unsere „Turkestan" einer Provokation zum Opfer gefallen, an Bord des Schiffes ist sowjetisches Blut geflossen.

Die jugoslawische Zeitung *Politika* stellt alle diese Tatsachen einander gegenüber und schreibt, daß die Anschuldigungen gegen die USA wegen der Beschießung der „Turkestan" „schwer zu widerlegen sind". Wenn sie aber nicht widerlegt werden können, fährt das Blatt fort, so wäre es klug, „wenn sich die USA-Regierung gerade jetzt mit der verlangten Entschuldigung und mit der Bestrafung der Schuldigen beeilen würde". Klugheit scheint in Washington aber nicht mehr Mode zu sein. Statt die Schuldigen festzustellen und zu bestrafen, sind das Verteidigungsministerium der USA und danach das Staatsdepartement den Luftbanditen zu Hilfe gekommen. Fast in denselben Ausdrücken und genauso unüberzeugend haben das militärische und das diplomatische Amt der USA versucht, die sowjetische Anschuldigung zurückzuweisen. Die amerikanischen Amtsstellen haben den Überfall auf Campha zwar zugegeben, aber geleugnet, daß das sowjetische Schiff beschossen und bombardiert worden ist, mit der einzigen Begründung, daß die Piloten „strikte Weisung" gehabt haben sollen, das nicht zu tun. Als ob es nicht schon oft vorgekommen wäre, daß amerikanische Flugzeuge trotz aller Weisungen und entgegen jeder Vernunft „befreundete" südvietnamesische Dörfer und sogar Stellungen der eigenen Truppen mit Bomben belegt und beschossen haben! Die

Fürsprecher der Luftpiraten haben sich sogar zu der Behauptung verstiegen, daß das sowjetische Schiff durch Feuer — der nordvietnamesischen Flakartillerie beschädigt worden sei.

Es ist kein Wunder, daß dieser unbegründeten Behauptung weder in der Sowjetunion noch in anderen Ländern Glauben geschenkt worden ist. Die französische Zeitung *Combat* z. B. schildert die Art, wie das Pentagon reagiert hat, und betont dabei, daß die amerikanischen Kommentare „schamlos sind, wenn man bedenkt, daß die Luftwaffe dieses Landes auf Nordvietnam täglich ebenso viele Bomben abwirft, wie in den schwersten Tagen des zweiten Weltkriegs abgeworfen wurden".

Die jüngsten Meldungen aus Campha nageln die amerikanischen Lügner endgültig fest. Wie der Kapitän der „Turkestan" mitgeteilt hat, ist bei einer gründlichen Besichtigung der Beschädigungen am Schiff ein Blindgänger, ein Geschoß aus einer 20-mm-Kanone, gefunden worden, wie sie die amerikanischen Kampfflugzeuge an Bord führen. Ebenso hat man zahlreiche Splitter solcher Geschosse entdeckt. Was sich das Pentagon wohl jetzt ausdenken wird!

Die sowjetische Öffentlichkeit ist voll und ganz mit der zweiten Note der Sowjetregierung einverstanden, in der die verworrenen amerikanischen „Erklärungen" zurückgewiesen und die in der Note vom 2. Juni enthaltenen Forderungen bekräftigt werden. Es ist Zeit, daß die amerikanischen Amtsstellen auf die zornige Stimme des Sowjetvolkes hören, das in zahlreichen Protestversammlungen ein Ende der Provokationen fordert. Jeder muß wissen, daß unser Land fähig ist, seine Interessen zu wahren und seine heroischen Matrosen zu schützen.

Mag sein, daß die Veranstalter der Provokation gegen die „Turkestan" gehofft hatten, die sowjetischen Matrosen einschüchtern und den Transport von Frachten nach der gegen die amerikanische Aggression kämpfenden DRV verhindern zu können. Die Provokateure haben das Gegenteil erreicht. Sie haben niemanden eingeschüchtert, aber sich selbst vor der ganzen Welt als Abenteurer und Störer der internationalen Ruhe bloßgestellt.

UNO muß endlich Aggression definieren

Nikolai FEDORENKO
Ständiger Vertreter der UdSSR bei der UNO

Der Weltfrieden und die Sicherheit der Völker sind durch Aggression und bewaffnete Intervention bedroht. Unter diesen Umständen ist es besonders wichtig, den Begriff Aggression genau zu definieren, und der diesbezüglichen Erörterung in der UNO kommt darum große Bedeutung zu.

Im April 1967 hat der UNO-Ausschuß zur Bestimmung des Begriffes Aggression seine Tätigkeit wiederaufgenommen. Es ist ernstlich zu bedauern, daß er seine Aufgabe bis jetzt nicht gelöst hat, wo es doch bereits zehn Jahre her ist, seit die Vollversammlung ihn beauftragte, einen geeigneten Zeitpunkt zur Wiederaufnahme der Definitionsdebatte in diesem Gremium zu empfehlen. Eine solche Empfehlung ist der Vollversammlung noch nicht zugegangen. Der Ausschuß beendet jede seiner Tagungen mit dem stereotypen Beschluß, die Behandlung der Frage zu vertagen, die Regierungen um eine Meinungsäußerung zu bitten und dann und dann wieder zusammenzutreten.

Worauf ist diese befremdliche Lage zurückzuführen? Die jedermann bekannte Ursache besteht darin, daß die Vertreter der USA und einiger anderer Westmächte hartnäckig zu verhindern suchen, daß eine Definition des Begriffes Aggression erarbeitet wird, und sich dazu aller möglichen Vorwände bedienen. Es ist für niemand ein Geheimnis, daß die USA die eigentliche Idee ablehnen, die Aggression irgendwie zu definieren.

Die Kräfte der Aggression waren stets bemüht, Kriege, die sie gegen friedliebende Staaten und Völker entfesseln, mit falschen Vorwänden und Ausreden zu bemänteln. So hielten es die Kräfte des Imperialismus und Kolonialismus jahrzehntelang. So handelte namentlich der deutsche Faschismus, der die Menschheit in den Abgrund eines blutigen Weltkriegs stieß.

Auch heute bedienen sich die Einpeitscher der imperialistischen Aggression dieser alten verbrecherischen Mittel. Sie frischen den Bestand an verschlissenen Argumenten lediglich etwas auf und präsentieren sie mit etwas verändertem Etikett. In Washington bezeichnet man den Kampf gegen die nationale Befreiungsbewegung der Völker, die sich gegen den Kolonialismus und die imperialistische Einmischung erhoben haben, als „Vergeltungsmaßnahmen" oder als „Notwehr", die Landung von Fallschirmjägern oder Marineinfanterie auf dem Territorium souveräner Staaten als „Rettungsunternehmen" usw. usf. Immer wieder muß die Welt erleben, daß die aggressiven Kräfte das Opfer der Aggression als den Angreifer hinstellen. Ein frappantes Beispiel ist der Vietnamkrieg.

Vietnam, schrieb der Präsident der DRV, Ho Chi Minh, in seinem Brief an Präsident Johnson vom 15. Februar 1967, ist Tausende Meilen von den USA entfernt. Das vietnamesische Volk hat den Vereinigten Staaten nie irgendwelchen Schaden zugefügt. Aber im Gegensatz zu den Verpflichtungen, die der Vertreter der USA auf der Genfer Konferenz von 1954 einging, mischt sich die Regierung der Vereinigten Staaten ständig in die Ereignisse in Vietnam ein, entfesselte sie und verstärkt sie heute den Aggressionskrieg in Südvietnam, wobei es ihr darum geht, die Spaltung Vietnams aufrechtzuerhalten und aus Südvietnam eine Kolonie von neuem Typus und einen Militärstützpunkt der Vereinigten Staaten zu machen.

Die Aggression in Vietnam ist ein Bestandteil des Kreuzzugs, den die imperialistischen Kreise gegen die nationalen Befreiungsbewegungen ausgerufen haben, ein Versuch, die Geschichte zum Krebsgang zu zwingen und das Volk eines asiatischen Landes in der neokolonialistischen Sklaverei zu halten.

Das Blutvergießen, das die Vereinigten Staaten unter Einsatz barbarischer Massenvernichtungsmittel unternommen haben, zeugt davon, daß sie Südvietnam ein volksfeindliches Regime aufzwingen wollen. Sie mögen noch so viel von ihren „guten Absichten" und „erhabenen Zielen" reden: damit schaffen sie die Tatsache nicht aus der Welt, daß sich Washington in Südvietnam als Gendarm, Henker und Aggressor betätigt.

Eben davon zeugen auch die widerrechtlichen barbarischen Bombenangriffe auf die Demokratische Republik Vietnam.

Mit diesen schweren Verbrechen suchen die USA die anderen Völker einzuschüchtern, die sich zum nationalen Befreiungskampf gegen den Imperialismus erhoben haben. Wer wüßte nicht, daß die USA jede Befreiungsbewegung, jede patriotische Bewegung unverzüglich als „Wühltätigkeit", als eine „neue Form der Aggression" hinstellen? Das Pentagon setzt skrupellos seine Soldaten, seine Marineinfanterie und seine Luftwaffe ein, um die Völker zu unterdrücken. Alle denken noch an die tragischen Ereignisse in der Dominikanischen Republik, wo unter dem Vorwand des Kampfes gegen „subversive Elemente" Hunderte von Patrioten, die gegen die Blutherrschaft der Militärjunta aufgetreten waren und sich für die elementaren demokratischen Rechte einsetzten, massakriert wurden.

Es ist höchst bezeichnend, daß ein führender Politiker wie Senator Fulbright unter Hinweis auf das Bestreben der USA, das Vietnamproblem durch Ultimaten und grobe militärische Gewalt zu lösen, erklärte, daß „dies Methoden sind, wie sie in der Vergangenheit von den großen Imperien benutzt wurden". Senator Frank Church mußte seinerseits folgendes zugeben: „Wir sehen uns in Südostasien revolutionären Kriegen gegenüber, die aus den dortigen Verhältnissen hervorgewachsen sind. Daß wir es versäumt haben, einen Unterschied zwischen Aggression und Revolution zu machen, war der schwerste Mangel unserer Politik."

Das aggressive Vorgehen der Vereinigten Staaten fordert die Prinzipien und Ziele der UNO-Charta, die modernen Völkerrechtsnormen und alle heute gültigen Regeln der Beziehungen zwischen den Staaten und den Völkern heraus. Dieses Vorgehen beschwört eine tödliche Gefahr für die afro-asiatischen und die lateinamerikanischen Völker herauf, die vor kurzem den Weg einer selbständigen Entwicklung betreten haben und ihre unabhängigen Nationalstaaten aufbauen.

Die Sowjetunion tritt konsequent und unablässig dafür ein, daß in der UNO eine Definition der Aggression beschlossen wird. Die Sowjetregierung hat die Initiative zur Aufwerfung dieser Frage ergriffen. Sie hat das konkrete Projekt einer solchen Definition eingebracht, welches auf vielen in Kraft befindlichen Völkerrechtsnormen und auf der UNO-Charta beruht. Die Sowjetunion hat später auch den nützlichen und wertvollen Zusatzanträgen von Vertretern mehrerer afro-asiatischer und lateinamerikanischer Länder Rechnung getragen.

Die Sowjetunion hat beantragt, der Ausschuß möge sich dafür aussprechen, daß bereits die nächste Vollversammlung, die XXII., die Arbeit wiederaufnimmt, die auf die Bestimmung des Aggressionsbegriffes abzielt. Dazu liegen triftige Gründe vor.

Seit sich die Vollversammlung das letzte Mal mit dieser Frage beschäftigte, was 1957 der Fall war, hat sich die Zusammensetzung der UNO stark verändert. Viele neue UNO-Mitglieder hatten überhaupt noch nie Gelegenheit, an der Erörterung dieser wichtigen Frage teilzunehmen.

Ein weiteres Moment: Das Völkerrecht enthält angesichts zahlreicher internationaler Abkommen (der UNO-Charta, der Londoner Konvention von 1933, der Urteile des Nürnberger und des Tokioer Tribunals u. a.) zahlreiche richtungweisende Materialien, die bei der Bestimmung des Aggressionsbegriffs als Leitfaden dienen können. Besonders wichtig ist, daß die UNO in den letzten Jahren grundsätzlich bedeutsame Beschlüsse gefaßt hat, die die Lösung dieses Problems wesentlich erleichtern. Zu solchen Beschlüssen gehört namentlich die Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an die Kolonialländer und -völker. In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß die XX. Vollversammlung die Legitimität des Kampfes anerkannt hat, den Völker, welche unter Kolonialherrschaft stehen, für die Verwirklichung ihres Rechtes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit führen. Die Vollversammlung hat allen Staaten nachdrücklich vorgeschlagen, den nationalen Befreiungsbewegungen in Kolonialgebieten materielle und moralische Hilfe angedeihen zu lassen.

Bei der Bestimmung des Aggressionsbegriffes sollten auch wichtige politische Entscheidungen der UNO in Betracht gezogen werden, namentlich die Beschlüsse der XX. und der XXI. Vollversammlung. Wir sprechen von der Deklaration über die Unzulässigkeit einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten und über die Wahrung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität wie auch von der Resolution, in der vorgeschrieben wird, sich strikt an das Verbot zu halten, in den internationalen Beziehungen mit Gewalt zu drohen oder Gewalt anzuwenden, von der Vorschrift, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu respektieren.

In Washington kümmert man sich jedoch um all das nicht. Im Gegensatz zur Logik und zu den Tatsachen suchte der amerikanische Vertreter im Ausschuß zu beweisen, man sollte es aufgeben, sich mit der Definition des Aggressionsbegriffes zu befassen, eine solche Definition ließe sich überhaupt nicht aufsetzen, ja sie könne nicht nützen, sondern nur schaden.

Um seine ablehnende Haltung zu begründen, führte der Vertreter der USA verschiedene aus dem Zusammenhang gerissene Präzedenzfälle aus der Praxis des Völkerbundes an. Aus offensichtlichen Gründen unterließ er es aber, die vielen Tatsachen zu erwähnen, die von positiven Schritten zeugen, welche in der Vergangenheit unternommen wurden, um den Aggressionsbegriff zu definieren. So bewahrte er wohlweislich Schweigen über die Definition der Aggression, die in den Londoner Konventionen von 1933 enthalten ist. Auch verlor er kein Wort darüber, daß der sowjetische Entwurf für die Definition des Aggressionsbegriffes grundsätzlich vom Sicherheitsausschuß der General-Abrüstungskonferenz von 1933 gebilligt wurde, auf der 17 Staaten vertreten waren, unter ihnen die USA, England und Frankreich.

Im Bericht dieses Ausschusses hieß es: „Eine solche Definition wäre selbst dann von Wert, wenn es zu keinerlei Einmischung internationaler Organe käme. Sie würde dem Verbot der Gewaltanwendung viel größere Autorität verleihen und es der öffentlichen Meinung und den anderen Staaten erleichtern, mit größerer Sicherheit darüber zu urteilen, ob dieses Verbot respektiert wurde oder nicht." In dem Bericht wurde ferner festgestellt: „Sollten internationale Organe gehalten sein, bei einem bestimmten Konflikt den tatsächlichen Angreifer zu ermitteln, so würde es das Vorhandensein einer genauen Definition des Begriffes, den diese Organe anzuwenden hätten, wesentlich leichter machen, den Angreifer zu nennen, und das Risiko, daß jemand versuchen könnte, aus diesen oder jenen politischen Gründen einen Angreifer zu decken oder zu rechtfertigen, ohne den Eindruck zu erwecken, daß hier anzuwendende Regeln verletzt werden, wäre geringer."

Es ist bezeichnend, daß auf der Konferenz für Rüstungsreduzierung und -beschränkung von 1933 die Vertreter der aggressiven Mächte — des faschistischen Deutschlands und des militaristischen Japans — im Grunde genommen die gleichen Argumente anführten, die heute vom Vertreter der USA genannt werden. So erklärte der Vertreter Nazideutschlands damals:

„Der Streit in allen seinen verschiedenen Phasen ist oft so kompliziert, daß

eine starre Definition zur Bestimmung des Angreifers nicht ausreichen würde."

Der Vertreter Japans behauptete: „Bei einem bewaffneten Konflikt festzustellen, ob eine Aggression vorliegt und wer der Aggressor ist, das ist immer eine höchst komplizierte und delikate Angelegenheit."

Jetzt werden diese Argumente erneut vorgebracht. Sie entbehren aber um so mehr jeder Grundlage, als die VI. Vollversammlung ganz eindeutig festgestellt hat, daß eine Definition des Begriffes Aggression möglich und für die Gewährleistung des internationalen Friedens und der Sicherheit aktuell ist.

New York, im Mai

Albert GRIGORIANZ

Eine westdeutsche Variante des Unternehmens Prometheus

Über das Manöver „Fallex-66" wurde nicht wenig geschrieben. Es sah so aus, als wollte man die Bevölkerung der Bundesrepublik ausführlich darüber unterrichten. Der Bundesbürger konnte z. B. auf dem Bildschirm eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten sehen, die mit ihren „Mercedes" ins Winzerparadies an der Aar fuhren, das in allen Farben des rheinischen Herbstes prangte. In den Zeitungen konnte er lesen, wieviel Oberhemden der Abgeordnete X. mitgenommen hatte und warum Abgeordneter Y. in der Hitze des Gefechts vergessen hatte, seine Zahnbürste in die Reisetasche zu stecken. Bekannt war sogar die Speisenfolge am Mittags- und Abendtisch der Mitglieder des „Notparlaments", die sich für mehrere Oktobertage in den Atombunker zurückgezogen hatten, um versuchsweise die Bundesrepublik unter „Notstandsverhältnissen" zu regieren.

Mit dieser Art der Berichterstattung über das Manöver „Fallex-66" wurde ein bestimmtes Ziel verfolgt: Sie sollte die westdeutsche Öffentlichkeit von den wahren Zwecken dieses Unternehmens ablenken. Die Abgeordneten testeten in den unterirdischen Kasematten die noch nicht beschlossenen Notstandsgesetze. Aber das ist nicht das Wichtigste. Das „Notparlament", an das nach den Bonner Plänen im Kriegsfall die ganze Macht übergehen soll, erprobte den Mechanismus der Militär- und Polizeidiktatur, der von den herrschenden Kreisen der BRD aufgebaut wird.

Während die Bundesbürger die soldatische Frugalität des Speisezettels bewunderten, mit dem die Bunkergäste im Aar-Tal vorliebnehmen mußten, verabschiedeten die Abgeordneten alle 44 Minuten eine „Notstandsdirektive", verschickten in alle Landesteile Anordnungen über die Ausgabe von Lebensmittelkarten, die Errichtung von Standgerichten, die Auflösung von Streiks und Demonstrationen, über Massenverhaftungen. Es lohnt sich, heute an diese Episode aus der politischen Geschichte der Bundesrepublik zurückzudenken. Das Kriegsspiel, das die Bonner Minister und Parlamentarier im vorigen Herbst trieben, zeigt besonders deutlich, wie scharf bereits jenes Instrument geschliffen ist, von dem Karl Jaspers in seinem Buch „Wohin treibt die Bundesrepublik?" sagte, mit seiner Hilfe könne „durch einen einzigen Akt" die Diktatur errichtet werden.

Der von der westdeutschen Elite in die Wüste geschickte und von allen vergessene Ludwig Erhard hatte seinerzeit erklärt, die Nachkriegsperiode sei beendet. Ihr Ergebnis sei, wie er mit teutonischem Hochmut erklärte: „Wir sind wieder wer." Tatsächlich war ein Entwicklungsstadium des westdeutschen Imperialismus, das Stadium seiner Restauration, abgeschlossen, und es hatte ein neues Stadium begonnen: das Stadium seiner Expansion. Nach außen hin manifestierte es sich in gesteigerter Aggressivität und in Forderungen nach der Hegemonie in einem „vereinten Europa", nach innen hin in der Verstärkung der politischen Reaktion an der ganzen Linie, in der Untergrabung der durch das Grundgesetz eingeführten demokratischen Institutionen.

Sebastian Haffner, ein bekannter Publizist, schrieb in diesem Zusammenhang in der Zeitschrift *Deutsches Panorama*, in Westdeutschland bestehe die Gefahr gegenwärtig nicht in der „Überwältigung" des herrschenden Systems, sondern in der Umfunktionierung dieses Systems durch seine Inhaber. Kurz, die Geschichte wiederholt sich: Der deutsche Faschismus kam legal an die Macht. Hitler erhielt sie aus der Hand des Reichspräsidenten Hindenburg. Im Reichstag hatte seine Partei die stärkste Fraktion. Und für seine Sondervollmachten stimmte im Mai 1933 nach dem Verbot der KPD der ganze Reichstag!

Diese Erfahrungen sind nicht vergessen. Heute legt man am Rhein gleichfalls besonderen Wert darauf, den Maßnahmen, durch die jegliche Legitimität abgeschafft werden soll, das Mäntelchen der Legitimität umzuhängen. Die verfassungsmäßige Ordnung muß unter Wahrung des Anstands, legitim und in voller Ordnung zu Grabe getragen werden. Der Spießer hat doch solchen Respekt vor dem Gesetz!

Der Schlag richtet sich vor allem gegen das westdeutsche Grundgesetz. Bundesinnenminister Lücke sagte einmal, das Grundgesetz der Bundesrepublik befinde sich noch im Taufkleid, jetzt gehe es darum, ihm einen Maßanzug zu schneidern. In den letzten Jahren wurde das Grundgesetz wiederholt beschnitten. Zu seinen gröblichsten Verletzungen gehörte das Verbot der KPD und 200 weiterer demokratischer Organisationen.

Heute, da die Macht der westdeutschen Konzerne praktisch unbegrenzt ist, bemühen sich die herrschenden Kreise der Bundesrepublik um die geeignete Umgestaltung des gesamten Machtapparats. Es geht ihnen um die Abschaffung des Mechanismus der bürgerlichen Demokratie und die Errichtung eines totalitären Regimes. Dazu war Ludwig Erhard zu schwach. Eine solche Aufgabe kann nach Ansicht der westdeutschen Spitzenschicht nur durch eine große Koalition bewältigt werden.

Die sogenannte innere Staatsreform erstreckt sich auf einen ganzen Komplex gesetzgeberischer Akte: Das Gesetz über die Wirtschaftsstabilisierung, die Finanzreform, die Strafrechtsreform, die Wahlrechtsreform und vor allem das Paket der Notstandsgesetze.

Schon seit Jahr und Tag bemüht sich die herrschende Clique in der Bundesrepublik auf jede Weise, dieses Paket, das so oder anders ein Drittel aller Artikel des Grundgesetzes revidiert, im Parlament durchzupeitschen. Im Sommer 1965, als sich die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf die Parlamentswahlen konzentrierte, gelang es Bonn, im stillen sieben sogenannte einfache Notstandsgesetze verabschieden zu las-

sen, die nur eine einfache Stimmenmehrheit erforderten.

Schon eine flüchtige Prüfung dieser Gesetze zeigt, wohin die Entwicklung geht. Bestätigt wurden das Wirtschafts-, das Verkehrs-, das Ernährungs- und das Wassersicherstellungsgesetz für den Kriegsfall. Wie sollte man sich da nicht an die nazistische Kriegswirtschaftsverordnung vom September 1939 erinnern?

Nun sind andere Gesetze, vor allem die sogenannte Notstandsverfassung, an der Reihe. Vor kurzem hat das Bonner Kabinett ihren Entwurf bestätigt, und Bonn glaubt, ihn durchpeitschen zu können, ehe das Parlament in die Sommerferien geht.

Die „Notstandsverfassung" erteilt der Exekutive diktatorische Vollmachten im Falle „äußerer" oder „innerer" Gefahr. Ob solch eine „Gefahr" besteht oder nicht, liegt im Ermessen der Regierung selbst.

In einer solchen Situation werden ganz oder zeitweilig die Artikel des Grundgesetzes außer Kraft gesetzt, die den Staatsbürgern die Meinungsfreiheit, die Pressefreiheit, die Unantastbarkeit der Persönlichkeit und der Wohnung, das Briefgeheimnis, die Koalitions- und die Versammlungsfreiheit garantieren. Gleichzeitig erhält das „Notparlament" die Möglichkeit, Sonderverordnungen zu erlassen. Der Bundestag wird zu einer Fiktion.

Auch der Entwurf eines Gesetzes über die Zivildienstpflicht liegt vor. Es ermöglicht die Zwangsmobilisierung der gesamten erwachsenen Bevölkerung.

Man kann sich leicht vorstellen, wie verheerend sich die Notstandsgesetze auf die demokratischen Rechte und Freiheiten auswirken werden. Die neuen Gesetze richten sich vor allem gegen die Arbeiterklasse, die Gewerkschaften und alle Andersdenkenden. Von nun an kann jeder Streik oder jede Massendemonstration von Arbeitern als „Bedrohung" der bestehenden Ordnung qualifiziert werden. Jede Vereinigung der Werktätigen kann in die Liste der subversiven, die innere oder äußere Sicherheit der Bundesrepublik „bedrohenden" Organisationen eingetragen werden.

Vor kurzem erfuhr man, daß die westdeutschen Unternehmer bereits Werkschutzabteilungen aufstellen, die gegen Streikende eingesetzt werden sollen. Zieht man in Betracht, daß in Bonn gleichzeitig eine große Strafrechtsreform vorbereitet wird, durch die die Straffunktionen verstärkt werden sollen, so rundet sich das Bild noch mehr ab. Der Entwurf enthält die aus den Zeiten des Dritten Reiches gut bekannten Bestimmungen über den „Staatsschutz".

> Der Bonner Staat, in dem das Steuerrad der Regierung in die Hände der revanchistischen und militaristischen Kräfte gelangte, wurde zur Hauptstütze der Globalstrategie der USA in Europa. Der Kräftezuwachs der von ehemaligen Nazioffizieren kommandierten Bundeswehr zeugt vom Ausmaß der Kriegsvorbereitungen. Die Tätigkeit der KPD wurde verboten, und andere demokratische und friedliche Organisationen werden verfolgt. Gleichzeitig wurde den reaktionärsten und neonazistischen Kräften freie Hand gelassen. Ihr wachsender Einfluß beunruhigt tief die öffentliche Meinung Europas, die aus den bitteren Erfahrungen gelernt hat, daß Faschismus immer mit aggressivem Militarismus Hand in Hand geht.
>
> Aus der Erklärung der auf der Konferenz von Karlovy Vary vertretenen kommunistischen und Arbeiterparteien Europas

Einstweilen war von Entwürfen die Rede, die der Öffentlichkeit bereits bekannt sind. Aber Innenminister Lücke hat vor einem Jahr ausgeplaudert, daß in seiner Schreibtischschublade fast 40 weitere Notstandsverordnungen liegen, die Bonn unter „außerordentlichen Umständen" in Kraft setzen wird, ohne den Bundestag zu fragen. Was sind das für Gesetze? Über die Einrichtung von Konzentrationslagern? Über die Einsetzung von Standgerichten? So schwer ist das nicht zu erraten...

Wichtige Instrumente zur „Formierung" der westdeutschen Gesellschaft sind die von Bonn vorbereiteten Gesetze über die Stabilisierung und die Finanzreform. Sie sollen dem ganzen Wirtschafts- und Finanzsystem des Landes einen anderen Zuschnitt geben. Die Regierung beabsichtigt, das Verhältnis, nach dem alle Steuereingänge verteilt werden, radikal zu verändern und den Anteil des Bundes auf Kosten der Länder und Gemeinden, d. h. des kommunalen Wohnungs-, Krankenhaus-, Straßen- und Schulbaus, zu vergrößern. Gleichzeitig werden die staatlichen Ausgaben für soziale Zwecke rigoros gekürzt. Aus den Mitteln, die auf diese Weise aufgebracht werden sollen, wird ein Sonderfonds zur Unterstützung der Großkonzerne in Flautezeiten gebildet. Die Industriellen können auf neue Steuervergünstigungen rechnen (die Regierung wird ermächtigt, ohne Zustimmung des Parlaments Steuersenkungen um 10 Prozent zu verfügen), ebenso auf Sonderzuwendungen. Im Interesse der Großgesellschaften werden die Möglichkeiten der kleinen und mittleren Firmen sowie der Länder und Gemeinden, Kredite aufzunehmen, eingeschränkt.

Das ist der Kurs auf die Abschaffung der kommunalen Selbstverwaltung im Interesse der bürokratischen Zentrale, auf die Einschränkung der wirtschaftlichen und finanziellen Rechte des Parlaments, auf den Abbau der sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.

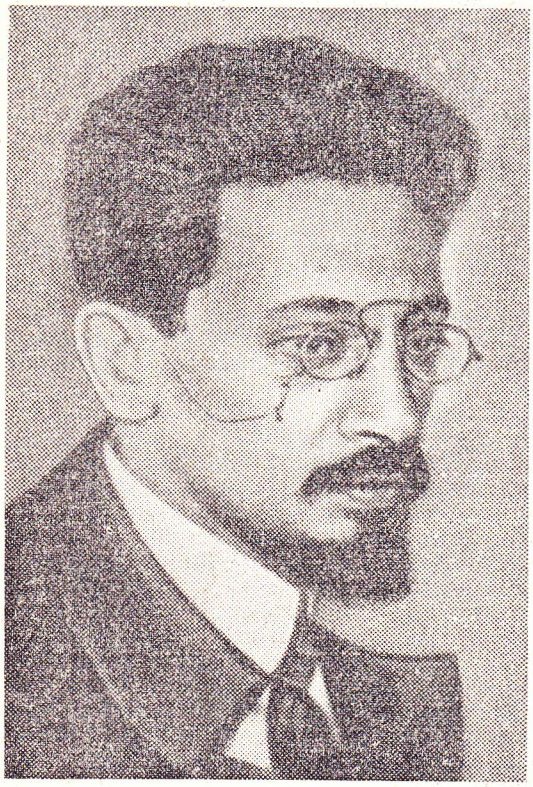
Das Bild der „Formierung", genauer gesagt, der Uniformierung der Bundesrepublik wäre unvollständig ohne Erwähnung der beabsichtigten Wahlrechtsreform. Eingeführt werden soll das Mehrheitswahlrecht. Nach Meinung der am Rhein tonangebenden Leute hat die FDP ausgespielt. Das Monopolkapital kann heute mit zwei großen Parteien, der CDU/CSU und der SPD, auskommen.

Beim Mehrheitswahlrecht können die christlichen Demokraten ihre Alleinmacht viel leichter errichten. Was die neonazistische NPD anbelangt, so fürchtet sie, wie ein westdeutscher Beobachter feststellte, die Mehrheitshürde nicht: sie ist im Aufstieg begriffen. Mehr noch, die Unterdrückung aller demokratischen Kräfte des Landes auf quasi legitimer Grundlage kommt den Neonazis zugute.

Das Unternehmen Prometheus, der militärfaschistische Umsturz in Griechenland, hat in der regierungsfreundlichen Presse Westdeutschlands ein wohlwollendes Echo gefunden. Die Kreise, die die Ideologie und die Praxis des Dritten Reiches übernommen haben und heute in der Bundesrepublik tonangebend sind, haben an dem neuen Regime in Athen eine unverkennbare Stütze gefunden.

Die westdeutsche Bourgeoisie ist jedoch erfahren genug, um die griechischen Verschwörer und Putschisten nicht einfach zu kopieren. Das hat sie auch gar nicht nötig. Der bereits erwähnte Publizist Sebastian Haffner bemerkte mit Recht: Wenn Lückes 84 Grundgesetzänderungen erst durchgegangen sind, wird es leicht sein, in der Bundesrepublik die Diktatur zu errichten. Das wird die westdeutsche Variante des Unternehmens Prometheus sein.

Der erste sowjetische Präsident



Jakow SWERDLOW

Jefim GORODEZKI

Die revolutionäre Bewegung in Rußland hat glänzende Repräsentanten der bolschewistischen Partei, Anhänger Lenins, hervorgebracht, denen das Glück zuteil wurde, die ersten Erbauer des Sowjetstaates zu werden. Zu ihnen zählt Jakow Swerdlow.

„Durch illegale Zirkel, durch illegale revolutionäre Arbeit, durch die illegale Partei, die niemand so vollkommen verkörperte und repräsentierte wie J. M. Swerdlow — nur durch diese praktische Schule, nur auf diesem Wege konnte er der höchste Repräsentant der ersten Sozialistischen Sowjetrepublik, der beste Organisator der breiten proletarischen Massen werden", so charakterisierte Lenin seinen Schüler und Mitstreiter.

Jakow Swerdlow ist nicht einmal 34 Jahre alt geworden. Sein Leben aber kann mit Jahren nicht bemessen werden. Er wurde am 23. Mai (4. Juni) 1885 geboren und schloß sich schon mit 15 oder 16 Jahren der revolutionären Bewegung an. Mit 18 Jahren leistete er als bolschewistischer Berufsrevolutionär in Nishni Nowgorod, Moskau, Jaroslawl, Kostroma, Kasan und Saratow illegale Arbeit. In der ersten russischen Revolution stand der 20jährige Jakow Swerdlow im Ural größten Parteiorganisationen vor. Dann kamen lange Jahre der Haft und der Verbannung. Im Jahre 1912 wurde Swerdlow mit 27 Jahren Mitglied des Zentralkomitees der Partei. Der junge Mann hatte aber größte Erfahrungen in der revolutionären Parteiarbeit und ein ausgesprochenes, hervorragendes Organisationstalent. Wieder wurde er eingesperrt und nach Sibirien verbannt, ergriff mehrmals kühn die Flucht, leitete in Petersburg die sozialdemokratische Fraktion in der Staatsduma, war Chefredakteur der *Prawda*, wurde abermals verhaftet und in das unwirtliche Gebiet Turuchansk verbannt.

Aus dieser letzten Verbannung befreite Swerdlow die Februarrevolution. Er war 32 Jahre alt. Sein phänomenales Gedächtnis bewahrte die Namen Tausender aktiver Bolschewiki. Er kannte ihre Fähigkeiten und Charaktere und wußte, wie und wo die Parteikader am besten zum Nutzen der Revolution eingesetzt werden mußten.

Er hatte nur noch zwei Jahre zu leben und zu wirken, aber was für Jahre waren das! Sie waren gehaltvoll wie sonst Jahrzehnte. In dieser Zeit traten die bewundernswerten Eigenschaften dieses Organisators und Tribuns der Revolution besonders glänzend zutage. Ab März 1917 durchlief Swerdlow gemeinsam mit der Kommunistischen Partei alle Phasen des Kampfes um den Sieg der sozialistischen Revolution, um die Schaffung des sozialistischen Staates und seine Konsolidierung. Zu dieser Zeit stand er dem Sekretariat des ZK der Partei sowie der bolschewistischen Fraktion im höchsten Sowjetorgan, dem Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee, vor. Auch gehörte er dem Zentrum an, das den Aufstand leitete. Es ist kaum zu fassen, wie Swerdlow diese gewaltige Arbeit, die ihm die Partei und Lenin auftrugen, bewältigen konnte.

Aber er schaffte sie, und man muß an folgende Worte Lenins denken:

„Auch in dieser Hinsicht gab die proletarische Revolution den Helden des revolutionären Kampfes, die früher auf sich selbst gestellt waren, zum erstenmal den richtigen Boden, die richtige Basis, den richtigen Wirkungskreis, ein richtiges Auditorium und eine richtige proletarische Armee, wo diese Führer sich voll entfalten konnten. Hier ragen besonders eben jene Führer hervor, die es verstanden haben, als Organisatoren der praktischen Arbeit einen so einmaligen, so hervorragenden Platz einzunehmen, wie ihn J. M. Swerdlow errungen und mit Recht eingenommen hat."

Am 21. November 1917 wählte das oberste Sowjetorgan, das vom II. Sowjetkongreß gebildete Gesamtrussische Zentralexekutivkomitee, Swerdlow zu seinem Vorsitzenden. Das geschah auf Lenins Antrag.

Das Sowjetparlament vereinte die legislativen und die exekutiven Funktionen auf sich. Es bildete die Regierung und überwachte ihre Tätigkeit, nahm Dekrete an und bestätigte Staatsakte, die der Rat der Volkskommissare angenommen hatte; es leitete den Aufbau der Sowjetmacht im Zentrum und an der Peripherie. Den Posten des Vorsitzenden im Zentralexekutivkomitee mußte ein bedeutender

Politiker bekleiden, ein revolutionärer Erbauer, der die Partei und ihre Kader gut kannte, der den Sowjets, den Gewerkschaften, den Fabrikkomitees und den Massen der revolutionären Arbeiter und Soldaten nahestand.

Auch nachdem Swerdlow diesen Posten übernommen hatte, leitete er das Sekretariat des ZK der Partei weiter. Es war kein Zufall, daß die Leitung dieser beiden Stellen in einer Hand lag. Die Hauptaufgabe der Partei war damals der Aufbau des Sowjetstaates.

Zusammen mit Swerdlow kamen die bedeutenden Parteifunktionäre M. M. Wolodarski, A. D. Sadowski, M. S. Urizki u. a. ins Zentralexekutivkomitee und übernahmen die Leitung seiner Abteilungen.

Swerdlow verlieh der Tätigkeit des sowjetischen Parlaments sofort die straffe, proletarische Organisiertheit, die für sein ganzes Wirken charakteristisch war. Das war nicht leicht. Man muß bedenken, daß das Komitee in seiner zweiten Legislaturperiode zu zwei Fünfteln aus Sozialrevolutionären und Menschewiki bestand. Praktisch stellten sie in manchen Sitzungen sogar die Hälfte der Anwesenden dar, weil viele bolschewistische Komiteemitglieder im Land unterwegs waren, um die Organe der Sowjetmacht ins Leben zu rufen.

Die Partei wirkte geduldig und beharrlich auf eine Einigung mit den linken Sozialrevolutionären, auf einen Regierungsblock mit ihnen auf der Basis des grundsätzlichen Programms hin, das der II. Sowjetkongreß angenommen hatte. Im Auftrag des ZK der Partei der Bolschewiki verhandelte mit den linken Sozialrevolutionären Swerdlow. Es bedurfte seiner Selbstbeherrschung, Ausdauer, Kaltblütigkeit und Energie, um bei den Verhandlungen mit den kleinbürgerlichen Revolutionären in verhältnismäßig kurzer Zeit einen Erfolg zu erzielen. Bei jedem neuen Schlag, den die proletarische Diktatur gegen die Saboteure und Konterrevolutionäre führte, verfielen sie in Panik, Schwankungen und Hysterie.

Dennoch kam der Regierungsblock zustande und hat bei der Gewinnung der Bauernmassen für die Revolution eine große Rolle gespielt.

Gemeinsam mit Lenin setzte Swerdlow die wichtigsten Akte der sozialistischen Revolution auf und unterzeichnete sie: die Dekrete über die Aufhebung der Stände, über die Bildung des Obersten Volkswirtschaftsrates, über die Versicherung u. a. Das Zentralexekutivkomitee bestätigte die epochemachenden Akte über die Arbeiterkontrolle, über die Presse, über die Bekämpfung der Sabotage, über das Recht zur Abberufung von Delegierten und über die Nationalisierung der Banken.

In den ersten beiden Revolutionsjahren bildete sich das sowjetische Staatssystem heraus. Der Schöpfergeist der Massen, die gewaltige politische Aktivität des Volkes fand in zahlreichen Kongressen ihren Ausdruck. Charakteristisch für die sowjetische Demokratie ist, daß die brennenden Fragen, die den Aufbau des neuen Lebens betrafen, vom ganzen Volk debattiert wurden.

Besonders wichtig waren die Parteitage und die Sowjetkongresse. 1917 und 1918 fanden zwei Parteitage und sechs Gesamtrussische Sowjetkongresse statt. Den Vorsitz führte gewöhnlich Swerdlow.

Schon im Frühjahr 1918 war es dringend notwendig, die beim Aufbau des Sowjetstaates gesammelten Erfahrungen zusammenzufassen, das ganze System der sowjetischen Staatsorgane einheitlich durchzuorganisieren und über die Funktionen der verschiedenen Machtorgane im Zentrum und an der Peripherie zu entscheiden. Das war besonders dringend, weil in der jungen Republik Tendenzen einer lokalen Eigenmächtigkeit und eines Separatismus anwuchsen. Die Feinde der Revolution machten sich diese Erscheinungen und die mangelnde Disziplin für den Kampf gegen die Sowjetrepublik zunutze.

Am 30. März 1918 übertrug das ZK der Partei Swerdlow die Leitung einer Kommission beim Zentralexekutivkomitee, die eine Verfassung aufsetzen sollte. Am 1. April wurde sie gebildet und ging sofort an die Arbeit. Außer Bolschewiki gehörten ihr linke Sozialrevolutionäre und Maximalisten an. Bedeutende Rechtswissenschaftler wurden herangezogen.

In Sitzungen des Zentralexekutivkomitees und der Verfassungskommission bestand Swerdlow darauf, daß die sowjetische Verfassung nicht nur die Obliegenheiten des Zentralexekutivkomitees, des Rates der Volkskommissare, der Volkskommissariate und der Ortssowjets zu bestimmen, sondern auch ein starker Antrieb zur Fortentwicklung der sowjetischen Demokratie, eine Handhabe zur Heranziehung der breiten Volksmassen zur Lenkung des Staates zu sein hat.

Sehr taktvoll, aber bestimmt leitete Swerdlow die bunt zusammengewürfelte Kommission. Während der ganzen drei Monate, die sie tätig war, erschien er fast täglich im Hotel „Metropol", ihrem Sitz. Die Akten der Kommission lassen erkennen, wie sorgfältig Swerdlow die Schaffung des Sowjetstaates studierte und dabei all das herausgriff, was sich bewährt hatte und als Muster dienen konnte.

Auf Lenins Initiative nahm die Kommission die „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes" in die Verfassung auf und legte die Obliegenheiten der Sowjetkongresse, des Zentralexekutivkomitees, des Rates der Volkskommissare und der Volkskommissariate fest. Ebenso war darin die Kategorie von Personen qualifiziert, denen das Wahlrecht entzogen wurde. Es handelte sich um die nichtwerktätigen Elemente. Das widerspiegelte den damaligen Sachverhalt, der sich in Rußland infolge des von der konterrevolutionären Bourgeoisie angezettelten Bürgerkriegs ergeben hatte, und war keineswegs ein generelles Merkmal der Diktatur des Proletariats.

Der V. Gesamtrussische Sowjetkongreß nahm die Verfassung an, und sie war in den ersten Jahren des Sowjetstaates sein Grundgesetz.

Im Oktober 1918 hielt Swerdlow in der Propagandistenschule, die später die Kommunistische Universität und nach ihm benannt wurde, einen Vortrag über die Verfassung. Er sprach über die internationale Bedeutung der ersten sowjetischen Verfassung.

Der Sommer 1918 war für die Sowjetrepublik besonders schwer. Die Ukraine und Belorußland wurden von den deutschen Interventen besetzt, die linken Sozialrevolutionäre putschten, das Attentat auf Lenin wurde verübt, Truppen der Entente landeten im Norden und im Fernen Osten, am Don erhoben sich konterrevolutionäre Kosaken, im Nordkaukasus kam es zu weißgardistischen Unruhen, das tschechoslowakische Korps an der Wolga, im Ural und in Sibirien meuterte. Das alles waren Bestandteile einer Verschwörung der russischen und ausländischen Bourgeoisie gegen die sozialistische Revolution.

Swerdlows Notizblocks, in die er mit Kopie die Beschlüsse und Verfügungen eintrug (ein Exemplar behielt er zur Kontrolle), zeigen, wie vielseitig seine Tätigkeit war. Aufbau der Roten Armee und Organisation der illegalen Arbeit im Rücken der Weißgardisten; Auswahl von Kräften für das Verlagswesen und Gründung der Komitees der Dorfarmut auf dem Lande; Versorgung des Landes mit Nahrungsmitteln und Bildung nationaler Sektionen beim ZK der Partei; die Sorge dafür, daß Brennstoff nach Moskau geliefert wurde; Aufstellung internationaler Truppenteile

aus Polen, Tschechen und Ungarn; Bildung der Staatskontrollorgane...

Ende 1918 und Anfang 1919 erlebte die Revolution einen großen Triumph. Lenins Voraussage traf ein: Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich brachen zusammen. Die deutschen Okkupanten wurden aus der Ukraine, aus Belorußland und dem Baltikum hinausgesetzt. In Lenins Auftrag beteiligte sich Swerdlow tatkräftig am Aufbau der Ukrainischen, der Belorussischen und der Lettischen Sowjetrepublik.

Swerdlow beschäftigte sich besonders mit der internationalen Abteilung des Zentralexekutivkomitees. Er ließ es sich angelegen sein, daß im Ausland wahrheitsgetreue Informationen über Sowjetrußland verbreitet wurden. Besonderes Gewicht legte er auf die revolutionäre Aufklärung der Kriegsgefangenen, Flüchtlinge und politischen Emigranten. In ihnen sah er künftige revolutionäre Agitatoren, die, heimgekehrt, wahr berichten würden, wie die Arbeiter und Bauern Rußlands die Macht eroberten und wie sie ihren neuen Staat aufbauen. Auf Swerdlows Initiative wurde die Föderation ausländischer Kommunistengruppen gebildet, an deren Spitze der bekannte ungarische Revolutionär Béla Kun trat.

John Reed, Ferenc Münnich, Jeanne Labourbe, Johann Koplenig, Tibor Szamuelly und Mustafa Subhi — alle diese bekannten Teilnehmer der internationalen revolutionären Bewegung wurden bei ihrem Wirken in der Föderation ständig von Swerdlow unterstützt. Lenin schrieb, daß in der Tätigkeit der Föderation „die wirkliche Grundlage dessen" zu finden war, „was wir für die III. Internationale getan haben".

Swerdlow verfolgte aufmerksam das Anwachsen der nationalen Freiheitsbewegung im Osten. Als Vorsitzender des Zentralexekutivkomitees begrüßte er im November 1918 eine Delegation der Völker Indiens. Er sagte:

„Die Zeit ist nicht mehr fern, wo die von England geknechteten Völker sich endlich von der Raubherrschaft befreien und am Siegesmarsch aller Länder teilnehmen werden."

Anfang 1919, als die Vorbereitungen zum VIII. Parteitag im Gange waren, erkrankte er an Influenza. Am 16. März 1919 starb Jakow Swerdlow.

Am 18. März sagte Lenin in einer Sondersitzung des Zentralexekutivkomitees, an der Delegierte des VIII. Parteitags und des I. Kominternkongresses teilnahmen:

„Vollständiger und reiner als irgend jemand anders vermochte Genosse Swerdlow im Verlauf unserer Revolution und ihrer Siege den wichtigsten Wesenszügen der proletarischen Revolution Ausdruck zu verleihen, und eben darin besteht in noch viel höherem Maße als in seiner grenzenlosen Treue zur Sache der Revolution seine Bedeutung als Führer der proletarischen Revolution."

So war der erste Präsident des ersten Sowjetstaates der Welt.

Leserbriefe

KOMPLICEN DER HENKER

...Im Auftrag der Demokratischen Einheitsfront von Haiti wenden wir uns an Ihre werte Zeitschrift und weisen Sie auf die Gefahr hin, die Tausenden Bewohnern von Haiti droht. Es handelt sich um die Lage, die infolge der Abmachung zwischen der Regierung der Dominikanischen Republik mit Joaquin Balaguer an der Spitze und der Regierung François Duvaliers von Haiti entstanden ist; diese Abmachung richtet sich gegen die politischen Emigranten von Haiti, die vor der Willkür der Diktatur Duvaliers geflohen sind.

Die Zahl der in der Haiti benachbarten Dominikanischen Republik Zuflucht Suchenden ist schon auf 50 000 gestiegen. Das dominikanische Volk hat ihnen immer brüderliche Gastfreundschaft erwiesen, denn sie zurückschikken hieße sie den Schergen von Duvalier ausliefern.

Die Regierung Balaguer, die die 1965 in Santo Domingo gelandete nordamerikanische Marineinfanterie dem dominikanischen Volk aufgezwungen hat, macht seit vielen Monaten auf die politischen Emigranten von Haiti Jagd und liefert diejenigen, die sie zu fassen bekommt, an Duvalier aus.

Die dominikanische Zeitung El Nacional de Ahora *veröffentlichte die Namen und Fotos dreier von 40 Flüchtlingen, die der politischen Polizei Duvaliers ausgeliefert und dann erschossen wurden.*

Es sei daran erinnert, daß der dominikanische Diktator Rafael Trujillo im Jahre 1937 die gleiche Politik betrieb und daß das den Tod von fast 15 000 Bewohnern Haitis zur Folge hatte.

Es besteht durchaus Grund zu der Befürchtung, daß Duvalier Trujillo noch überbieten wird, wenn die Weltöffentlichkeit nicht rechtzeitig eingreift und verhindert, daß Balaguer dem Tyrannen Duvalier politische Emigranten von Haiti ausliefert.

David Dutellier
Sekretär des Koordinationsbüros
der Demokratischen Einheitsfront
von Haiti

WIR STEHEN ZU DEN PATRIOTEN GRIECHENLANDS

Das Geschick der heldenhaften Söhne Griechenlands, die Polizeiverfolgungen zum Opfer gefallen sind, läßt uns keine Ruhe. Wir sowjetischen Studenten machen uns über die Vorgänge auf dem Boden des antiken Hellas große Sorgen.

Ich habe viele angesehene Persönlichkeiten Griechenlands kennengelernt. Voriges Jahr war der bekannte Komponist Mikis Theodorakis in unserem Land. Seine wunaerbaren Lieder singt ganz Griechenland, man kennt sie in aller Welt. Theodorakis macht auf jeden großen Eindruck. Mein Notizbuch enthält eine Inschrift von ihm. Er bat, die sowjetische Jugend von der griechischen Jugend zu grüßen. Heute ist Theodorakis einer von denen, die von dem neuen Regime verfolgt werden...

Ich hatte das Glück, mit Manolis Glezos zu sprechen. Das war vor einigen Jahren, als dem Nationalhelden Griechenlands der Internationale Lenin-Preis überreicht wurde. Er ist sehr schlicht und bescheiden. Sein gütiges, trauriges Lächeln nimmt jeden für ihn ein. Ich habe folgendes Autogramm von ihm: „Die Zukunft gehört der Jugend, und sie muß die Zukunft aufbauen." Jetzt schmachtet Manolis Glezos wieder im faschistischen Kerker.

Wir sowjetischen Studenten sind über das Wüten der griechischen Reaktion empört und schließen uns der Forderung der fortschrittlichen Weltöffentlichkeit nach Freiheit für die Patrioten Griechenlands an.

Anatoli Pasuchin
Student der Pädagogischen
Hochschule „W. I. Lenin", Moskau

Die Arbeiter und die Kultur

German DILIGENSKI

Anfang März wurden in Frankreich amtliche Angaben veröffentlicht, aus denen u. a. hervorgeht, daß nur 43 Prozent der Kinder gelernter Arbeiter, 38 Prozent der Kinder ungelernter Arbeiter und 22 Prozent der Kinder von Bauern nach ihrem 15. Lebensjahr weiterlernen. Diese Zahlen fielen mir ein, als ich die neuesten Schriften französischer Soziologen über das kulturelle Leben der Arbeiter und über ihr Verhältnis zu Bildung und Kultur las.

Eine Art Fazit aus solchen Untersuchungen stellt der voriges Jahr herausgegebene Sammelband „Gesichter der Kultur"* dar. Der Band ist von der Gruppe für soziale Ethnographie herausgegeben worden, deren Leiter der bekannte Soziologe P. H. Chombart de Lauwe ist. Außer zusammenfassenden Aufsätzen enthält das Buch Aufzeichnungen von Gesprächen mit Arbeitern und Gewerkschaftern der Pariser Vororte sowie solchen aus Grenoble, Bordeaux und Aix-en-Provence.

Zwei der Verfasser, Janine Larrue und René Kaes, veröffentlichten schon früher Angaben über die Freizeitgestaltung und das kulturelle Leben der Arbeiter, die sie selbst ermittelt oder nachgeprüft hatten.

Die Angaben lassen eine sehr komplizierte, vielfach widersprechende Entwicklung der Interessen und geistigen Ansprüche der Werktätigen im modernen Kapitalismus erkennen. Die Fortschritte in Wissenschaft und Technik haben sehr viele kulturelle Informationsquellen erschlossen. Film, Rundfunk und besonders Fernsehen geben jedem die Möglichkeit, vieles zu sehen und zu erfahren, wovon sein Vater oder sein Großvater keine Ahnung hatte, weil sich ihr Leben in der kleinen Welt einer Fabrik oder eines Stadtviertels abspielte. Der „Anwesenheitseffekt", der dank den modernen Medien der „Massenkommunikation" erzielt wird, hilft jedem, sich greifbare Vorstellungen von zahlreichen Dingen zu machen und sich in Probleme einzuleben, über die er vorher nicht einmal nachgedacht hat.

Man sollte meinen, daß die modernen Mittel der Kultur das geistige Leben des Menschen sehr bereichern. In Wirklichkeit ist sehr oft das Gegenteil der Fall.

„Das Kino?" sagt ein Arbeiter aus Toulouse. „Ich gehe aus Gewohnheit hin. Ich sitze gern und sehe mir was an, ganz gleich was, wenn man sich dabei nur ausruht."

Viele Arbeiter, die fernsehen, sind für den Inhalt der Sendungen genauso gleichgültig oder sehen sich überhaupt nur Unterhaltungsprogramme an.

Sehr wichtig ist natürlich der Spielplan der Lichtspielhäuser und das Programm des Fernsehens. Für den durchschnittlichen Kinobesucher, der nur ins Kino seines Wohnviertels geht, ist es gar nicht so leicht, einen ernsten oder einfach künstlerisch wertvollen Film zu sehen. In einer Großstadt wie Marseille konnte ich, als ich eines Abends ins Kino gehen wollte, auf den Anschlägen nichts als Horror-, Kriminal- oder kitschige Komödienfilme finden. Solche Machwerke sind natürlich nicht dazu angetan, das Publikum zu gutem Geschmack und zu Interesse für die Kultur zu erziehen.

Etwas anders steht es, jedenfalls in Frankreich, mit dem Fernsehen. Da es dort verstaatlicht ist, haben die Einnahmen an sich keinen Einfluß auf den Inhalt der Sendungen. Insofern ist der französische Fernsehabonnent in einer besseren Lage als, sagen wir, der amerikanische. Gewiß, politisch sind die Programme recht tendenziös, man bekommt aber auf dem Bildschirm auch klassische Werke des französischen und des internationalen Filmwesens, Stücke der besten Dramatiker und Kulturprogramme zu sehen.

Es erweist sich jedoch, daß die meisten Arbeiter für solche gehaltvolleren Sendungen kein Interesse haben. Nach der von den Straßburger Soziologen angestellten Untersuchung sehen solche Programme nur 33 Prozent der Fernsehabonnenten. Das ist nur eine der Tatsachen, die bestätigen, daß die Arbeiterklasse der wahren Kultur entfremdet ist. Hier noch einige Ergebnisse der Untersuchung. Ein Drittel der Arbeiter liest überhaupt keine Bücher, und nur 30 Prozent lesen mehr oder weniger oft welche: fünf oder mehr im Jahr. Von diesen liest kaum die Hälfte Klassiker und wissenschaftliche oder technische Schriften. Die übrigen ziehen Unterhaltungslektüre vor. Nur 15 Prozent der Arbeiter benutzen ihre Freizeit dazu, sich selbst zu bilden oder sich schöpferisch zu betätigen, d. h. zu einer ehrenamtlichen Arbeit, zu Musik oder Malerei.

Ungefähr die Hälfte der befragten Arbeiter haben geantwortet, daß es ihnen sehr schwer falle oder überhaupt unmöglich sei, ihr Kulturniveau zu heben. Warum? Wegen der aufreibenden Arbeit, die oft zehn und mehr Stunden täglich dauert, wegen der Lohnsorgen und der Sorgen darum, ob sie morgen nicht die Stelle verlieren werden.

„Die Arbeit macht sehr müde", sagte eine Arbeiterin aus einer Chemiefaserfabrik. „Die Hitze, der Lärm! Danach hat man für ernste Dinge keinen Sinn mehr."

Nach der Arbeit habe man zu nichts Lust, sagte eine 20jährige Textilarbeiterin, und ein 33jähriger Metallarbeiter äußerte:

„Man macht seine Arbeit und hat keine Zeit, an etwas anderes zu denken. Manche haben nicht einmal das Bedürfnis zu begreifen, was vorgeht."

„Wir haben viel zu viele Sorgen um die Zukunft, um die Kinder, um unsere Arbeit", erklärte ein anderer Arbeiter.

* P. H. Chombart de Lauwe, M. J. Chombart de Lauwe, S. Mollo, M. Huguet, R. Kaes, J. Larrue, C. Tomas — *Images de la culture*.
Les Editions ouvrières, Paris 1966.

Einer, dessen Leben ganz mit aufreibender, unschöpferischer Arbeit, mit der ständigen Jagd nach elementarem materiellem Wohlergehen ausgefüllt ist, sucht in seiner Freizeit oft nach einer Ablenkung. „Den Alltag vergessen", „Sich von der täglichen Arbeit ablenken" — das ist für viele Arbeiter der Sinn der Freizeit, und das drückt auch der „kulturellen Konsumtion" seinen Stempel auf. Die Kultur soll vielfach eine Zuflucht vor dem wirklichen Leben sein. „Das Lesen ist eine Entspannung", sagte ein Toulouser Metallarbeiter. „Dabei kann man den Alltag vergessen." Bezeichnend ist, daß sich diese Einstellung zu Freizeit und Kultur mit den Jahren, unter dem Einfluß der zunehmenden Müdigkeit, herausbildet.

„Früher einmal habe ich nicht nur Kriminalromane gelesen, sondern auch Romane mit Inhalt, sogar Klassiker", sagte bitter ein Arbeiter.

Solche Tatsachen geben oft eine pessimistische Vorstellung von den kulturellen, ja überhaupt geistigen Ansprüchen des „Mannes von der Straße". Viele westliche Soziologen behaupten, der Arbeiter und der kleine Angestellte sei durch die moderne Zivilisation zu einer Art kulturellen Verarmung verurteilt. Geknechtet durch eine gehaltlose, in winzige Hantierungen zersplitterte Arbeit, durch die Jagd nach materiellen Gütern, sei er nicht imstande, dem Ansturm der mächtigen, gutorganisierten „Kultur für die Massen" standzuhalten, die die heutige bürgerliche Gesellschaft hervorgebracht hat. Einen schlimmen Streich spielt dem „Mann von der Straße" die Warenwerbung, die Propaganda für den Verbrauch, die ihn aufdringlich dazu anhält, im Kauf immer neuer Sachen Befriedigung zu finden. Bei den bewußteren Arbeitern erregt der Einfluß dieser „Verbrauchermentalität" auf die Arbeiterklasse mit Recht Besorgnis. So ein Arbeiter sagte z. B. voll Bedauern über seine Kollegen, daß sich bei ihnen „eine Gier nach materiellen Gütern entwickelt und sie verdummt".

Bei einer derartigen sozialen und ideologischen Atmosphäre ist die kulturelle Armut der Massen gewiß kein Wunder. Die Ergebnisse der soziologischen Untersuchungen sind aber vielleicht insofern besonders interessant, als sie nicht nur diese Armut erkennen lassen, sondern auch den Kampf, den der einfache Mensch gegen sie führt, sein Streben nach einem vollwertigen Geistesleben. Ja, vielen Arbeitern fällt es schwer, gute Bücher zu lesen oder Vorträge zu besuchen. Und doch streben sie nach Wissen, nach der Wahrheit der großen Kunst. Einer von diesen sagte: „Wir haben zu nichts, nicht einmal zum Leben Zeit, aber der Drang nach Kultur ist doch da."

„Wir haben über das Interesse der Arbeiter für bestimmte Filme gestaunt, die sie sich ansehen, um Kenntnisse über das ‚Leben', über die ‚Gesellschaft' zu sammeln", schreibt René Kaes. „Mehr als die Hälfte der ins Kino gehenden Arbeiter sehen sich am liebsten Filme an, in denen ‚die Dinge so gezeigt werden, wie sie sind', in denen man ‚die Menschen besser kennenlernt' und sich über wirkliche Gerechtigkeit in den Beziehungen der Menschen zueinander klar wird. Gerade solche Filme sieht aber das Massenpublikum am allerwenigsten."

Und noch eine Tatsache. Obwohl unterhaltende Wochenschriften wie *Paris-Match* oder *Jours de France* den Zeitschriftenmarkt beherrschen, werden sie nur von 28 Prozent der Arbeiter, die überhaupt Zeitschriften lesen, gekauft. Dafür lesen 64 Prozent populärwissenschaftliche, technische oder gewerkschaftliche und politische Zeitschriften.

Solche Zahlen bestätigen keineswegs die Ansicht, das sich die Arbeiterklasse geistig und kulturell auf einem Tiefstand befinde, daß ihre Ansprüche „programmiert" seien und nicht über den Rahmen der in der kapitalistischen Gesellschaft herrschenden verdummenden „Massenkultur" hinausgingen. Wenn ein Arbeiter wirklich die Möglichkeit hat, mit der wahrhaft humanistischen und demokratischen Kultur in Berührung zu kommen, die ihn zum Denken anregt und ihn geistig bereichert, greift er mit beiden Händen danach.

Man sieht immer viele Arbeiter in dem von Jean Vilar gegründeten Nationalen Volkstheater und in den Theatern der Pariser Vororte. Beim Theater von René Planchon in Villeurbanne fahren jeden Abend mit speziellen Autobussen Hunderte von Arbeitern aus dem Industriegebiet Lyon vor. In dem Arbeiterviertel von Besançon hatte eine von Gewerkschaftern veranstaltete Ausstellung von Gemäldereproduktionen riesigen Erfolg.

In allen diesen Fällen brauchte man nur wenig zu tun. Man mußte für die einfachen Arbeiter elementare Erleichterungen schaffen, damit sie wahre Kunst kennenlernen konnten. Leider geschieht das nur in Ausnahmefällen. Nach einem Gastspiel der Comédie de Saint Etienne in einer kleinen Bergarbeitersiedlung sagte ein Kumpel zum Regisseur mit Bedauern darüber, daß er und seine Kollegen nur selten solche Vorstellungen sehen können:

„Für uns ist das wohl zu schön..."

Diese Stimmung (die, wie die soziologischen Forschungen zeigen, bei den Arbeitern sehr verbreitet ist) spiegelt nicht nur das Bewußtsein der sozialen Zurücksetzung wider, das Bewußtsein, daß dem arbeitenden Menschen die Quellen der Kultur verschlossen sind, die die bevorzugteren sozialen Schichten genießen. Sie zeugt auch davon, daß das Bedürfnis nach wahrer Kultur bei den Arbeitern tief verwurzelt ist. Das Zunehmen dieses Bedürfnisses ist wohl eins der bemerkenswertesten Kennzeichen der ideologischen Entwicklungsphase, in der sich die Arbeiterklasse heute befindet.

Es ist nur natürlich, daß sich viele Arbeiter für gründlichere, über ihre enge Facheignung hinausgehende Kenntnis der Produktionstechnik und -technologie, für die Bedeutung ihrer Arbeit und deren Zweck interessieren. Nicht von ungefähr lesen Arbeiter besonders gern technische und populärwissenschaftliche Zeitschriften. Wie eine Arbeiterin aus einer Chemiefaserfabrik von Lyon sagte, befriedigt sie ihre Arbeit nicht, weil sie den Betrieb als Ganzes nicht kenne und nicht wisse, wie Nylon erzeugt wird. Ein junger Elektrotechniker sagte:

„Man müßte wissen, wofür wir arbeiten, wozu die Erzeugnisse, die wir machen, überhaupt da sind und wer sie benutzt."

Solchen Bestrebungen liegt das organische Bedürfnis zugrunde, sich schöpferisch zu betätigen und der Arbeit wirklichen Gehalt zu geben. Ein Maurer erklärte:

„Manche erweitern ihre praktischen Kenntnisse, ... um mehr zu verdienen, für mich ist das aber nicht das Wichtigste. Jeder muß die Möglichkeit haben, schöpferisch zu arbeiten."

Für die meisten Arbeiter ist die Kultur in erster Linie ein Mittel, über den engen Gesichtskreis hinaus zu gelangen, der ihnen durch die Art der Arbeit und durch ihre soziale Stellung gezogen ist; sie bedeutet für den Arbeiter das Streben danach, die Welt und die Möglichkeiten, sie zu verändern, besser zu erkennen, das Streben danach, die Fähigkeiten anzuwenden, die jedes Individuum hat. Das hat einer der befragten Gewerkschafter gut ausgedrückt:

„Ich möchte zwei oder drei Berufe haben, möchte Eisenbahntechniker sein und zugleich Theater spielen. Ein Mensch darf nicht eng spezialisiert sein. Es darf nicht sein, daß einer nichts als seine Arbeit tun kann... Er muß auf allen Gebieten, in allen Erscheinungen des Lebens Bescheid wissen und imstande sein, etwas Eigenes beizusteuern."

Im Kapitalismus kann sich dieses Ideal der Befreiung und allseitigen Entwicklung der Persönlichkeit natürlich nicht verwirklichen. Arbeiter mit derart hohen geistigen und ethischen Ansprüchen sind sich über diese unanfechtbare Wahrheit klar genug. Deshalb verschmelzen in ihrer Einstellung zur Kultur gewissermaßen zwei eng zusammenhängende Tendenzen: Einerseits möchten sie auf dem betreffenden Gebiet unter den bestehenden sozialen Verhältnissen möglichst viel erreichen, anderseits sehen sie in der Kultur ein unentbehrliches Mittel, diese Verhältnisse zu ändern. Ein solcher Arbeiter stellt sich die Kultur als „ein Mittel dazu vor, den Menschen, seine Bedürfnisse und die Vorgänge ringsum zu erkennen und, falls nötig, zu handeln, um die Gesellschaft, in der er lebt, zu verändern".

Das Bedürfnis nach Kultur ist im Bewußtsein der Arbeiter überhaupt eng mit dem Protest gegen die soziale Zurücksetzung verbunden. Deshalb lehnen sie oft die Kultur ab, die speziell für die Arbeiter bestimmt ist. „Man darf die Arbeiter nicht als Klasse abkapseln", „Arbeiter können ebenso wie die anderen Klassen ein höheres Kulturniveau erlangen", „Die Oper ‚Tosca' ist für alle da" — aus solchen Äußerungen spricht unverkennbar das zunehmende Bestreben der Arbeiter, im Bereich der Kultur die Klassenschranken zu überwinden.

Die meisten Arbeiter sind der Meinung, daß der Weg zum kulturellen Aufstieg ihrer Klasse eine Demokratisierung des Unterrichtswesens ist: Oberschule für alle, ein gerechtes Stipendiensystem, die Möglichkeit für Arbeiter und ihre Kinder, Hochschulen zu besuchen.

Solche Forderungen sind heute ein Schwerpunkt des organisierten Kampfes der Arbeiterklasse. Im vergangenen November stellte die Allgemeine Arbeitskonföderation Frankreichs ein umfangreiches Programm demokratischer Reformen im Bildungswesen auf. Es sieht u. a. die Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr vor; eine polytechnische Fachausbildung; die Einrichtung verschiedener Lehrgänge unter Aufsicht der Gewerkschaften, deren Teilnehmer ihre Stellen behalten und denen nichts vom Lohn abgezogen werden darf; mehr und höhere Stipendien usw.

Das Beispiel der sozialistischen Länder wirkt unmittelbar aktivierend auf den Kampf der Arbeiterklasse für Zutritt zu Bildung und Kultur. Sie erkennen daran, daß diese Probleme ohne radikale soziale und politische Wandlungen nicht restlos gelöst werden können.

Ein Hüttenarbeiter, der in Polen war, sagte:

„Dort haben begabte Leute jede Möglichkeit zum Lernen, ganz gleich, welcher sozialen Klasse sie angehören."

Und ein 20jähriger Bauarbeiter:

„Das beste wäre, daß man das Regime ändert... Wir brauchen den Sozialismus."

Und ein dritter: „Die Arbeiter müssen ihr Geschick selbst in die Hand nehmen."

Es ist also ganz klar, daß die kulturellen und überhaupt die geistigen Bedürfnisse der Arbeiter nicht von dem Streben der Arbeiterklasse nach sozialer Befreiung getrennt sind. Unter den heutigen Verhältnissen sind diese Bedürfnisse ein wichtiger Antrieb zum Kampf für gerechtere soziale Zustände, für Demokratie und Sozialismus.

Aus der Auslandspresse

Die „Gazette de Lausanne" über Swetlanas Einkünfte

Am 2. Juni brachte die **Gazette de Lausanne** folgende Notiz:

„Wer, Winston Churchill oder Mme. Swetlana Allilujewa-Stalina, wird auf dem internationalen Büchermarkt den größten finanziellen Erfolg haben?

Diese Frage beschäftigt die Kreise des amerikanischen Verlagswesens...

Die ehrenwerte Pariser Agence Quotidienne d'informations financières — man beachte die Nuance! — teilt uns mit, daß die Tochter des Diktators schon drei Millionen Dollar ‚wert' ist. Die **New York Times** sowie **Time** und **Life** werden ihr für ihre Erinnerungen 600 000 Dollar zahlen, ihre Verleger, Harper and Row, werden ihr einen Scheck über 225 000 Dollar (als Vorschuß) ausstellen; was den Literaturklub ‚Das Buch des Monats' betrifft, so schätzt er, daß seine Mitglieder für den Anfang gern 325 000 Dollar zahlen werden, um die ‚Enthüllungen' des Gastes der Vereinigten Staaten zu lesen.

Die gewiegten Literaturmanager von Mme. Stalina haben in Vaduz (Liechtenstein) die Gesellschaft Copex Establishment inc. gegründet. Die Dame wird also keine Steuerlasten zu tragen haben."

Die immer mit uns sind

Eraclio ZEPEDA
Schriftsteller, Mexiko

Im April 1965, als nordamerikanische Marineinfanterie in Santo Domingo landete, war ich in der großen Karakum-Wüste in Turkmenien. Wir fuhren aus der Stadt Mary ab, an der der Kanal vorbeifließt, der das Wasser des Amu-Darja durch die Wüste führt. Wir fuhren direkt über den wie festgestampften Sand, ohne Straße, und kamen an Ruinen uralter Festungen aus Lehm vorbei, die von den Sicheldünen verschüttet sind. Dann an der altertümlichen Stadt Merw, die im 13. Jahrhundert von den Horden Tschinggis-Khans zerstört wurde. Die Trümmer dieser einst großen und blühenden Stadt sind in der Wüste noch jetzt zu sehen.

Gegen Mittag erreichten wir ein Sowchos im Bezirk Sakar-Tschaga. Das ist ein ungewöhnlicher Betrieb, er züchtet nämlich Kamele.

Kurban Sojunow hütet etwa 50 dieser eigenartigen Tiere. Er ist stolz auf seinen Beruf. Kurban zeigte mir das Stachelkraut, von dem sich die Kamele ernähren. Sie suchen es geduldig im Wüstensand. Der Hirt erklärte mir den Unterschied zwischen der Arwana- und der Irkischli-Rasse: Die ersten sind die berühmten Dromedare, deren Haar sehr geschätzt wird, die zweiten gewöhnliche Kamele mit zwei Höckern, die es in den kasachischen und mongolischen Steppen sehr viel gibt und die noch heute unersetzliche Schiffe der Wüste sind. Dann tranken wir saure Kamelmilch und unterhielten uns über allerlei.

Beim Abschied sagte Kurban:

„Hast du die tote Stadt Merw gesehen? Einst war sie groß und mächtig. Heute ist sie vereinsamt und unnütz. Und hast du gesehen, was für einen Fluß die Menschen durch die Wüste gelegt haben? Wir konnten das, weil wir zusammenhalten und stark sind. Ich habe in der Zeitung gelesen, wie schwer es Santo Domingo hat. Ich möchte, daß alle Völker zusammenhalten. Nur so kann man verhindern, daß auf der Erde tote Städte wie Merw entstehen, und kann man überall riesige Kanäle bauen, die Leben spenden. Wenn du in dein Land zurückfährst, sag deinen Landsleuten, daß wir in der Karakum tief entrüstet über die Verbrechen der Yankees in Lateinamerika sind."

Ich habe Kurban Sojunow nicht wiedergesehen, den Kamelhirten, der jeden Morgen turkmenische Zeitungen liest und Nachrichten aus Santo Domingo sucht. Aber ich weiß, daß er zusammen mit Millionen anderen sowjetischen Menschen dagegen aufgetreten ist, daß die dominikanische Hauptstadt von der Marineinfanterie der Yankees besetzt wurde, und daß seine Stimme kein Sandkorn in der Wüste ist. Ich habe ihn nicht mehr getroffen, aber ich denke an diesen unseren Freund oft liebevoll zurück.

In Kysyl, der Hauptstadt der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik Tuwa, steht ein schlichter Obelisk und bezeichnet die Stelle, wo sich der geographische Mittelpunkt des asiatischen Kontinents befindet. Einen Tag nach meiner Ankunft fuhr ich in die Steppe, in den Bezirk Schagonar.

Auf den großen Weiden fand ich Unterkunft und aufrichtige Gastfreundschaft bei dem Hirten Badjushak Ondar und seiner Frau Orustan.

Stundenlang unterhielten wir uns bei Ziegenkäse und auf Kohlen geröstetem Hammelfleisch und tranken Kumys zu. Unwillkürlich mußte ich daran denken, daß vor mir gewiß noch kein einziger Mexikaner in so einer Jurte war.

Die Ondars baten mich, ihnen etwas über mein Land und meine Landsleute zu erzählen, und ich sagte ihnen, daß in den hohen Bergen meiner Heimat Indianerstämme Schafherden hüten. Sie hörten mir aufmerksam zu, schüttelten im Takt ihrer Gedanken die Köpfe und warfen hin und wieder ein: „So haben wir vor vielen Jahren auch gelebt, unsere Väter und Großväter ebenfalls." Als eine Pause eintrat, fragte Badjushak:

„Und wie geht es Siqueiros?"

Ich war verblüfft. Dieser Hirt, der Tausende Kilometer von Mexiko in der Steppe Tuwas Riesenherden hütet, dieser einfache Mann im grünen Seidenkaftan mit Schaffellfutter, kannte meinen Freund, der mir so teuer ist.

„Als Siqueiros im Gefängnis war", sagte Badjushak, „haben wir in den Zeitungen ständig verfolgt, was mit ihm ist. Einmal haben wir Hirten dieser Region uns versammelt und nach Mexiko ein Telegramm mit der Forderung geschickt, Siqueiros freizulassen. Später haben wir erfahren, daß er sich auf freiem Fuß befindet, daß es gelungen ist, ihn aus dem Kerker herauszuholen. Wir waren glücklich."

Ja, die Ondars, die im Herzen des asiatischen Kontinents, am Rande des Sowjetlands leben, haben zusammen mit Millionen Männern und Frauen Gerechtigkeit für den großen Künstler und bewundernswerten Revolutionär Lateinamerikas gefordert.

Und noch eine Erinnerung.

Wir fuhren in die Berge von Tadshikistan. Vorsichtig bahnte sich der Wagen seinen Weg auf der in die Felsen einer Schlucht gehauenen Straße, vorbei an Gletschern, die so dick sind, daß sie nicht einmal im Sommer tauen, vorbei an Wasserfällen, die, unter dem Schnee hervorkommend, zu riesigen Strömen zusammenfließen und wie der versilberte Schweif eines mexikanischen Rennpferds aussehen.

Auf der Bergstraße gelangten wir in ein Dorf, dessen Steinhäuser von Obstgärten umgeben waren. In einem schattigen kleinen Hof am Ufer eines Bewässerungsgrabens setzten mir meine neuen Freunde Früchte und selbstgekelterten Wein vor.

Dann lauschte ich tadshikischen Weisen. Die Bergtadshiken kennen und lieben aber auch ihren Landsmann Omar Chajjam und trugen mir in Farsi seine Gedichte vor. Ich erinnerte mich an diese, die ich einmal spanisch gelesen hatte. Sie handeln von Freundschaft und Liebe, Lebensfreude, Trauer und Einsamkeit. Später sagte einer der Gastgeber:

„Wir haben gehört, daß Jesús Faría im Gefängnis ist und daß es ihm gesundheitlich schlecht geht. Wir haben protestiert und an der Kampagne zu seinem Schutz teilgenommen."

Einige Monate später, als ich von der Freilassung des venezuelischen Volksführers erfuhr und dann Jesús Faría in Moskau traf, fielen mir die Gebirgler aus der Tadshikischen Sozialistischen Sowjetrepublik wieder ein, die in den Ausläufern des Pamirs — des Dachs der Welt — auf die Freilassung eines Freiheitskämpfers Lateinamerikas hingewirkt hatten. In meinem Inneren sagte ich ihnen nochmals Dank dafür.

Mir sind diese drei Episoden, denen ich noch andere hinzufügen könnte, gerade jetzt eingefallen, wo in der Sowjetunion eine Dekade der Solidarität

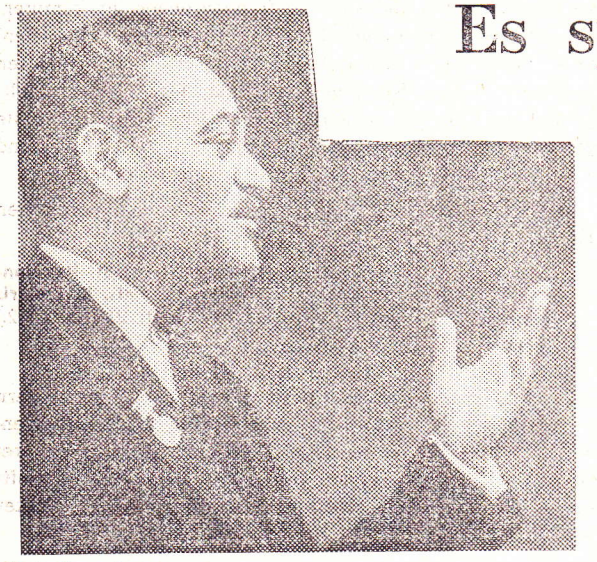
mit den Völkern Lateinamerikas zum Abschluß gelangt ist. Die Völker des Sowjetlandes haben den Freiheitskämpfern unseres Kontinents in verschiedener Form ihren Beistand bewiesen.

In Betrieben von Moskau, Kiew, Wolgograd, Aschchabad, Irkutsk, Minsk, Leningrad und Tbilissi forderten die Menschen die Freilassung von Patrioten aus den Gefängnissen in Caracas, Bogotá, Lima, La Paz und Tegucigalpa. Briefe und Telegramme mit der Forderung, in unseren vielgeprüften Ländern der Willkür ein Ende zu bereiten, schickten viele sowjetische Organisationen und angesehene Wissenschaftler und Kulturschaffende nach den lateinamerikanischen Hauptstädten, solche wie der Nobelpreisträger Akademiemitglied Semjonow, wie der Rektor der Moskauer Universtität, Akademiemitglied Petrowski, wie der Komponist Aram Chatschaturian und viele andere.

Ich bin überzeugt: Die Lateinamerikaner, die jetzt an Streiks und Straßenumzügen teilnehmen, die wählen oder in den Ausläufern der Kordilleren mit der Waffe in der Hand kämpfen, werden davon erfahren — alle, die mit den Mitteln, die ihnen das Leben eingibt, gegen die Gewaltherrschaft des Yankee-Imperialismus und der einheimischen Oligarchien kämpfen. Sie können überzeugt sein, daß das Sowjetvolk ihren Kampf rückhaltlos unterstützt.

Für uns ist dieser Beistand außerordentlich wertvoll, denn er kommt von einem Volk, das größtes moralisches Ansehen genießt, von einem Volk, das sich als erstes in der Geschichte von der Ausbeutung freigemacht hat und der ganzen Welt eine wolkenlose, friedliche Zukunft, konstruktive Arbeit, Freiheit und Demokratie wünscht.

Es spricht Manolis Glezos



Im Laufe mehrerer Nachkriegsjahre kämpfte unsere Zeitschrift gegen die Verfolgungen an, denen der Held der Akropolis, Manolis Glezos, von seiten der griechischen Reaktion ausgesetzt war. Wir veröffentlichten flammende Worte, die er oft im Kerker schrieb.

Jetzt ist sein Leben wieder in Gefahr. Er ist, ebenso wie Tausende andere griechische Patrioten und Demokraten, von den Rädelsführern des militärfaschistischen Putsches eingekerkert worden.

Nachstehend bringen wir einige Auszüge aus Beiträgen von Manolis Glezos, die wir zu verschiedener Zeit veröffentlicht haben. Sie sind noch heute aktuell. Seine Stimme klingt wie eine Sturmglocke, die die Völker der Welt zum Kampf gegen den Faschismus, für Demokratie in Griechenland und für die Befreiung der Häftlinge aus Gefängnissen und Konzentrationslagern ruft.

Manolis Glezos spricht in unserer Redaktion (1963).
Foto: J. Brilliant

...Vor den Schranken des Kriegsgerichts von Athen werden die demokratischen Gesetze des Landes stehen, und ihnen wird die Todesstrafe drohen, denn gegen sie richtet sich die Verschwörung, deren Opfer auch ich persönlich bin... Die Männer, gegen die sich die Anklage richtet, sind anerkannte Patrioten, die... ihre Kräfte für das Volk und für Griechenland hingegeben haben und weiter hingeben. Und wenn sie irgendwelche Schuld auf sich geladen haben, so nur die, mit flammender Leidenschaft nach Frieden und dem Wohlergehen unseres Landes, nach der Freundschaft aller Völker und der Einheit aller Griechen zu streben...

Ihre Regierung (gemeint ist die Regierung Karamanlis — d. Red.) begeht einen tragischen Fehler, wenn sie meint, man könne entgegengesetzte Ideen und das heiße Verlangen nach einer besseren Zukunft durch Gewalt und außerordentliche Maßnahmen unterdrücken... Es werden sich in unserem Lande trotz aller Opfer immer tapfere Menschen finden, die bereit sind, Volk und Demokratie stolz zu verteidigen...

Bestimmte Ideen kann man nur durch bessere Ideen und nie mit Kugeln bekämpfen. Auf dem Felde der Ideen und nicht im Saal des Kriegsgerichts schleudern wir Ihnen unsere Herausforderung entgegen, und unsere Richter werden das Volk und die Geschichte sein. Was mich anbetrifft, so bin ich stolz und glücklich, mich in den Dienst der höchsten Ideale der Menschheit gestellt zu haben, jener Ideale, die den Menschen in den finsteren Tagen des Krieges mit dem Faschismus Mut einflößten und die sie jetzt in ihrem großen Kampf für Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit begeistern...

Unserem Lande drohen schreckliche Gefahren... Aus diesem Sturm kann Griechenland unversehrt hervorgehen, wenn das Volk tatsächlich sein Schicksal in die Hand nimmt und die Demokratie uneingeschränkt funktionieren wird... Die Männer, die am 9. Juli vor das Kriegsgericht treten werden und die die Zukunft der Nation verkörpern, reichen

allen die Hand. Sie glauben, daß die Zeit gekommen ist, da die Griechen die Interessen der Nation über die Befehle von Ausländern und über engherzige politische Interessen stellen und ihre Bemühungen um des Volkswohles und des Weltfriedens willen vereinigen müssen...

(Aus einem Brief, den Manolis Glezos vor seinem Prozeß an Ministerpräsident Karamanlis schrieb. *Neue Zeit*, Heft 28, Jg. 1959.)

Habt Ihr Euch nicht überlegt, wie es geschehen konnte, daß so viele ehrliche griechische Patrioten auf die Anklagebank des Militärtribunals gerieten? Könnt Ihr Euch vorstellen, was in der heutigen Epoche unsere Erklärung vor Gericht zu bedeuten hatte, daß man in Griechenland schon für Gedanken vor Gericht kommt? Könnt Ihr Euch vorstellen, daß in Griechenland Menschen für Gedanken, deren Unantastbarkeit in allen Verfassungen verbrieft ist, zum Tode verurteilt werden können, noch dazu von gewöhnlichen Zivilgerichten? Ja, das alles geschieht, so vernunftwidrig Euch das auch erscheinen mag. Und es geschieht an der Wiege der Demokratie...

In den düsteren Jahren der Nazigewalt stellten die griechischen Patrioten dem Faschismus einen lebenden Wall aus ihren Leibern entgegen. Sie kämpften und starben in dem Traum, daß ihre Heimat morgen frei und unabhängig wiedererstehen würde. Die Schluchten, Städte und Dörfer unseres vielgeprüften Landes bedeckten sich mit den Gebeinen seiner Söhne und Töchter. Aber die Hoffnungen des Volkes auf ein unabhängiges und wiedererstehendes Heimatland sind nicht in Erfüllung gegangen. Griechenland wurde in neue Fesseln geschlagen und im Feuer innerer Unruhen und des kalten Krieges neuen Prüfungen unterworfen...

Unser Volk gelangt nicht in den Genuß der Gaben seines schönen Heimatlandes. Unsere Flüsse treten über ihre Ufer und fließen ungenutzt ins Meer, die Metalle bleiben im Boden oder werden von fremdländischen Geiern geraubt; die reichen Früchte unserer Erde faulen ungenutzt. Das Land siecht dahin, und alle mit wenigen Ausnahmen leiden...

Das Volk hat alle Ursache zum Kämpfen, und es kämpft dafür, daß Griechenland möglichst bald den Weg der Entspannung betritt, daß auch in unserem Land die Ideale des Friedens Wirklichkeit werden, jene Ideale, die in den Herzen aller Bewohner unseres Planeten glühen und von dem großen Dichter der Antike Aristophanes besungen wurden...

(Appell von Manolis Glezos an die freien Menschen der ganzen Welt. *Neue Zeit*, Heft 11, Jg. 1960.)

An die Redaktion der Neuen Zeit, *Moskau, Sowjetunion*

Kampfgefährte aus dem zweiten Weltkrieg!

Als die braune Pest in den besetzten Ländern Tod und Verderben sätę und sich die Klauen des Hakenkreuzes tief in den Körper Europas gruben — in Dachau und Oświęcim, Oradour und Lidice, Kalavryta und Distomo —, erhoben sich alle Völker, auch das unsere, gegen das faschistische Ungeheuer in der festen Entschlossenheit, die Menschenehre hochzuhalten, die Zivilisation zu bewahren und ihren Kindern eine bessere Zukunft zu sichern, und sie erwürgten das Ungeheuer in seiner eigenen Höhle.

Am 9. Mai 1945 läuteten hell die Glocken. Euer Kampf war vom Sieg gekrönt, und das, wovon Ihr geträumt hattet, war erobert: ein freies Leben brach für Euch an.

In unserem Land aber schwiegen die Siegesglocken. Die Helfershelfer der Besatzer, die an den Heldentaten unseres Volkes nicht teilnahmen, rissen mit Hilfe ausländischer Bajonette die Macht an sich und versenkten uns wieder in Finsternis. In eine Finsternis, die immer tiefer wird und immer weiter um sich greift. Wieder ist unsere Heimat vom Faschismus bedroht. Für uns ist der antifaschistische Kampf noch nicht zu Ende. Seit 18 Jahren rosten die Ketten, in die unsere im Kampf gegen den Faschismus zerschundenen Hände geschlagen sind. 1500 nationale Widerstandskämpfer schmachten im Kerker, weil sie den Faschismus haßten, gegen ihn kämpften und auch heute noch gegen ihn kämpfen. Um unseres gemeinsamen Kampfes, um unserer Menschenliebe, um der Zivilisation und des Fortschritts willen bitten wir Euch, unsere Kampfgefährten aus dem zweiten Weltkrieg, um Hilfe. Wir bauen auf diese Hilfe. Wir werden die griechischen Nachkriegsbastillen verlassen, und unser Land wird vor einem neuen Faschismus errettet werden.

Mit brüderlichem Händedruck im Namen der politischen Häftlinge von Ägina

M. Glezos, A. Ambatielos, St. Papajannis, K. Tsakiris

(*Neue Zeit*, Heft 21, Jg. 1962.)

... Wir politischen Häftlinge sprechen sonst nicht gern von unseren Gefühlen. Hier aber möchte ich doch sagen, wie schwer es ist, so lange eingekerkert zu sein. Wer frei ist, kann sich das kaum vorstellen. Viele politische Häftlinge waren jung und kräftig, als man sie in den Kerker warf. Dort sind sie alt geworden.

... Politische Häftlinge, die zu vielen Jahren verurteilt sind, sehen Tag für Tag, jahraus, jahrein nur zwei Farben: schwarz und weiß. Man stelle sich die langen dunklen Nächte im Kerker vor, Nacht um Nacht, Woche um Woche, Jahr um Jahr — ein Jahr, ein zweites, drittes, fünftes, fünfzehntes — und so 19 Jahre. Ein ganzes Leben! In diesen 19 Jahren sind die Häftlinge der einfachsten Freuden beraubt, 19 Jahre haben die Männer ihre Frauen und die Frauen ihre Männer nicht gesehen, haben sie die Zärtlichkeit ihrer Mütter, Väter, Brüder und Schwestern entbehren müssen...

Diese Menschen werden jahrelang im Kerker festgehalten. Man legt ihnen Morde, Brandstiftungen und Gewaltakte zur Last. Sie brauchten nur zu unterschreiben, daß sie ihre politischen Anschauungen abschwören, dann würde man sie freilassen und die Anklagen niederschlagen. Ein Federstrich, und sie wären frei. Aber die politischen Häftlinge in den Kerkern Griechenlands haben so etwas nicht unterschrieben. Sie sind ihren Idealen treu geblieben. Aus dem Kampf, den die fortschrittlichen Menschen in aller Welt führen, ... schöpfen sie immer neue Kraft...

(Aus einem Gespräch mit Glezos in unserer Redaktion, veröffentlicht in Heft 34, Jg. 1963.)

Viktor SIDENKO

Eine Chronik des nigerianischen Dramas

Am 30. Mai um 5 Uhr früh machte der Gouverneur des Ostgebiets von Nigeria, der 33jährige Oberstleutnant Odumegwu-Ojukwu, im Rundfunk die Mitteilung, daß das Ostgebiet aus der Föderation Nigeria austritt und von nun an „die souveräne unabhängige Republik Biafra" sei (der Name kommt vom Golf von Biafra an der Ostküste Nigerias). Weiter erklärte er, daß alle Verträge und Abkommen, die etwas mit dem „bisherigen Gebiet" zu tun haben, eingehalten und daß seine Schulden bezahlt werden würden. Ebenso werde man Schritte unternehmen, um das Eigentum der Föderation zu teilen und „Leute aus dem Ostgebiet, die außerhalb des neuen Staates leben, nach Biafra zurückzuführen."

Am selben Tag bezeichnete im Rundfunk der Bundeshauptstadt Lagos der Chef der nigerianischen Militärregierung und Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Generalmajor Yakubu Gowon, den Beschluß der Führer des Ostgebiets als einen „Putsch, der niedergeschlagen werden muß". Er gab bekannt, daß Ostnigeria vom Festland und vom Meer aus blockiert wird. Ebenfalls am selben Tag erschien in Lagos ein Befehl über eine volle Mobilmachung. Offiziere und Soldaten, die im Urlaub waren, mußten sich sofort stellen. Einer Meldung der Reuter-Agentur aus Nigeria zufolge geben die Sender aller drei Gebiete, die in der Föderation verblieben sind, Aufrufe an die „arbeitsfähigen Männer und Reservisten" durch, sich in den nächsten Tagen zum Militärdienst zu melden. Am 2. Juni schickte Gowon an UNO-Generalsekretär U Thant ein Telegramm mit der Warnung, daß man es als feindseligen Akt ansehen werde, wenn irgend jemand von den UNO-Mitgliedern die neue Republik anerkennen sollte.

●

Der Konflikt zwischen den Führern Ostnigerias und den Bundesbehörden, der jeden Augenblick in einen unverhohlenen Waffenkonflikt ausarten kann, gärt schon lange. Als den Auftakt dazu kann man die dramatischen Geschehnisse ansehen, die sich 1966 in Nigeria abspielten. Rekapitulieren wir kurz.

Am 15. Januar 1966 wurde die Regierung Balewa, die seit Ausrufung der Unabhängigkeit an der Macht war, durch einen Staatsstreich junger Offiziere gestürzt. Diese Regierung stützte sich hauptsächlich auf die Feudalkreise des Nordgebiets, des flächenmäßig größten Teils der Föderation, der auch die meisten Einwohner hat. Darüber, daß der konservative, wirtschaftlich rückständige Norden seinen Willen den politisch und wirtschaftlich stärker entwickelten Gebieten der Föderation nur deshalb diktierte, weil er mehr Einwohner hat, waren weite Kreise der nigerianischen Öffentlichkeit schon lange ungehalten, besonders in den südlichen Gebieten: dem Ost-, dem West- und dem Mittelwestgebiet.

Die durch den Staatsstreich zur Macht gelangte Militärregierung General Aguiyi-Ironsis versuchte, den Staatsaufbau zu ändern. Im Mai 1966 wurde in Lagos eine Verfügung veröffentlicht, laut der die föderative Struktur aufgehoben und statt dessen ein unitäres Regierungssystem eingeführt wurde. Gegen den Beschluß waren aber ganz entschieden die Feudalkreise im Norden. Sie sahen darin eine Gefahr für ihre Herrschaft nicht nur im ganzen Land, sondern auch im Nordgebiet selbst. Am 29. Juli kam es in einigen Städten Westnigerias zu einer Meuterei der Soldaten aus dem Norden (größtenteils solcher von der Völkerschaft der Hausa), und sie führte zum Sturz der Regierung Aguiyi-Ironsi. Die Macht ging an den 32jährigen Stabschef der Armee, Yakubu Gowon, über, der bald darauf das unitäre System aufhob und die föderative Ordnung wieder einführte.

Alle diese aufregenden Wechselfälle des politischen Kampfes in Nigeria trieben die Feindseligkeit zwischen einzelnen nationalen und ethnischen Gruppen auf die Spitze. Besonders kritisch war die Lage im Norden. Im September 1966 rollte eine Woge von Exzessen gegen Leute aus dem Ostgebiet, die zur Völkerschaft der Ibo gehören, über die Städte des Nordens hinweg. Einige Tausend wurden getötet, 1,8 Millionen flohen ins Ostgebiet (die Zahlen entnehmen wir der *New York Times* vom 19. März 1967). Nach Ansicht vieler Beobachter kam es keineswegs spontan zu diesen Exzessen. Vielmehr waren sie von den Feudalherren des Nordens angestiftet, die die Unzufriedenheit der niederen sozialen Schichten von sich ablenken und ihr in nationalen Zwistigkeiten einen Auspuff geben wollten.

Der Ausbruch des nationalen Zwistes im Norden löste einen entsprechenden auch im Osten aus. Gerade zu diesem Zeitpunkt begann sich das Verhältnis zwischen dem Ostgebiet und den Landesbehörden komplizierter zu gestalten. Die Tendenzen der Uneinigkeit, die durch ein Gefühl nationaler Kränkung verstärkt wurden, schwollen im Ostgebiet schnell an.

Die politische Lage in Nigeria verschlechterte sich kraß, nachdem die Militärregierung Ostnigerias beschlossen hatte, daß ab 31. März sämtliche staatlichen Einkünfte aus dem Ostgebiet nicht wie früher in die Bundeskasse, sondern unmittelbar in die Gebietskasse fließen sollen. Mit anderen Worten: Das Ostgebiet weigerte sich, etwas zum Bundeshaushalt beizusteuern.

Die Regierung Gowon erklärte den Beschluß der Behörden Ostnigerias für gesetzwidrig und verhängte über dieses als Sanktion eine teilweise Wirtschaftsblockade. Anfang April wurden sämtliche Flüge der staatlichen Luftfahrtgesellschaft Nigeria Airways sowie die internationaler Luftfahrtgesellschaften nach dem Ostgebiet untersagt. Die Nigerianische Zentralbank sperrte Devisenüberweisungen dorthin, und den ostnigerianischen Häfen wurde das Recht abgesprochen, zollamtliche Funktionen auszuüben.

Die Führer Ostnigerias steuerten den Kurs auf Lostrennung von der Bundesregierung jedoch weiter. Mitte April wurde in Enugu bekanntgegeben, daß die Lokalregierung die restlose Kontrolle über die wichtigsten Bundesamtsstellen habe, die „für Funk, Strom- und Kohleversorgung, Luft- und Seeverkehr, Häfen, Eisenbahnen, Post, elektrisches Fernmeldewesen und den Absatz von Erzeugnissen zuständig sind".

Im April begannen Angestellte von der Völkerschaft Ibo in Massen aus verschiedenen Gebieten abzureisen. So ist bekannt geworden, daß viele Ibo-Mariner die Schiffe verlassen haben und nach dem Ostgebiet gegangen sind.

Ihnen folgten rund 200 Polizisten aus dem Mittelwestgebiet.

Unter diesen Umständen beschlossen die Bundesbehörden, den Obersten Militärrat einzuberufen. Er trat am 20. April in Lagos zusammen. Außer Gowon nahmen an der Sitzung die Militärgouverneure des Nordens, Westens und Mittelwestens teil. Der Sessel des Gouverneurs aus dem Ostgebiet war unbesetzt, der Gouverneur hatte die Teilnahme abgelehnt.

Die Sitzung verlief stürmisch, aber schließlich einigten sich die Teilnehmer doch auf ein Kommuniqué, laut dem der Rat es der Bundes-Militärregierung gestattete, „einige strenge Maßnahmen zu ergreifen, falls der Militärgouverneur des Ostgebiets sein gesetzwidriges Vorgehen fortsetzen sollte".

Ein anderes wichtiges Moment des Kommuniqués war die Mitteilung, daß der Oberste Militärrat beschlossen hatte, spätestens für den 5. Mai 1967 die Landesverfassungskonferenz anzuberaumen, die einige Monate aufgeschoben worden war. Die Ausführung dieses Beschlusses stieß jedoch auf unerwartete Hindernisse. Es zeigten sich Symptome von Reibungen zwischen dem Nordgebiet einerseits und dem West- sowie dem Mittelwestgebiet anderseits.

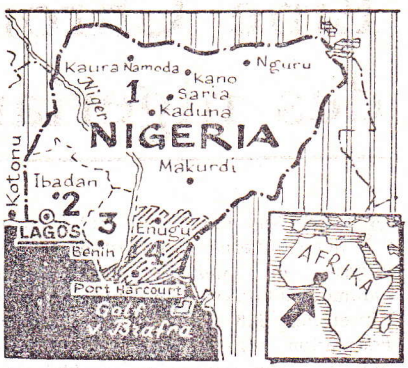
Deshalb hielt es Lagos nicht für zweckmäßig, die Konferenz einzuberufen, und gab ihren Aufschub auf „unbestimmte Zeit" bekannt. In der Auslandspresse wurde die Ansicht laut, daß der Standpunkt, den das West- und das Mittelwestgebiet zu einem Verfassungssystem Nigerias eingenommen haben, eine Antwort auf den Versuch der feudalen Kreise im Nordgebiet sei, den übrigen Gebieten zu diktieren und Zustände herbeizuführen, wie sie vor dem Umsturz von Januar 1966 im Lande geherrscht hatten. Zugleich wurde festgestellt, daß in Nigeria ziemlich viele führende Leute, die die Hegemoniepläne der nördlichen Feudalherren ablehnen, für eine Aufrechterhaltung der Einheit und territorialen Integrität Nigerias sind. Sie meinen, daß eine Spaltung des Landes für dieses folgenschwer wäre, weil sie die nationale Entwicklung seiner Völker hemmen und die Wirtschaft desorganisieren würde.

Auf Initiative der Anhänger der Einheit Nigerias wurde im Frühjahr 1967 das Nationale Versöhnungskomitee gebildet, dem Vertreter verschiedener Landesgebiete angehören. Nach Zusammenkünften mit Gowon und Odumegwu-Ojukwu in der ersten Maihälfte veröffentlichte das Komitee am 15. Mai Empfehlungen, deren Ausführung seiner Meinung nach die Lage im Land normalisieren könnte. Darin wurde der Landesregierung nahegelegt, die Wirtschaftssanktionen gegen das Ostgebiet aufzuheben und die Truppen aus Westnigeria, die sich aus Leuten aus dem Norden zusammensetzen, zurückzunehmen. Den führenden Männern des Ostens wiederum wurde empfohlen, sämtliche Maßnahmen gegen die Bundesinstitutionen einzustellen.

Kurz darauf wurde in Lagos angekündigt, daß die Regierung Gowon diese Empfehlungen akzeptiert. Das Verbot von Flügen nach Ostnigeria und die Sanktionen, die sich auf Post und Fernmeldewesen erstreckten, wurden aufgehoben. In Ostnigeria hatten die separatistischen Stimmungen inzwischen aber ihren Höhepunkt erreicht. Dort fanden Demonstrationen statt, deren Teilnehmer den Austritt des Ostens aus dem Bund forderten. Am 26. Mai trat in der Hauptstadt dieses Gebiets, in Enugu, eine Konsultativkonferenz zusammen, und sie forderte den Militärgouverneur des Ostgebiets auf, dort eine souveräne Republik auszurufen. Am gleichen Tag gab, wie ein Korrespondent der UPI-Agentur aus Lagos meldete, „Radio Ostnigeria die Gründung der Republik Biafra durch, dementierte diese Meldung aber später".

Bei der Nervosität, die in Nigeria herrschte, genugte die Erklärung im Rundfunk, um Kontermaßnahmen der Regierung Gowon auszulösen. In Lagos wurde verkündet, daß über das Land der Ausnahmezustand verhängt wird. Jede politische Betätigung wurde verboten. Die ganze Machtvollkommenheit ging an Gowon als den Oberbefehlshaber der nigerianischen Armee und Chef der Bundesregierung über. Zugleich wurde ein Dekret veröffentlicht, dem zufolge die frühere Gliederung des Landes aufgehoben wurde. Anstelle der vier Gebiete wurden 12 Bundestaaten gebildet, sechs davon im Nordgebiet und drei im Ostgebiet. Zum selbständigen Bundesstaat wurde die Bundeshauptstadt Lagos mit den anstoßenden Bezirken des Westgebiets erklärt. Das übrige Westgebiet und das ganze Mittelwestgebiet wurden jedes zu einem selbständigen Bundesstaat gemacht.

In einem Kommentar zu diesem Beschluß der nigerianischen Behörden schrieb der englische *Guardian* am 29. Mai, daß Gowon mit seinem Plan „zwei Hauptziele verfolgt: erstens das jetzt allzu große Nordgebiet in sechs Teile zu zerlegen, um die Angst, die der Osten und auch der Süden schon lange vor einer Herrschaft des Nordens haben, zu zerstreuen, und zweitens den Osten zu dreiteilen und dadurch die dominierenden Ibo von den bedeutenden Minderheiten dieses Gebiets zu



1. Früheres Nordgebiet
2. Früheres Westgebiet
3. Früheres Mittelwestgebiet
4. Früheres Ostgebiet

trennen, wodurch der geplanten neuen Republik die Hoffnung auf einen festen Zusammenhalt genommen werden soll".

Das Pendel der separatistischen Bewegung, das im Osten ins Schwingen gekommen war, konnte aber nicht mehr aufgehalten werden. Am 30. Mai wurde auf dem Regierungsgebäude in Enugu die rotschwarzgrüne Fahne mit der gelben aufgehenden Sonne auf schwarzem Grund gehißt, die die Unabhängigkeit der „Republik Biafra" symbolisiert. In diesem Augenblick trat die nigerianische Krise in eine neue Phase.

●

Man könnte eine ganze Menge effektvoller Parallelen zwischen den Geschehnissen im Becken des Kongostroms und denen im Becken des Niger ziehen. Es wäre jedoch falsch, bei einer Analyse der Vorgänge in Nigeria ein Gleichheitszeichen zwischen sie und die Tragödie zu setzen, die seinerzeit das Volk von Kongo durchgemacht hat. Indessen gehen manche westliche Beobachter bei ihrer Untersuchung gerade von solchen äußerlichen Ähnlichkeiten aus. Sie setzen beispielsweise die von den Imperialisten provozierte Lostrennung Katangas von Kongo (1960) dem nigerianischen Konflikt gleich. Solche Parallelen helfen aber nicht, Klarheit über die Ursachen der Ereignisse zu schaffen, die zu verschiedenen Zeiten die beiden Länder erschüttert haben, im Gegenteil, sie erschweren das nur.

In Nigeria sind die Ursachen des Konflikts viel komplizierter, als sie es in Kongo waren, wo die Krise hauptsächlich an der Intervention der imperialistischen Mächte lag, die sich dabei der UNO-Flagge bedienten. Es ist dagegen fast unmöglich, einen gemeinsamen Nenner für die Prozesse zu finden, die sich in Nigeria vollziehen. Beim Aus-

bruch der dortigen Krise haben folgende Faktoren eine große Rolle gespielt: die ethnischen und nationalen Zwistigkeiten und das schon traditionelle Rivalentum der Gebiete, Erscheinungen, die nach den tragischen Geschehnissen von 1966 besonders auf die Spitze getrieben wurden; der bedauerliche Vertrauensmangel im Land, der eine vernünftige Regelung der nigerianischen Probleme erschwert. Es kann auch nicht unerwähnt bleiben, welche Rolle die Imperialisten dabei gespielt haben, die Rivalität und Feindschaft zwischen den einzelnen nationalen und ethnischen Gruppen Nigerias zu schüren. Bekannt ist z. B., daß die Verfassung, die Nigeria 1960 bekam, als es ein unabhängiger Staat wurde, in London formuliert worden ist. In dieser Verfassung wurde die Rechtsungleichheit der Gebiete im Rahmen der Föderation erhärtet, was u. a. die heutige Krise ausgelöst hat.

Die Imperialisten, die die Saat der Zwietracht ausgestreut haben, warten jetzt nur auf eine günstige Gelegenheit zum Ernten. Tatsachen deuten darauf hin, daß imperialistische Kräfte beim Schüren des jetzigen Konflikts und bei der Schaffung der Mißtrauensatmosphäre im Land ihre Hand im Spiel gehabt haben. Sie rechnen darauf, daß Nigeria durch die inneren Zwistigkeiten geschwächt werden wird und daß sie ihm dann, gestützt auf die interne Reaktion, leicht diktieren könnten. Man begreift unschwer, was für Heimsuchungen eine imperialistische Einmischung über das nigerianische Volk bringen kann.

Juri SCHISCHKOW

„Kleineuropa" nach dem Treffen in Rom

Am 29. Mai trafen sich im Kapitol zu Rom die Staats- und Regierungsoberhäupter der Länder, die der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angehören — zum erstenmal seit dem Juli 1961. Damals hatten sie beschlossen, regelmäßig zusammenzukommen, das nächste Mal ein halbes Jahr später. Seitdem ist viel Wasser den Tiber hinuntergeflossen. Die EWG wurde ständig vom Fieber geschüttelt, und die Krise von 1965 hatte ihr beinahe ein ruhmloses Ende bereitet. Aus der vorgesehenen sechsmonatigen Unterbrechung wurde eine sechsjährige Zeit gegenseitigen Argwohns und wechselseitiger Vorwürfe.

Nun hatten sich die Führer der Sechsergruppe wieder am Runden Tisch eingefunden, um den zehnten Jahrestag des Römischen Vertragswerks zu begehen und bei dieser Gelegenheit einige Fragen zu lösen, die ihnen schon lange auf den Fingern brennen. Es fehlte nicht an pompösen Reden. Bei der Eröffnung des Festakts erklärte der italienische Präsident Saragat: „Eine so repräsentative Versammlung wie diese kann dank dem Ansehen der ihr beiwohnenden Staatsmänner und dem Gewicht der Länder, die sie vertreten, die Zukunft Europas in entscheidender Weise beeinflussen." Aber als der Festakt beendet war und der Meinungsaustausch über die praktischen Fragen begann, machten sich die alten Gegensätze sofort wieder bemerkbar.

Das Leitmotiv zahlreicher Reden war: Europa braucht Frieden und normale Entwicklungsbedingungen. Aber wie läßt sich dieses Streben nach Frieden damit vereinbaren, daß die EWG ein Verbündeter der USA ist, die die Lage in Südostasien und im Nahen Osten so zugespitzt haben? Wie läßt sich der Wunsch der Geschäftskreise, Westeuropa zu einem selbständigen Wirtschaftsfaktor zu machen, mit der wachsenden Abhängigkeit der Wirtschaft der westeuropäischen Länder vom USA-Kapital vereinbaren?

Beide Umstände machten den EWG-Partnern bereits zur Zeit der Gründung des Gemeinsamen Markts große Sorgen. Die Antwort auf sie sahen viele Politiker in der Schaffung eines starken, integrierten Europas, das den „kämpfender Giganten", der Sowjetunion und den USA, als „dritte Kraft" entgegenstehen würde. Sollte die EWG aber eine solche Rolle spielen können, so hätte sie sich einerseits zu einem politischen Bündnis entwickeln und andererseits den größeren Teil der westeuropäischen Länder erfassen müssen.

Ebendiese beiden Grundprobleme der westeuropäischen Integration lagen der Diskussion in Rom zugrunde, und um deren Sinn und Ausgang zu verstehen, lohnt es sich, sie unter Berücksichtigung der gesamten Integrationserfahrungen zu prüfen.

❁

Ursprünglich dachte man sich die Schaffung einer politischen Gemeinschaft auf EWG-Basis als das Hinüberwachsen einer *Zollunion* in eine *wirtschaftliche* Union und schließlich in eine *politische* Union: von der Abschaffung der Zölle und anderen Schranken im gegenseitigen Handel über eine vereinbarte Wirtschaftspolitik zu einer einheitlichen Verteidigungs- und Außenpolitik, d. h. praktisch zu einem einheitlichen Superstaat, zu den „Vereinigten Staaten von Europa".

Walter Hallstein (BRD), der bis jetzt Präsident der EWG-Kommission war, hat ein Buch geschrieben, in dem er die Notwendigkeit eines Hinüberwachsens der wirtschaftlichen in die politische Integration mit einem recht interessanten Gutachten von Völkerbundsexperten begründete:

„Soll eine Zollunion existieren, so muß eine freie Bewegung von Waren und Gütern innerhalb der Union gesichert sein. Soll eine Zollunion Wirklichkeit werden, so muß in ihr Freizügigkeit der Menschen garantiert sein. Soll eine Zollunion stabil sein, so müssen die Währungen in ihr immer umwechselbar sein und in der Union stabile Wechselkurse aufrechterhalten werden. Darauf beruht die freie Bewegung des Kapitals... Ist auf irgendeinem Gebiet eine freie Bewegung von Gütern, Personen und Kapital vorhanden, so kann die Wirtschaftspolitik ... in diesem Gebiet nicht von jedem gesondert betrieben werden. Soll die Politik vereinheitlicht werden, so bedarf es dazu eines politischen Mechanismus."

Diese innere Logik der Integration beruht auf den Entwicklungserfordernissen der modernen Produktivkräfte, auf jener unwiderstehlichen Tendenz zur Internationalisierung der Produktion, die heute auf Schritt und Tritt zu beobachten ist.

In den zehn Jahren hat die EWG jedoch im Grunde genommen nur das erste Stadium dieses Prozesses durchlaufen: Mitte 1968 sollen die Zollschranken im Handel zwischen den EWG-Ländern endgültig fallen, soll die Zollschranke gegen den Import aus dem Nicht-EWG-Bereich endgültig errichtet sein. Mit anderen Worten: Die *Zollunion* der sechs Länder wird vor dem anfänglich bestimmten Termin (Ende 1969) Tatsache sein.

Das erklärt sich wesentlich damit, daß sich die Interessen der führenden Industriemonopole an der Schaffung eines großen Binnenmarkts der EWG in weitem Umfang decken. Die Liberalisierung des Handels im EWG-Bereich trug zur Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung in diesem Raum und zur mehr als dreifachen Steigerung des Exports im Handel der EWG-Länder untereinander bei.

All das hat natürlich den größten Monopolen einen beträchtlichen Gewinn gebracht, aber keineswegs eine stabile Konjunktur und die Stabilität der EWG selbst garantiert. Dazu müßten, wie bereits die Völkerbundsexperten festgestellt hatten, eine Reihe von Währungs-, Steuer- und anderen Problemen gelöst werden, die zur zweiten Integrationsstufe gehören. In dieser Hinsicht sind aber nur höchst unbedeutende Resultate erzielt worden.

Es sind nur die ersten, höchst zaghaften Schritte getan worden, um die Steuersysteme zu „harmonisieren", die Bewegung von Kapital aus einem Lande ins andere zu erleichtern und große supernationale Monopolvereinigungen zu schaffen. Auf dem Gebiet der Steuern und Valuten wie auch dem des Verkehrs, der Sozialgesetzgebung und anderer Aspekte einer einheitlichen Wirtschaftspolitik, ohne die es keine „gleichen Konkurrenzbedingungen" auf dem Gemeinsamen Markt geben kann, fehlt praktisch jeder Fortschritt.

Bis jetzt ist es nicht gelungen, sich irgendwie über eine gemeinsame Energiewirtschaftspolitik der sechs Länder zu einigen, und so wichtige Instrumente einer solchen Politik wie die Europäische Montanunion und die Europäische Atomenergiegemeinschaft (Euratom) stecken in einer Krise. Es ist soweit gekommen, daß z. B. Belgien vorschlägt, die gemeinsamen Euratom-Forschungsvorhaben stark zu reduzieren und einige andere Formen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atom-Energiewirtschaft — noch vor kurzem einer der wichtigsten Hoffnungen der energiewirtschaftlichen Zukunft Westeuropas — abzubauen. Nach Brüssels Ansicht sollte die Arbeit am Tätigkeitsprogramm des Euratom ganz eingestellt werden.

Was eine gemeinsame Agrarpolitik angeht, so ist sie zwar, wenn auch nur mit Hängen und Würgen, im Prinzip ausgearbeitet worden, stellt aber nach wie vor ein höchst labiles und explosionsträchtiges Element der Integration dar. Obwohl bis zur Realisierung dieser Politik noch mehr als ein Jahr geblieben ist, sprechen italienische Geschäftskreise bereits von der Notwendigkeit ihrer Revision. *Il Globo* schrieb: „Gerade dort, wo es schien, daß die bedeutendsten Resultate erzielt werden könnten, nämlich auf dem Gebiet der Landwirtschaft, ... sind die Hoffnungen unseres Landes getäuscht worden, und es mußte einer Ungleichheit zustimmen, die in Zukunft abgeschafft werden muß."

Somit ist man, im ganzen gesehen, mit der Schaffung einer *Wirtschaftsunion* im Rahmen der EWG nicht vorangekommen, und in dieser Hinsicht bieten sich auch keine realen Perspektiven.

Was nun die dritte und wichtigste Integrationsstufe, die *politische Union*, angeht, so ist überhaupt nichts erreicht worden, und selbst die eifrigsten Befürworter einer solchen Union beschränken sich jetzt auf höchst vage Äußerungen. Hallstein sprach in einem Interview für die *Welt* am 25. März 1967 die Hoffnung aus, die Bildung eines Agrarmarkts und einer Zollunion werde allmählich zur Annäherung und „Identität" der großen wirtschaftspolitischen Interessen der EWG-Länder führen. Der springende Punkt ist jedoch, daß es bei einer monopolistischen Integration eine solche Identität nie gab noch geben kann.

Das illustriert die Politik Westdeutschlands. Bestrebt, die mit der Wirtschaftsflaute wachsenden Schwierigkeiten auf ihre Handelspartner abzuwälzen, hat die Bundesrepublik ihre Vorstöße auf die auswärtigen Märkte, besonders auf die ihrer Partner, verstärkt. Im vorigen Jahr vergrößerte sich ihre Ausfuhr in diese Länder um 26 Prozent, ihre Einfuhr aus ihnen aber nur um 4 Prozent. Die Handelsbilanz der Bundesrepublik hat sich dadurch bedeutend verbessert, aber auf Kosten Italiens, Frankreichs, Belgiens und besonders Hollands. Da der Export der beiden letztgenannten Länder in die Bundesrepublik zurückgegangen ist, hat sich ihr wirtschaftliches Wachstum verlangsamt.

Statt einer „Identität" der Interessen sieht man also immer wieder deren Zusammenstoß. Die ganze wirtschaftliche Zusammenarbeit in der EWG beruht auf systematischer Benachteiligung der schwächeren Partner zugunsten der stärkeren, vor allem der Bundesrepublik. Ist es da ein Wunder, daß Frankreich und einige andere Mitglieder des Gemeinsamen Marktes zwar grundsätzlich für eine politische Integration sind, aber nicht darauf brennen, sich vor den Karren einer politischen Gemeinschaft spannen zu lassen, in der die Zügel sich unvermeidlich in den Händen der Allianz Bonn—Washington befinden würden?

Die Gegensätzlichkeit der Positionen von Paris und Bonn trat in Rom erneut kraß hervor und ließ die Konferenz der politischen Integration nicht näher kommen.

Der einzige konkrete Beschluß auf diesem Gebiet war die Bestimmung des Datums, zu dem die Exekutivorgane der EWG, der Europäischen Montanunion und des Euratom zusammengelegt werden sollen. Vom 1. Juli 1967 an wird für die laufenden Angelegenheiten dieser drei Vereinigungen die Vereinigte Kommission der Gemeinschaft zuständig sein. Aber das bringt, wie gesagt, die Sechsergruppe der politischen Integration nicht näher.

Die Vereinigung der drei erwähnten Gemeinschaften war ursprünglich bereits für Anfang 1966 vorgesehen. Zugleich mit ihr wollte man jedoch vom Grundsatz der Einhelligkeit bei der Entscheidung wichtigster Fragen im EWG-Ministerrat zum Grundsatz der qualifizierten Mehrheit übergehen. Damit würde die Kommission zum ersten Baustein einer politischen Gemeinschaft werden und sich faktisch in ein supernationales Machtorgan verwandeln. In diesem Fall würde sie jedoch unvermeidlich zu einem politischen Werkzeug des stärksten Partners werden. Darum wurde dieser Plan, den Bonn aktiv unterstützt hatte, von Paris abgelehnt, und faktisch scheiterte er bereits 1965. Insofern aber das Einhelligkeitsprinzip weiterbesteht, wird die Vereinigte Kommission nicht mehr Rechte haben als die bisherige Kommission.

Der westdeutsche Vizekanzler, Willy Brandt, faßte die Ergebnisse der Beratung in Rom dahingehend zusammen, daß die politische Integration in den nächsten Jahren „nicht im Vordergrund stehen" würde. Die Beratung hat nochmals bestätigt, daß die weitere Integration *nach innen hin* ins Stocken geraten ist. Und gleichsam als Sinnbild des Scheiterns seiner langjährigen Bemühungen um die Schaffung einer politischen Gemeinschaft nimmt Hall-

stein, dieser Vorkämpfer eines übernationalen Superstaats, seinen Abschied.

Das römische Gipfeltreffen ließ auch den Traum der Integrationsbefürworter von einer Erweiterung der Gemeinschaft zerschellen. In den letzten Monaten, besonders nach dem Beschluß Londons, erneut seine Aufnahme in die EWG zu beantragen, wurden in politischen Kreisen der westeuropäischen Hauptstädte alle möglichen Mutmaßungen über den Beitritt dieser oder jener Länder zur EWG angestellt. Um die Mitgliedschaft haben sich außer England bereits Irland und Dänemark beworben.

Aber Frankreich hat ebenso wie 1963 recht nachdrücklich zu verstehen gegeben, daß es gegen Englands Aufnahme in die EWG ist. Es sei daran erinnert, daß Frankreichs Hauptargument hierbei die „besonderen Beziehungen" Englands zu den USA sind*. Soll ein unabhängiges „europäisches Europa" geschaffen werden, so ist dies unvereinbar mit dem Einzug eines amerikanischen „Trojanischen Pferds" in dieses Europa, und als ein solches Pferd wird England eigentlich betrachtet. Nach Ansicht Präsident de Gaulles wäre es am vernünftigsten, so lange zu warten, bis „eine bestimmte innere und äußere Evolution, deren Anzeichen sich in Großbritannien offenbar bereits bemerkbar machen, zu Ende geführt ist".

Die Bundesrepublik, die Beneluxländer und Italien haben sich in Rom für Englands Aufnahme ausgesprochen. Der italienische Ministerpräsident Aldo Moro suchte sogar zwischen Frankreich und seinen Opponenten zu vermitteln. Frankreich blieb jedoch Sieger. Die Form der Absage wurde dieses Mal allerdings wesentlich gemildert. Im Kommuniqué der Beratung wurde die Frage der Aufnahme Englands, Irlands und Dänemarks offengelassen und den Außenministern der Sechsergruppe zum Studium überwiesen. Die Angelegenheit wird offenbar auch bei dem für den 19. Juni angesetzten Treffen Wilson—de Gaulle erörtert werden. „Verhandlungen wurden nicht für unmöglich erklärt", schrieb der Pariser *Figaro*, „aber sie werden erst beginnen, wenn die Gemeinschaft sich darüber klargeworden ist, wohin sie durch eine Kandidatur Englands gebracht werden kann."

Das Treffen in Rom hat erneut gezeigt, daß die Erweiterung des Rahmens der Gemeinschaft als abgekapselter Gruppe, d. h. die Entwicklung der Integration *in die Breite*, ein außerordentlich schwieriges, kaum lösbares Problem ist. Indessen erfordern die Interessen des Konkurrenzkampfes unter den Westmächten und den einzelnen Gruppen des Monopolkapitals eine solche Erweiterung.

In der Tat: Eines der Hauptziele, die mit der Schaffung des Gemeinsamen Marktes verfolgt wurden, war doch ein großer „Binnenmarkt", der sich zumindest dem Ausmaß des amerikanischen Binnenmarktes nähern sollte. Das würde es ermöglichen, eine Massenproduktion zu organisieren, den Grad der Konzentration und Spezialisierung zu steigern und folglich die westeuropäischen Waren auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger zu machen. In den verflossenen Jahren hat die Konzentration bedeutende Fortschritte gemacht. Aber die Gesellschaften in der EWG sind immer noch Zwerge gegen die amerikanischen Superkonzerne. Das ist begreiflich: Der innere Markt der Vereinigten Staaten, der eine Domäne der nationalen Monopole geblieben ist, hat eine doppelt so große Potenz wie der Gemeinsame Markt.

Die Logik des Konkurrenzkampfes erfordert somit, daß der Rahmen der EWG auseinandergeschoben wird. Darauf wirken auch viele andere objektive Faktoren hin, namentlich die wachsende internationale Arbeitsteilung mit den benachbarten Ländern Westeuropas und die immer stärkeren Verflechtungen des Kapitals Englands und mehrerer anderer Länder mit den Kapitalien der EWG. Daß die Grenzen „Kleineuropas" ausgedehnt werden müssen, darüber sind sich die Führer aller Länder einig, die diesem Block angehören, darunter auch Frankreichs. Aber sobald es um konkrete Beschlüsse geht, treten immer wieder unüberwindbare Hindernisse zutage.

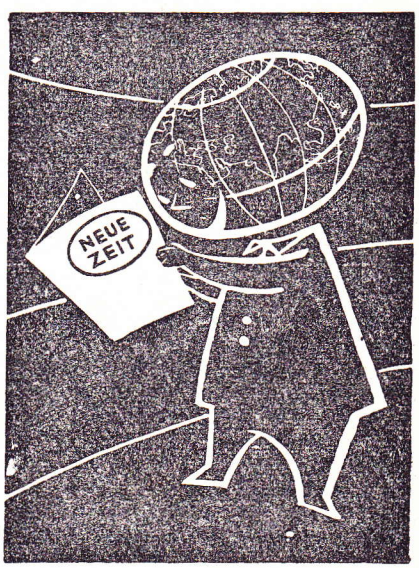
●

Die Verhandlungen in Rom haben erneut gezeigt, welche Widersprüche der monopolistischen Integration innewohnen. Sie haben erwiesen, daß für ihre Entwicklung in die Tiefe und in die Breite nur wenig reale Perspektiven bestehen. Die fortschrittliche Tendenz zur Internationalisierung der Produktivkräfte stößt auf das längst veraltete System der gesellschaftlichen Beziehungen.

Man sieht die Hoffnungen der „Europäisten" scheitern, mit Hilfe des Gemeinsamen Marktes eine umfassende Einheit Westeuropas herzustellen. Gescheitert ist auch die gesamte antikommunistische Nachkriegsstrategie, die der EWG mit ihrem großen Wirtschafts- und Rüstungspotential eine führende Rolle zugedacht hatte.

So ist es denn kein Zufall, daß in Rom auch ein anderes Thema berührt wurde: das Thema des Ausbaus der Wirtschaftsverbindungen und der Verbesserung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern Europas. Daß dies geschehen müsse, sagten sowohl der italienische Ministerpräsident als auch der Präsident Frankreichs. Diese neuen Klänge lassen sich als Echo auf die Stimme der Vernunft deuten, die in Karlovy Vary aufrief zur „Liquidierung der künstlich errichteten Hindernisse in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern Europas, was eine fruchtbare europäische Zusammenarbeit ... fördern wird".

De Gaulle tritt für eine selbständige, von Washington unabhängige europäische Politik ein. Dieser realistische politische Kurs findet selbst in der EWG Anklang, die von Washington noch unlängst als amerikanisches Bollwerk auf dem europäischen Kontinent betrachtet wurde. Und obwohl Bonn nach wie vor bemüht ist, den Gemeinsamen Markt zu seinen revanchistischen Zwecken zu mißbrauchen, sind die Möglichkeiten, die es dazu hat, zweifellos im Schwinden begriffen. Die gesellschaftlichen Kräfte Europas streben nach Entspannung, nach umfassender gesamteuropäischer Zusammenarbeit und nach der Freimachung des westlichen Teils dieses Kontinents von der aufdringlichen Bevormundung durch Washington, die Europa beträchtlichen Schaden zugefügt hat.



* Ausführlicher ist diese Frage in unserem Artikel „‚Kleineuropa' und England" (Heft 21 vom 24. Mai. d. J.) behandelt worden. *D. Red.*

INTERNATIONALE UMSCHAU

Falsch kalkuliert

Das amerikanische Zentrum für das Studium demokratischer Einrichtungen, eine Gründung der Ford-Stiftung, hat Ende Mai in Genf eine Konferenz unter der Devise „Pacem in terris" (Friede auf Erden) abgehalten, zu der fast 400 namhafte Politiker und Vertreter der Öffentlichkeit zahlreicher europäischer, asiatischer und lateinamerikanischer Länder eingeladen waren. Von den hundert Delegierten aus den USA waren die meisten Amtspersonen oder ehemalige Beamte. Nur wenige vertraten diejenigen Schichten der amerikanischen Gesellschaft, die Washingtons Aggressionspolitik mißbilligen und gegen sie protestieren. Auch Vertreter einiger sozialistischer Länder waren erschienen.

Die Veranstalter hatten gehofft, dieses Forum benutzen zu können, um die „Friedensliebe" der Vereinigten Staaten zu manifestieren, und sie hatten große Reklame für die Konferenz gemacht. Zur Berichterstattung über das Genfer Treffen fanden sich viele Reporter ein, allein die amerikanische Fernsehgesellschaft NBC schickte 25 Kameramänner. Aber die Möglichkeiten zur Diskussion waren wohlweislich eingeschränkt worden: Die Redezeit betrug nur drei Minuten.

Und doch haben sich die Veranstalter verrechnet. Die Diskussion nahm eine Wendung, die sie nicht erwartet hatten. Viele Redner verurteilten die US-Aggression in Vietnam mit Nachdruck und forderten ihre sofortige Einstellung. Darüber sprach namentlich Son Vensai (Kambodscha), der betonte, eine gute Grundlage für die friedliche Beilegung des Konflikts könnten die bekannten vier Punkte der Regierung der DRV sein. Jean Chauvel (Frankreich) wies gleichfalls auf die große Gefahr hin, die die Eskalation der US-Intervention in Vietnam in sich birgt. Marian Dobrosielski (Polen) stellte fest, daß die von den USA in Vietnam betriebene Politik der Stärke zum Scheitern verurteilt ist.

Scharfe Kritik wurde an der Haltung Bonns und Washingtons in der Deutschlandfrage geübt. Gerald Götting, ein Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates der DDR, prangerte die Revanchepolitik Westdeutschlands an, und der Herausgeber des französischen **Monde**, Beuve-Méry, betonte, daß die Bundesrepublik mit der Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze einen gefährlichen Kurs steuert.

Keineswegs lobend wurde die amerikanische „Entwicklungshilfe" erwähnt. José Jarari (Uruguay) stellte fest, daß die USA aus den Ländern, denen sie helfen, mindestens zehnmal soviel herauspumpen, wie sie ihnen geben. Prof. Inoki (Japan) wies auf die nachteiligen Folgen der Dollarexpansion für die japanische Wirtschaft hin.

Das Forum in Genf hat gezeigt, daß sich die Menschen nirgends mehr mit heuchlerischem Friedensgerede abspeisen lassen. Sie fordern praktische Maßnahmen zum Schutze des Friedens, zur Anbahnung einer echten internationalen Zusammenarbeit.

LATEINAMERIKA

Ein schlüpfriger Boden

„Mein neuer Posten gehört zu den schwierigsten in der Regierung", erklärte der jetzt zum Unterstaatssekretär für interamerikanische Angelegenheiten ernannte ehemalige USA-Botschafter in Kolumbien Covey Thomas Oliver Journalisten gegenüber.

So unrecht hat er nicht. In den letzten Jahren wurde dieser Posten sechsmal umbesetzt, was für Washington ein Rekord ist. Bisher hat das Weiße Haus vergebens nach jemand gesucht, der imstande wäre, das Streben der lateinamerikanischen Länder nach voller nationaler Unabhängigkeit in eine für Washington ungefährliche Bahn zu lenken.

Die Taktik der Peitsche und des Zuckerbrots, die die bisherigen Unterstaatssekretäre — Thomas Mann (1964), Jack Vaughn (1965), Lincoln Gordon (1966) — zu betreiben suchten, hat nichts gefruchtet. Jetzt ist mit der Führung der Lateinamerikapolitik der USA ein in den lateinamerikanischen Angelegenheiten besonders versierter Politiker betraut worden.

In Kolumbien unterließ Oliver nichts, um dessen Bürgern zu beweisen, daß er sie und alles Kolumbische außerordentlich liebe. Eines Tages sagte er sogar zu Journalisten, die kolumbischen Frauen hätten die schönsten Beine der Welt.

Jetzt ist Covey Thomas Oliver also auf einen Schlüsselposten im State Department aufgerückt. In Washington glaubt man offenbar, daß der erfahrene Diplomat auf diesem schlüpfrigen Boden nicht ausgleiten wird wie seine Vorgänger. Was zu bezweifeln ist.

ITALIEN

Ein Interview, das nicht erschienen ist

In der Nacht zum 25. Mai war Rom der Schauplatz einer Demonstration gegen den Vietnamkrieg, die zu diesem Zeitpunkt bereits an die sieben Stunden gedauert hatte. Überall sah man Spruchbänder mit der Forderung nach Einstellung der Bombenabwürfe auf Nordvietnam. Unter den Tausenden von Demonstranten waren Kommunisten, Sozialisten und Katholiken.

In der Menge befand sich auch ein gesetzter Herr mit Doppelkinn, in dem die Journalisten den USA-Botschafter in Warschau, John Gronouski, erkannten, der gerade einen Abstecher nach Rom gemacht hatte. Neugierig wie er war, verließ er in dieser Nacht die amerikanische Botschaft, die von starken Polizeikräften bewacht wurde, und ging zusammen mit einigen anderen Amerikanern die Via Veneto auf und ab, auf der die Demonstration im Gange war. Ein Journalist bat ihn um ein Interview, und Mr. Gronouski gewährte es gern trotz der fortgeschrittenen Stunde. Was jetzt in Rom vor sich gehe, sagte er mit liebenswürdigem Lächeln, beweise noch einmal, wie angenehm es sich in einem demokratischen Lande leben läßt, wo die Menschen ihrer Unzufriedenheit

Ausdruck geben können, ohne Verfolgungen befürchten zu müssen.

Mr. Gronouski hätte seinem Gesprächspartner sicherlich noch sehr viel Interessantes zu erzählen gewußt, aber in diesem Augenblick fielen Überfallkommandos der Polizei über die Demonstranten her. Viele wurden verwundet, über hundert verhaftet. Auch Mr. Gronouski kam dabei zu Schaden. Die USA-Botschaft zog es allerdings vor, über diesen Zwischenfall Schweigen zu bewahren, aber die in Rom erscheinende amerikanische Zeitung **Daily Rome American** plauderte die Sache aus. Ihre Notiz trug den Titel „US-Diplomat hat etwas abbekommen".

Soweit wir wissen, ist das Interview, das Mr. Gronouski in dieser Nacht gewährte, nicht veröffentlicht worden. Wie bedauerlich: Die blauen Flecken, mit denen er nach Hause kam, erhärten doch am besten seine These von den Segnungen der westlichen Demokratie.

LUXEMBURG

Armeeversteigerung

Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg hat mehrere Tausend Paar Soldatenschuhe und einige Dutzend Militärwagen versteigert. Es ist niemand mehr da, der diese Schuhe tragen oder mit diesen Wagen fahren könnte.

Vor kurzem wurde in diesem winzigen Staat die militärische Dienstpflicht abgeschafft. Der Verteidigungsminister motivierte den Beschluß folgendermaßen: „Unsere geringen finanziellen Möglichkeiten, unsere geographische Lage und unsere geringe Bevölkerungszahl machen jeden Vergleich zwischen den großen Militärmächten und Luxemburg gegenstandslos."

So wurde denn die 6000 Mann starke Armee des Großherzogtums aufgelöst und ihre Ausrüstung versteigert.

Aber die Regierung Luxemburgs durfte andererseits nicht die „atlantische Solidarität" und ihre NATO-Verpflichtungen vergessen. Damit im westlichen Verteidigungssystem keine gähnende Lücke entstehe, hat Luxemburg immerhin eine militärische Einheit bewahrt, die aus 600 Freiwilligen besteht. Sie sollen am Schutz der „atlantischen" Kommunikationen teilnehmen. Zur Zeit verhandeln die Luxemburger Behörden mit dem NATO-Kommando darüber, welcher Waffengattung diese Einheit angehören soll, der Infanterie oder der Artillerie. Jedenfalls, schreibt der französische Express, steht heute schon fest, daß sich das Kommando der Abteilung Luxemburgs aus 30 Offizieren und einem Zahnarzt zusammensetzen wird.

Vor einer Art von Schmerzen werden die Luxemburger Freiwilligen also bewahrt bleiben.

FRANKREICH

Zu teuer

Elendsviertel in Paris, in der glänzenden Hauptstadt eines der reichsten und zivilisiertesten Länder des Westens? Unmöglich! Und doch, am 16. Mai brachte der Pariser **Figaro** einen Artikel unter dem Titel „Die große Not der Bidonvilles", d. h. der Kanisterstädte. Wie sich herausstellt, gibt es bei Paris 89 solche Siedlungen der Ärmsten. In ihnen hausen über 50 000 Menschen.

Außerdem lagen in Paris am 1. Januar 238 104 Anträge von Wohnungsuchenden vor, wobei 45 000 von ihnen im Jahre 1966 eingereicht waren.

In Paris herrscht also große Wohnungsnot. Indessen stehen in Frankreich über 40 000 funkelnagelneue Wohnungen leer, davon ein großer Teil in Paris. Sie sind so teuer, daß man sehr wohlhabend sein muß, um sich ein so komfortables modernes Heim leisten zu können. Die Wohlhabenden aber haben sich solche Wohnungen in der Regel bereits angeschafft, und viele von ihnen besitzen außerdem noch ein Landhaus.

Der Staat und die Gemeinden bauen allerdings jedes Jahr eine gewisse Anzahl sogenannter verbilligter Wohnungen. Aber die Bewilligungen für diese Bautätigkeit werden gekürzt, und für die Ärmsten, deren Wohnungsnot am größten ist, sind auch Wohnungen in solchen Häusern unerschwinglich. Dem **Figaro** zufolge sind bedürftige Wohnungsuchende oft genötigt, zu verzichten, wenn ihnen endlich eine Wohnung zugewiesen wird. In Carcassone, einer kleinen Stadt, mußten von 540 solcher Wohnungen 332 an bessersituierte Leute vergeben werden, da diejenigen, für die sie bestimmt waren, die relativ hohen Mieten nicht zahlen können.

Die fortschrittlichen Organisationen, namentlich die Mieterbünde, fordern eine Revision der Wohnungspolitik der Regierung.

BRD

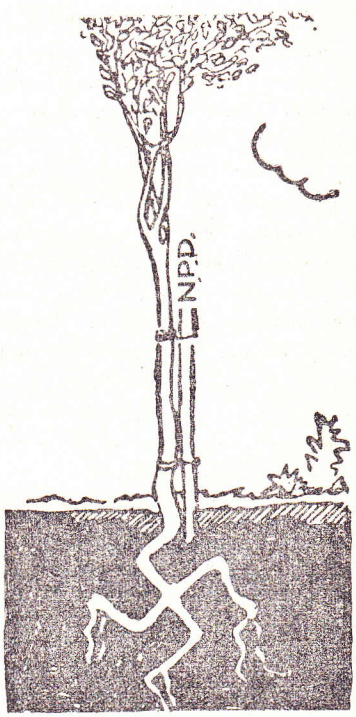
Nazis im Vormarsch

Am 4. Juni fanden in Niedersachsen Landtagswahlen statt. Die neonazistische NPD errang dort einen Erfolg: sie erhielt eine Viertelmillion Stimmen und zehn Sitze.

Als es unlängst in der NPD wegen des Zwists ihrer Führer zu einer Spaltung kam, frohlockte die Regierungspresse: Die Gefahr eines Rechtsradikalismus sei vorüber. Besonders nachdrücklich wurde das behauptet, nachdem der für den 10. Mai angesetzte Parteitag des extremistischen von-Thadden-Flügels der NPD vereitelt worden war.

Jetzt, nach den Wahlen in Niedersachsen, kann die Bonner Propaganda nicht mehr behaupten, daß die Gefahr des Neonazismus beseitigt sei. In fünf westdeutschen Ländern hat die NPD bereits über eine Million Stimmen erhalten. Das ist ein besorgniserregendes Ergebnis, besonders angesichts des jüngsten militärfaschistischen Umsturzes in Griechenland.

Frühling in der BRD



Kreslil Puchýř, *Rudé Právo*

Libuše BÁRTLOVÁ
ČSSR

Wo Menschen leben

Am 10. Juni jährt sich der Tag, an dem die Nazis das tschechische Dorf Lidice austilgten, zum 25. Male. Aus diesem Anlaß hat uns die tschechoslowakische Journalistin Libuše Bártlová, stellvertretende Chefredakteurin der Zeitschrift **Tschechoslowakische Jugend**, folgenden Artikel eingesandt.

Am 27. Mai 1942 fuhr der SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei und des SD und stellvertretender Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, auf dessen Befehl Tausende tschechische Patrioten ermordet wurden, von seinem Landsitz nach Prag. Als sich der Wagen dem Stadtrand näherte und in die Kiršmaierov-Allee abbog, stellten sich ihm zwei Männer in den Weg. Im letzten Augenbilck versagte ihre MPi, aber eine schwere Handgranate vollbrachte die Tat.

Die Befehle, Rache für Heydrich zu nehmen, der zu Hitlers Lieblingen gehörte, gab dieser selbst. Täglich brachten die Zeitungen lange Listen tschechischer Namen, die nicht mehr Lebenden gehörten. Viele andere Tschechen wurden in Gefängnissen und Konzentrationslagern umgebracht. Allein bei der „Großfahndung", die die Nazis in Prag gleich nach dem Attentat veranstalteten, wurden 13 119 Personen festgenommen, und die Nazis erschossen etwa 700 von ihnen wegen „Zustimmung zum Attentat", „Verbindung mit dem Ausland" und weil sie „Feinden des Reichs Unterschlupf gewährt" hätten. Unter den Hingerichteten waren viele namhafte tschechische Intellektuelle, auch der bekannte Schriftsteller Vladislav Vančura. Den Nazis reichte das aber noch nicht. Die deutsche Presse und der deutsche Rundfunk brachten folgende Meldung:

„Prag, 10. Juni. Amtlicherseits wird mitgeteilt, daß bei der Fahndung nach den Mördern Obergruppenführer Heydrichs unumstößliche Beweise dafür gefunden wurden, daß die Einwohner des Dorfes Lidice bei Kladno den Missetätern geholfen haben... Da die Einwohner dieses Dorfes mit ihrer Betätigung und mit ihrer Hilfe für die Mörder SS-Obergruppenführer Heydrichs schwer gegen die Gesetze verstoßen haben, sind sämtliche Männer des Dorfes erschossen, sämtliche Frauen ins KZ abtransportiert und sämtliche Kinder dem Staat zur Erziehung übergeben worden. Es ist Befehl ergangen, alle Bauten dem Erdboden gleichzumachen und den Namen des Dorfes von jetzt an nicht mehr zu nennen."

Somit haben die Nazis ganz offen eins ihrer Verbrechen ausgeplaudert. Aber selbst diese haarsträubende Meldung enthält nur einen Teil der Wahrheit. Außer sämtlichen Männern von Lidice wurden auch sieben Frauen erschossen, und 52 sind im KZ zugrunde gegangen. Von den 105 Kindern des Dorfes wurden 9 unter falschem Namen deutschen Familien übergeben. Die übrigen qualifizierte ein Rassenexperte der Nazis als „zur Eindeutschung untauglich", weshalb sie im KZ Chelmno „liquidiert" wurden.

In der amtlichen Meldung wurde das Verbrechen damit gerechtfertigt, daß die Einwohner von Lidice die Attentäter unterstützt hätten. In Wirklichkeit hatte keiner der Einwohner von Lidice etwas mit dem Attentat auf Heydrich zu tun. Das wußten die Nazis genau, aber sie wollten im „Protektorat" ein Exempel statuieren, und dazu taugte das Dorf in der Nähe von Prag, das größtenteils von Bergleuten bewohnt war, durchaus. Die Urheber der Schandtat wollten damit jeden Gedanken an einen Widerstand gegen die Besatzer im Keim ersticken. Sie hatte aber die gegenteilige Wirkung.

Die Länder, durch die Hitlers Wehrmacht marschierte, brauchten keinen Beweis dafür, was der Faschismus wirklich ist. In anderen Weltgegenden aber konnte die Nazipropaganda damals noch viele irreführen. Die Menschen konnten sich schwer an den Gedanken gewöhnen, daß das Volk Goethes und Schillers etwas mit den Missetaten zu tun haben sollte, die in der Geschichte nicht ihresgleichen hatten. Die Warnungen der Kommunisten, die den Faschismus als erste durchschaut hatten, wurden oft als übertrieben bezeichnet. Nun aber half die Meldung über die Vernichtung von Lidice, die die Faschisten selbst veröffentlichten, viele Zweifel zerstreuen.

Die Welt war erschüttert. Überall fand die Tragödie von Lidice Widerhall. In verschiedenen Gegenden der Welt benannte man Straßen und Plätze nach dem fernen tschechischen Dorf. Zum Gedenken an die Opfer des Naziverbrechens wurden Mahnmale errichtet. Viele Mädchen, die damals zur Welt kamen, wurden Lidice genannt. Der Name, den die Nazis aus dem Gedächtnis der Menschen getilgt zu haben glaubten, rüttelte das Gewissen der Menschheit wach.

„Lidice wird leben!" Unter dieser Losung entstanden anfangs einzelne Komitees und später eine breite Solidaritätsbewegung in England, Mexiko und einigen anderen Ländern. Sie wurde unterstützt von Albert Einstein, Maxim Litwinow, Charlie Chaplin, Thomas Mann und einigen anderen angesehenen Politikern, Wissenschaftlern und Künstlern.

Über Lidice wurden Musikwerke und Bühnenstücke geschrieben. Heinrich Mann schrieb einen Roman mit dem Titel „Lidice" und Leonid Leonow ein Drehbuch. Das Sowjetvolk, das damals eigentlich im Zweikampf mit Hitlers Kriegsmaschine stand, bekundete dem tschechischen Volk seine brüderliche Solidarität. Angesehenste Publizisten schrieben in der sowjetischen Presse über Lidice, und Dichter riefen in ihren

Versen zum Kampf gegen die Henker von Lidice auf. Ein sowjetischer Panzer, der den Namen Lidice trug, schlug die Besatzer auf sowjetischem und später auf tschechoslowakischem Boden und ist noch heute in Prag als Denkmal zu sehen.

Warum ist gerade das tschechische Dorf Lidice in aller Welt so bekannt geworden? Gab es denn in den zeitweilig besetzten Gebieten der Ukraine, Belorußlands, Polens, Jugoslawiens und anderer Länder Europas nicht Hunderte oder gar Tausende eingeäscherte und vernichtete Dörfer, denen es ebenso ergangen war? Die Nazihenker mordeten friedliche Bewohner von Kiew und Minsk, Feodossia und Smolensk, sie zerstörten eine Unmenge von Dörfern, deren Bewohner die Partisanen unterstützt hatten. Genau zwei Jahre nach den Geschehnissen von Lidice verübten sie in dem französischen Städtchen Oradour-sur-Glane und später in dem italienischen Städtchen Marzabotto ebensolche Verbrechen. Sie mordeten Millionen in den Konzentrationslagern. Aber keins dieser Verbrechen haben sie schriftlich eingestanden. Nur einmal, als sie sich noch als Sieger fühlten, zeigten sie der Welt, was sie mit allen Gegnern vorhatten. Die fortschrittliche Menschheit nahm die Herausforderung an und schrieb den Namen Lidice auf ihre Fahnen.

Seit dem 10. Juni 1942 sind 25 Jahre vergangen. Eine neue Generation ist herangewachsen, und in der Welt ist vieles anders geworden. Verändert hat sich auch die Stätte, wo einst das Dorf stand, das die Nazis dem Erdboden gleichmachten.

Das tschechische Wort Lidice bedeutet „Ort, wo Menschen leben". Und wirklich, Lidice lebt wieder. Einer von den Truppenteilen der Sowjetarmee, die die Tschechoslowakei befreite, errichtete auf der verbrannten Erde des zerstörten Dorfes das erste Denkmal. Dann entstanden dort neue, moderne Häuser. Im Juli 1947 nahmen Delegierte der ersten Weltfestspiele der Jugend und der Studenten, die in Prag abgehalten wurden, an den Bauarbeiten teil. Heute ist Lidice eine schöne, in Blumen gebettete Ortschaft mit rund 420 Einwohnern. Zu dem Gedenkhaus, das 1962, zum 20. Jahrestag der Geschehnisse, gebaut worden ist, kommen Gäste aus aller Welt. An der Stelle, wo die Bewohner von Lidice erschossen wurden, liegen immer viele Kränze. Die Bänder tragen Aufschriften in allen Sprachen, und diese Aufschriften rufen die Menschen dazu auf, wachsam zu sein und auf Erden eine Welt aufzubauen, in der solche Schandtaten unmöglich sind.

Lidice ist aber leider nicht nur Vergangenheit. Am 25. Jahrestag der Ereignisse vom 10. Juni 1942 ist es angebracht, daran zu erinnern, daß manche von den Mördern, die so eifrig Befehlen Hitlers und Himmlers nachkamen, in Westdeutschland ein Wohlleben führen. Noch heute ist der Gestapomann Geschke, einer der Rädelsführer bei den Morden von Lidice, nicht gefunden. Der SS-Mann Krumey, der in Berliner Büros die Anweisung ausfertigte, nach der die Kinder von Lidice vergast wurden, ist nach dem Krieg Kaufmann geworden und der gerechten Strafe ebenfalls entgangen. Kann man denn Gerechtigkeit erwarten, wenn jetzt z. B. die in der Bundesrepublik erscheinende *Sudetendeutsche Zeitung* schamlos behauptet, Heydrich sei verbrecherisch ermordet und die Einwohner von Lidice seien mit Recht erschossen worden!

Anfang dieses Jahres richtete die in vier Sprachen erscheinende Zeitschrift *Tschechoslowakische Jugend* zum bevorstehenden 25. Jahrestag der Geschehnisse von Lidice folgende Fragen an ihre Leser:

1. Glauben Sie, daß sich die Tragödie von Lidice in der heutigen Welt wiederholen kann oder wiederholt?
2. Was muß getan werden, damit so etwas nie wieder geschieht?

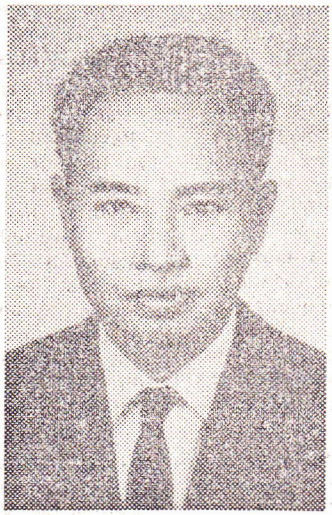
Wir haben schon aus verschiedenen Ländern die ersten Antworten erhalten. So schreibt uns Ilone Winkler aus der DDR: Die Verbrechen, die die Faschisten in Lidice, in polnischen, sowjetischen, französischen und anderen Städten und Dörfern begangen haben, wiederholen sich jetzt in Vietnam. Die amerikanischen Imperialisten ermorden dort viele unschuldige Menschen und äschern ihre Häuser ein. Mit Ilone ist Ewald Kretschmar aus der Bundesrepublik Deutschland einverstanden. Er schreibt: Heute liegt Lidice in Vietnam. Sein Landsmann Gerd Sauer fügt hinzu: Die Schandtaten und Verbrechen der SS werden heute in Südvietnam fortgesetzt, dort werden sie von Handlangern General Kys und seinen amerikanischen Herren begangen. Wer sie unterstützt, unterscheidet sich nicht im geringsten von den ehemaligen Kriegsverbrechern.

Mit dem Gedenken an Lidice schützen die Bewohner aller Länder und Erdteile auch ihre eigenen Heimstätten. Wer nicht will, daß sich solche Verbrechen wiederholen, hat kein Recht, das Vergangene zu vergessen.

Prag

Biographisches

Norodom Phurissara



Prinz Norodom Phurissara, der Außenminister des Königreichs Kambodscha, weilte vom 29. Mai bis zum 7. Juni zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion.

Er ist am 13. Oktober 1919 geboren, hat die Rechte studiert und steht seit 1944 im Staatsdienst. Er war erster Stellvertreter des Gouverneurs einer Provinz von Kambodscha und bekleidete später Posten im Außen- und im Planungsministerium.

1961 wurde Prinz Phurissara zum erstenmal Mitglied des Ministerrats, u. zw. als Vizestaatssekretär für das Innere. Von 1962 bis 1964 war er Staatssekretär für das Innere und für Kultusangelegenheiten. In den folgenden Jahren stand er der Verwaltung des Ministerrats vor und war zugleich Dekan der Rechtsfakultät an der Königlichen Universität Pnom Penh. Seit November 1966 ist er Außenminister.

R. Palme DUTT

Wohin geht China?

Man sollte nicht meinen, daß der immer zügellosere und wahnwitzigere Kurs, den die offizielle Führung der KP Chinas nach dem VIII. Parteitag einschlug, in der Partei nicht auf Widerstand gestoßen wäre.

Dieser Kurs führte nicht nur in China selbst, sondern auch in internationaler Hinsicht zu Fehlschlägen und verderblichen Folgen.

Die katastrophalen Auswirkungen des „großen Sprungs" haben wir bereits gesehen. Nicht von ungefähr werden die seinerzeit feierlich proklamierten astronomischen Zahlen heute nicht mehr erwähnt.

Die neue Linie brachte auch eine Reihe von Niederlagen auf internationaler Ebene. Die größte kommunistische Partei außerhalb des sozialistischen Lagers — die KP Indonesiens mit ihren drei Millionen Mitgliedern, deren Führung den chinesischen Kurs unterstützte — erlitt eine so schwere Niederlage wie keine kommunistische Partei nach Hitlers Machtantritt in Deutschland.

Die Kommunistische Partei Japans berichtete Anfang 1967 über die Fakten, die den Aufenthalt ihrer Delegation in Peking im Jahre 1966 betrafen. Die Delegation hatte ein gemeinsames Kommuniqué entworfen, in dem die Fragen erwähnt wurden, über die sie sich bei Verhandlungen mit Liu Schao-tsi und Teng Hsiao-ping und anschließend auch mit Tschou En-lai, Pen Tschen und Kang Tscheng geeinigt hatte. Aber Mao lehnte den vereinbarten Entwurf des Kommuniqués ab, weil in ihm „die Kommunistische Partei der Sowjetunion nicht dem USA-Imperialismus gleichgesetzt wurde", und verlangte, daß ins Kommuniqué „die Position der antiamerikanischen und antisowjetischen Einheitsfront" aufgenommen werde. Infolgedessen wurde dieses Kommuniqué nicht unterschrieben, und in ganz Peking wurde die Kommunistische Partei Japans in Maueranschlägen als „revisionistisch" bezeichnet. Das veranlaßte die KP Japans, über den wirklichen Hergang zu berichten. Die *Akahata*, das Organ der KP Japans, erklärte, daß die Partei es ablehne, den Satz zu akzeptieren, nach welchem „das Kriterium für Marxismus-Leninismus oder für Revisionismus die vorbehaltlose Beherzigung der Äußerungen Mao Tse-tungs ist", und betonte, daß die „dogmatischen Beschuldigungen", die gegen die japanische KP erhoben werden, beweisen, daß diejenigen, die für die Verbreitung einer solchen Beschuldigung die Verantwortung tragen, die Rolle von „Sabotageagenten in der kommunistischen Weltbewegung" spielen.

Die amtliche Nachrichtenagentur der Koreanischen Volksdemokratischen Republik verurteilte am 27. Januar 1967 in einer Erklärung die lügnerische Propaganda der Zeitungen und Flugblätter der „Roten Wachmannschaften" über einen angeblichen Staatsstreich in Korea und bezeichnete diese Gerüchte als „unduldbare Verleumdung der Partei, der Regierung, des Volkes und der Volksarmee unseres Landes".

Die Partei der Werktätigen Vietnams hat, wie wir gesehen haben — unverkennbar im Gegensatz zu den Behauptungen der KP Chinas — der Sowjetunion öffentlich ihr Vertrauen ausgesprochen.

Ministerpräsident Castro hat im Namen der kubanischen Revolution die chinesische Regierung in einer offiziellen Erklärung vom 6. Februar 1966 öffentlich verurteilt und sie verantwortlich gemacht für „die flagrante Verletzung des elementarsten Gefühls der Achtung, die sozialistische und sogar nichtsozialistische Länder einander entgegenbringen müssen". Er erklärte:

„Spaltung angesichts des Feindes war nie eine richtige Strategie, war nie eine revolutionäre Strategie, war in keiner Epoche der Geschichte, in keiner Periode des Lebens der Menschheit seit dem Auftauchen des ersten Revolutionärs in der Welt eine vernünftige Strategie."

Die Spaltergrüppchen, die Peking — oft mit beträchtlichem finanziellem Aufwand — in verschiedenen Ländern geschaffen hat, sind unverkennbar gescheitert.

Da der abenteuerliche und dogmatische Kurs der Pekinger Führer auf internationaler Ebene wie auch in China selbst diskreditiert und zusammengebrochen ist, war es kein Wunder, daß sich in der chinesischen KP einschließlich ihrer obersten Führung eine wachsende Opposition bemerkbar machte.

Im Dezember 1959 schied Mao Tse-tung aus dem Amt des Vorsitzenden der Volksrepublik China aus, um sich, wie es damals hieß, ganz auf die Lage in der Partei zu konzentrieren und mehr Zeit für die theoretische Arbeit zu haben. Im April 1960 wurde Liu Schao-tsi Vorsitzender der Volksrepublik China.

Die weiteren Ereignisse, die mit der „Kulturrevolution" zusammenhingen, und die Tatsachen, die im Laufe dieser „Revolution" ruchbar wurden, zeigen, daß die Opposition, zu der die prominentesten Parteiführer gehörten, schon damals den „großen Sprung" als „Prahlerei", „Phantasmagorie" und „Ersetzung der Wirklichkeit durch die Illusion" verurteilt hatte. Diese Opposition unternahm auf der Sitzung des Zentralkomitees im Dezember 1959, auf der die Irrealität der Angaben über die gewaltigen Erfolge des „großen Sprungs" zugegeben werden mußte, eine „wütende Attacke" und begann später im Zusammenhang mit den „wirtschaftlichen Schwierigkeiten" der Jahre 1959—1962, die die Folge dieses „großen Sprungs" waren, „eine neue Offensive" (Siehe *Tsefangtsiunpao* vom 8. Mai 1966).

Zu den Funktionären, die dieser Opposition angehören — man nannte sie zuerst „Rechtsopportunisten", dann Leute, „die den kapitalistischen Weg betreten haben" —, werden der Vorsitzende der Republik, der Generalsekretär der Partei und viele andere Führer wie auch Funktionäre der wichtigsten Parteikomitees, darunter der von Peking, Schanghai und anderen größten Zentren, gezählt, besonders derjenigen, in denen die Arbeiterklasse konzentriert ist.

Diese Opposition, die in der Partei und in der Arbeiterklasse bereits zur Zeit des „großen Sprungs" entstanden ist und die sich gegen die extremen Auswüchse des wahnwitzigen, abenteuerlichen und in letzter Instanz antileninistischen und antiinternationalistischen Kurses wendet, ver-

Schluß (Anfang s. Heft 20, 21 und 23)

fügt über eine beträchtliche Stärke. Wie schwierig und gefährlich die Lage in China gegenwärtig im Zusammenhang mit den schonungslosen Versuchen, die Opposition zu unterdrücken, auch sein mag, beweist dieser aktive Kampf der Hauptschichten der Arbeiterklasse und der Partei überzeugend, daß es im Lande entscheidende positive Kräfte gibt, die die weitere Zukunft der chinesischen Revolution bestimmen werden.

Angesichts dieser Tatsachen werden die Ursachen und der Zweck der außergewöhnlichen Offensive klar, die als „Kulturrevolution" bezeichnet wird.

Anfangs, in den ersten Monaten des Jahres 1966, mochte es scheinen, daß sich diese Offensive hauptsächlich gegen bestimmte, für reaktionär befundene Tendenzen auf dem Gebiet der Literatur und der Kultur richtete. Zu jener Zeit richtete sich diese Offensive scheinbar nicht gegen die höchsten Funktionäre, sondern gegen einzelne Kulturschaffende, gegen diejenigen, die die Propaganda, die Zeitungen und die Zeitschriften in der Hauptstadt, in Peking, leiteten.

Bald wurde jedoch klar, welchen politischen Zweck diese „Kultur"revolution verfolgt. Im August 1966 wurde auf einer Plenarsitzung des Zentralkomitees eine großangelegte politische Offensive begonnen. Dabei wurde behauptet, der Kampf richte sich gegen die Leute, „die an der Macht sind, sich in die Partei eingeschlichen haben und den kapitalistischen Weg gehen". Ihr Widerstand sei „immer noch stark und hartnäckig". Es wurde die Aufgabe gestellt, „alle diese Leute, die an der Macht sind und den kapitalistischen Weg gehen, ihrer führenden Ämter zu entheben und so den proletarischen Revolutionären die Möglichkeit zu geben, die Führung wieder in die Hand zu nehmen".

Wer sind diese Leute, „die in der Partei an der Macht sind und den kapitalistischen Weg gehen"? Darüber war lange Zeit nichts zu vernehmen. Es wurden keinerlei Beweise angeführt, sondern man beschränkte sich darauf, die „erzreaktionären bürgerlichen Rechten und die konterrevolutionären Revisionisten" in allgemeinen Ausdrücken zu verdammen. In der Augustresolution des Zentralkomitees wurden keine Namen genannt.

In den folgenden Monaten erfuhr man jedoch die Namen der so scharf Angegriffenen: Sie wurden entweder direkt in der offiziellen Presse genannt oder ihrer Posten enthoben, öffentlich an den Pranger gestellt, bei Massendemonstrationen erniedrigt oder schließlich in Flugblättern verurteilt und mit Narrenkappen durch die Straßen geschleppt. Von einigen wurde mitgeteilt, sie seien verhaftet oder hätten Selbstmordversuche gemacht. Die Leute, denen vorgeworfen wird, daß sie „den kapitalistischen Weg" gingen, sind diejenigen, die der Führung angehörten, aber seit dem „großen Sprung" gegen die von Mao Tse-tung durchgedrückte vehement-extremistische Politik protestiert hatten. Die meisten von ihnen sind bekannte Parteiführer, die viele Jahre für die Revolution gekämpft haben.

Die Kräfteverteilung wird klar, wenn man die Namen betrachtet.

An Mao Tse-tungs Seite stehen vor allem sein Sekretär Tschen Po-ta und Lin Piao, der 1959 Peng Te-huai als Verteidigungsminister ablöste, ferner Mao Tse-tungs vierte Frau, die ehemalige Schauspielerin Tsiang Tsing. Premierminister Tschou En-lai bekennt sich in der Öffentlichkeit zu den Formeln der „Kulturrevolution", verknüpft sie aber stets mit Aufforderungen zur Mäßigung und mit Warnungen, allzu viele Funktionäre anzugreifen, wie auch mit Mahnungen, der Produktion keinen Schaden zuzufügen.

Zu den Angegriffenen gehören in erster Linie der Vorsitzende der Republik, Liu Schao-tsi, der Generalsekretär der Partei, Teng Hsiao-ping, der verhaftete Oberbürgermeister von Peking Pen Tschen, des weiteren Liu Ting-ji, der seit 1949 für die Propaganda verantwortlich war und im Juli 1966 seiner Posten enthoben wurde, Tschou Jang, der stellvertretende Leiter der Propagandaabteilung des ZK, der im Juli 1966 abgesetzt wurde, Lo Jui-tsching, der Stabschef der Armee (auf einem Foto, das in einer Zeitung der „Roten Wachmannschaften" veröffentlicht war, ist zu sehen, daß sein eines Bein geschient ist, und im Text zu diesem Foto hieß es, er habe einen Selbstmordversuch gemacht), schließlich Po I-po, der ehemalige Leiter des Staatlichen Wirtschaftskomitees und Stellvertretende Premierminister des Staatsrats. Angegriffen wurden auch Tschu Teh, Peng Te-huai und Ho Lung, drei hervorragende Militärs, die viel zu dem großen Sieg von 1949 beigetragen hatten, sowie viele, viele andere.

Es wurde auch erklärt, daß viele führende Parteikomitees unter „kapitalistischem" Einfluß ständen und gewaltsam aufgelöst werden müßten. Das wurde von den Parteikomitees von Peking, Schanghai, Nanking, Nangtschang und vielen anderen Städten behauptet.

Aufschlußreich ist ferner folgendes: Im Januar 1967, als die Armee zum Einschreiten gegen die Massenopposition aufgefordert wurde, schrieb das offizielle Armeeorgan, die *Tsefangtsiunpao*, wie die Agentur Hsinhua am 25. Januar berichtete, die Mao-Anhänger seien zwar „zeitweilig in der Minderheit", doch müßten die Streitkräfte „sie ohne jedes Schwanken unterstützen".

Es ist völlig klar, daß die „Kulturrevolution" eine Offensive gegen die Hauptkräfte in der Partei, gegen ihre Stammfunktionäre und gegen ihre Bollwerke ist und daß ihr Zweck darin besteht, dem Lande und der Partei trotz der Opposition der meisten anderen Führer die politische Linie Mao Tse-tungs aufzuzwingen, die in immer größeren Verruf gerät.

Es ist klar, daß die „Kulturrevolution" eine Offensive vor allem nicht gegen den angeblichen „Kapitalismus" ist, sondern eine Offensive gegen das Gros der Kräfte der Partei und ferner, wie die zahlreichen späteren Zusammenstöße zeigten, gegen die Arbeiterklasse. Dadurch wird begreiflich, warum diese Offensive lediglich mit Hilfe einer außerhalb der Partei und der Arbeiterbewegung gegründeten Sonderorganisation betrieben werden kann.

Faßt das Zentralkomitee einer kommunistischen Partei einen Beschluß, so werden mit seiner Ausführung gewöhnlich die Parteiorganisationen betraut. In diesem Fall griff man zu einer ganz anderen Methode: Man setzte sich über die Parteiorganisationen hinweg.

Im Mai 1966 wurde eine besondere Organisation, die sogenannten roten Wachmannschaften, gebildet. Das geschah höchst einfach: Alle Schulen und Hochschulen wurden für ein Jahr geschlossen und Dutzende Millionen Halbwüchsige ohne die geringste politische Erfahrung auf die Straße gelassen. Sie wurden zu dieser Offensive aufgeboten. Die Aktion wurde ihnen durch die Resolution des Zentralkomitees vom 12. August 1966 befohlen. Die offizielle Zustimmung erhielten sie am 18. August 1966 während einer auf Initiative Mao Tse-tungs organisierten Massendemonstration in Peking, auf der Mao die Armbinde mit der Aufschrift „Rote Wachmannschaft" anlegte.

Die „Kulturrevolution" in China ist schon deswegen Hohn auf die Kultur, weil sie damit begann, daß man die ganze junge Generation viele Monate der Schule und dem

Studium fernhielt, was der Ausbildung der für das Land so dringend nötigen gebildeten Kräfte einen nicht wiedergutzumachenden Schaden zufügt.

Die Angriffe der „Roten Wachmannschaften" auf die Partei und die Arbeiter stießen auf Widerstand. In der offiziellen Presse und im Rundfunk wurde ständig über Zusammenstöße und Streiks berichtet. Es hieß, die Massenorganisationen der Arbeiter seien „genasführt" oder „betrogen" worden, es seien „irreführende" Losungen ausgegeben worden, z. B. „Verteidigt die Parteikomitees!", und man habe die „revolutionären Studenten" als „Meuterergruppen" und „Konterrevolutionäre" beschimpft.

Es ist eins, den großen Führer einer siegreichen Revolution zu achten. Aber das unsinnige Geschwätz, die Lehre Mao Tse-tungs könne in wunderbarer Weise bei der Lösung aller und jeglicher Probleme vom Tischtennis bis zum Friseurwesen helfen, mußte in der ganzen Welt Verwunderung und Spott hervorrufen. Aber auch diese unverkennbare Sinnlosigkeit hat ihren Sinn. Was für ein Prinzip, was für eine Idee hätte diese Dutzende Millionen von Halbwüchsigen inspirieren und auf den Weg des Banditismus stoßen können? Ihre Organisationen, die „Roten Wachmannschaften", haben nichts zu tun mit dem kommunistischen Jugendverband, der aufgelöst worden ist. Sie haben keine marxistisch-leninistische Schulung. Statt dessen sagt man ihnen, daß „jedes Wort des Vorsitzenden Mao eine Wahrheit ist und viel mehr bedeutet als zehntausend einfache Wörter" (*Tsefangtsiunpao* vom 19. Dezember 1966). An sie wandte man sich nicht im Namen der Kommunistischen Partei, im Gegenteil, man forderte sie auf, die Parteikomitees zu verachten und „unter Feuer zu nehmen". Man inspirierte sie nicht mit den Idealen der kommunistischen Weltbewegung und des sozialistischen Weltlagers. Statt dessen flößt man ihnen ein, daß sie einen wilden, hysterischen Haß empfinden müßten, wenn sie einen Vertreter der Sowjetunion, ja einen einfachen Menschen oder selbst ein Kind aus einem sozialistischen Lande zu Gesicht bekämen. Man hat ihnen nichts gelassen außer einer Gottheit, dem „Vorsitzenden Mao" als der allumfassenden, unfehlbaren magischen Antwort auf alle Fragen und Probleme.

Kein Wunder, daß diese Halbwüchsigen nicht imstande waren, die entscheidende Offensive zu unternehmen. Man nannte sie die vorgeschobene „Stoßkraft", deren Zweck es sei, den „Frontalangriff" zu unternehmen und den „Widerstand zu brechen" (*Schenminschipao* vom 29. August 1966). Aber man durchsetzte ihre Reihen mit Erwachsenen als „Instrukteuren" und begann zugleich, neue Sonderorganisationen zu gründen, die der sogenannten Revolutionären Aufrührer, die gleichfalls lediglich auf dem Prinzip der Ergebenheit für Mao beruhen. Nach Maßgabe dessen, wie die „Kulturrevolution" vorangetrieben wurde, wurden gerade diese Gruppen der „Aufrührer" immer mehr in den Vordergrund geschoben, damit sie die vorhandenen Parteikomitees und örtlichen Selbstverwaltungsorgane ersetzten. Zugleich berichteten die offizielle Presse und der Rundfunk immer wieder, daß die Arbeiter und die Parteiorganisationen bald hier, bald dort diese Offensive vereitelten.

Ende Januar kam der Befehl, die Armee einzusetzen. Die Armeezeitung *Tsefangtsiunpao* schrieb laut einem Hsinhua-Bericht vom 25. Januar, die „Kulturrevolution" sei in „ein neues Stadium" eingetreten, und die Streitkräfte könnten ihre Einmischung nicht mehr vermeiden. Derselbe Artikel enthielt die offenherzige Erklärung, die wir oben anführten, daß, obwohl die Anhänger Maos „zeitweilig in der Minderheit sind", die Streitkräfte „sie ohne jedes Schwanken unterstützen müssen".

Von da an nahmen die Mitteilungen des Pekinger Rundfunks und der offiziellen Presse immer mehr den Charakter militärischer Lageberichte an, in denen es hieß, daß eine Provinz nach der anderen erfolgeich der örtlichen Parteiführung „abgewonnen" sei.

Welche Beziehungen bestehen jetzt zwischen den Klassenkräften in China?

Alle offiziellen chinesischen Erklärungen beantworten diese Frage sehr einfach. Im Gange sei die Entscheidungsschlacht um die Macht zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse. Das sei die „Revolution des Proletariats zum Zweck der Liquidierung der Bourgeoisie", schrieb die *Hungtsi* in Heft 2 dieses Jahres.

Wie ist nun diese Bourgeoisie beschaffen? Kennzeichnenderweise meint die offizielle Propaganda keineswegs die wirklichen Kapitalisten, die es sich in China mit dem Segen des Regimes wohl sein lassen. In China leben heute über eine Million Kapitalisten von der Ausbeutung der Arbeiterklasse. Achtzehn Jahre nach dem Sieg der Volksrevolution erhalten sie vom Staat nach wie vor jährlich fünf Prozent des Wertes ihrer nationalisierten Betriebe ausgezahlt. Nach dem ursprünglichen Beschluß des Staatsrates sollte die Auszahlung dieser Zinsen an die Bourgeoisie Ende 1962 eingestellt werden. Dann wurde jedoch beschlossen, sie bis 1966 fortzusetzen, und jetzt ist entschieden worden, die Zinszahlung um weitere zehn Jahre zu verlängern.

Ist diese „Revolution zum Zweck der Liquidierung der Bourgeoisie" etwa gegen die wirklichen Kapitalisten gerichtet? Absolut nicht. Diese bleiben völlig ungeschoren. Gegen sie ist keine Offensive im Gange.

Die sogenannte Offensive gegen die „Bourgeoisie" ist eine Offensive gegen die revolutionären Parteifunktionäre und Kämpfer, die beschuldigt werden, in irgendeiner Hinsicht nicht einverstanden gewesen zu sein oder an der wahnwitzigen, abenteuerlichen Politik Mao Tse-tungs, an der Politik des „großen Sprungs" und an anderen Maßnahmen, Kritik geübt zu haben. Möglicherweise sind diese Parteiführer dafür verantwortlich, daß Mao im Dezember 1959 als Vorsitzender der Republik abtreten mußte und durch Liu Schao-tsi ersetzt wurde. Heute sind sie Gegenstand der erbittertsten Offensive (unter den Losungen „Kritisieren und liquidieren" und „Denjenigen die Macht nehmen, die hohe Posten in der Partei bekleiden und den kapitalistischen Weg gehen")...

Noch absurder sind die verschiedenen Definitionen und widerspruchsvollen Formeln, die in den offiziellen Erklärungen über den Charakter der „Kulturrevolution" im Hinblick auf die Macht im Staate zu lesen sind. Seit die „Kulturrevolution" als der „Entscheidungskampf" des Proletariats gegen die Bourgeoisie definiert worden ist, heißt es, die „Zentralaufgabe" der „Kulturrevolution" bestehe darin, daß das Proletariat der Bourgeoisie und ihren Agenten in der Partei die politische Macht abgewinnen müsse. „Der Marxismus-Leninismus, die Lehre von Mao Tse-tung lehren uns, daß die Hauptfrage der Revolution die politische Macht ist. Die Zentralaufgabe der großen proletarischen Kulturrevolution besteht in letzter Instanz in einem Kampf, in dessen Ergebnis das Proletariat dem Häuflein der Leute in der Partei, die hohe Posten bekleiden und den kapitalistischen Weg gehen, die Macht entringt." („Proletarische Revolutionäre, vereinigt euch!", *Hungtsi*, Nr. 2, 1967.)

Aber wenn es dem Proletariat erst bevorsteht, die politische Macht zu ergreifen, wie ist dann der bestehende Staat zu bezeichnen? Ist er ein Staat der Diktatur des

Proletariats, oder ist er es nicht? In diesen Fragen bestand in der Kommunistischen Partei Chinas, die nie ein Programm hatte und es auch heute nicht hat, von jeher Streit und Verwirrung...

Um diesen Widerspruch aufzuheben, schlug *Hungtsi* in dem bereits erwähnten Heft eine neue Formel vor: „Vorsitzender Mao lehrt uns: Wenn wir diesen Leuten die Macht entringen, so wird das eine Revolution sein, bei der eine Klasse die andere Klasse unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats stürzt, d. h. eine Revolution des Proletariats zur Liquidierung der Bourgeoisie." Das Proletariat muß also „unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats" für die Ergreifung der politischen Macht kämpfen. Eine blendende Formulierung!

Dieser Wirrwarr und diese Widersprüche bei den Versuchen, eine theoretische Basis für die „Kulturrevolution" zu finden, lassen den wahren Charakter der jetzigen schonungslosen Offensive, durch die der Widerstand der Andersdenkenden gebrochen werden soll, durch die sie gezwungen werden sollen, die immer mehr in Mißkredit geratende Katastrophenpolitik des wirtschaftlichen Abenteurertums, des Abgehens vom Marxismus-Leninismus und der Feindschaft gegenüber dem sozialistischen Lager und der internationalen Einheit der Kommunisten zu unterstützen, noch deutlicher hervortreten. Der unverkennbare Widerstand, den viele Parteiorgane, Parteifunktionäre und auch Arbeiter dieser Offensive leisten, ist der positivste Zug der jetzigen alarmierenden Situation.

Die jetzige Lage in China ist sowohl vom Standpunkt der inneren Perspektiven des Landes als auch ihrer internationalen Folgen zweifellos sehr ernst und gefährlich.

Innerhalb Chinas hat sich der offene Konflikt sowohl in den höchsten Sphären der Führung der Partei und des Regierungsapparates als auch an Ort und Stelle, in den Provinzen und Städten, offenbart. Die Gruppe, die die Zentralführung der Partei beherrscht, betreibt im Namen Mao Tse-tungs eine erbitterte Offensive gegen die Mehrheit der bekanntesten Parteiführer und der wichtigsten Provinz- und Stadtparteikomitees. Diese Offensive ist auf den Widerstand vieler örtlicher Parteiorganisationen und breiter Schichten der Arbeiterklasse gestoßen, was zu Streiks und Zusammenstößen geführt hat.

In internationaler Hinsicht ist die große Gefahr noch augenscheinlicher. Der Konflikt, dessen Anfangsstadium ideologische Differenzen mit der Führung und der Politik der meisten sozialistischen Länder und kommunistischen Parteien waren, hat zu abstoßendsten Ausschreitungen geführt. Es ist ganz klar, daß sich der innere Kampf in China verstärkt hat und daß darum gegenwärtig versucht wird, die Leidenschaften des Volkes und seinen Zorn nach einer anderen Richtung hin zu lenken, indem man sie in einen hysterischen Haß auf die Vertreter der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder verwandelt. Solch ein Vorgehen kann man nur provokatorisch nennen. Es besteht die Gefahr, daß all diese Wahnsinnstaten zu einer offenen Kriegssituation führen können.

Und was dann?

Die Ereignisse entwickeln sich schnell; was man schreibt, ist veraltet, bevor es gelesen werden kann. Es können neue Informationen eintreffen, die die Analyse der jetzigen Lage ergänzen und das Wesen dieses Kampfes, die bestehenden Tendenzen und die Gruppierungen innerhalb der Führung und der Partei besser erkennbar machen. Nichtsdestoweniger ist es notwendig und zweckmäßig, den Versuch zu unternehmen, selbst auf der Grundlage der vorhandenen, einstweilen beschränkten Information eine vorläufige Einschätzung der jetzt eingetretenen akuten Lage zu geben, die die Völker der ganzen Welt nur mit Besorgnis betrachten können. Ein solcher Versuch wird in diesem Aufsatz unternommen.

Die Lage ist in dem kritischen Stadium, das die chinesische Revolution durchmacht, außerordentlich gefährlich. Sie kann sich noch verschlechtern, bevor sie sich zum Besseren wendet.

Aber wer sich zu ihr äußern will, darf zwei Umstände nicht außer acht lassen.

Erstens: China ist ein sozialistisches Land. Während des ersten Planjahrfünfts wurde dort ein festes Fundament für den Sozialismus gelegt. Trotz des abstrakten Geredes von einem „Entscheidungskampf" zwischen „Sozialismus" und „Kapitalismus" in China liegen nicht die geringsten Anzeichen dafür vor, daß das Fundament des Sozialismus vernichtet wäre. Das Volk kann nicht so leicht auf die Errungenschaften seiner Revolution verzichten, dank denen es den Gutsherren und den reaktionären Kapitalisten, die mit dem Imperialismus verbunden sind, die Macht im Lande genommen hat. Der Sozialismus ist eine gewaltige schöpferische Kraft. Der Vormarsch des Volkes und die Entwicklung der Produktivkräfte, die der Sozialismus freisetzt, können durch eine unvernünftige Politik aufgehalten, aber keineswegs völlig zum Stillstand gebracht werden. Der Widerstand, auf den die erbitterte Offensive der Mao-Tse-tung-Leute bei der Arbeiterklasse und den gesunden Kräften in der Partei stößt, ist der positivste Faktor der jetzigen ernsten Situation. Die Erfahrung beweist, daß sozialistische Revolutionen schwierige und gefährliche Phasen durchlaufen können, sie aber schließlich überwinden und weiterschreiten.

Zweitens: Die Hauptverantwortung für die jetzigen Schwierigkeiten in China trägt — nicht in innerer, sondern in internationaler Hinsicht — der amerikanische Imperialismus, der eine verbrecherische aggressive Rolle spielt. Die Imperialisten der Vereinigten Staaten haben China der ihm rechtmäßig zustehenden Stellung in der internationalen Politik beraubt und unternehmen unablässig Aggressionsakte. Hätten die chinesischen Vertreter die Möglichkeit erhalten, den ihnen zustehenden Platz neben den sowjetischen Vertretern unter den fünf ständigen Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrats einzunehmen, und hätten sie diesen Platz von 1949 bis heute innegehabt, so hätte das nicht nur einen großen und segensreichen Einfluß auf die internationale Lage gehabt. Es hätte auch bedeutet, daß die chinesischen Vertreter ebenso wie die Sowjetunion genötigt gewesen wären, konkrete Antworten auf die mannigfaltigen Fragen zu finden, die sich in der internationalen Arena erheben, anstatt abseits zu stehen und kritische abstrakte Formeln herzubeten.

Trotz der jetzigen gewaltigen Schwierigkeiten und Gefahren, die sich wohl einstweilen nicht vermindern werden, glauben wir weiterhin an die Zukunft der großen chinesischen Revolution und des chinesischen Volkes, an die Schaffenskräfte der sozialistischen Revolution. Wir sind überzeugt, daß die Kommunistische Partei Chinas, die an der Spitze der chinesischen Arbeiterklasse und des chinesischen Volkes steht, die jetzigen Probleme bewältigen und die Auswirkungen des gegenwärtigen, unverkennbar anomalen Entwicklungsstadiums beseitigen wird. Wir erwarten den Augenblick, in dem China sich auf den ihm zukommenden Ehrenplatz in der Gemeinschaft der sozialistischen Völker begibt und die Kommunistische Partei Chinas gleichfalls ihren verantwortlichen und ehrenvollen Platz in der brüderlichen Gemeinschaft der kommunistischen Weltbewegung einnimmt.

Nikolai WELTOW

Washingtons Achillesferse

JAMES P. WARBURG. **The United States in the Postwar World.** Atheneum, New York, 1966.

James Warburg, in den USA als Fachmann für weltpolitische Probleme bekannt, gab Ende 1966 ein Buch mit dem Titel „Die Vereinigten Staaten in der Nachkriegswelt" heraus, in dem er die Rolle Amerikas in der Weltpolitik kritisiert.

Der Verfasser ist einer von denen, die nicht nur nahe mit der Außenpolitik der USA in Berührung gekommen sind, sondern sie in gewissem Grade gemacht haben. Warburg trat seine politische Laufbahn vor mehr als dreißig Jahren an, als Präsident Roosevelt im Weißen Haus seinen Einzug hielt und ihn zu seinem Finanzberater ernannte. Damals präsidierte Warburg im Vorstand einer Wall-Street-Bank und beteiligte sich, nachdem er den Posten in der Regierung bekommen hatte, rege an der Ausführung des Rooseveltschen „New deal". Im zweiten Weltkrieg war er für die amerikanische Propaganda in Europa zuständig, und seit 1945 beschäftigt er sich, da er solide praktische Erfahrungen hat, damit, die Außenpolitik seines Landes theoretisch zu untersuchen.

Schon im Vorwort zu seinem Buch umreißt Warburg seine Einstellung zum außenpolitischen Hauptkurs der USA. Er schreibt, „...daß in der ganzen Nachkriegszeit, von 1945 bis 1965, die Außenpolitik der USA durch eine Heidenangst vor dem Kommunismus entstellt war, die ihr die klare Perspektive nahm ... und die USA dazu gebracht hat, der Welt ihre Vormundschaft aufzuzwingen".

Ihr Bestreben, die ganze Welt zu „führen", begründeten die herrschenden Kreise der USA mit ihrem zeitweiligen Monopol auf die Atomwaffen. Als Deckmantel für diese unverkennbar imperialistischen Anmaßungen sollte die wütende antikommunistische Politik dienen, bei der man sich auf eine angebliche Aggressivität der Sowjetunion berief, die eine Gefahr für Westeuropa darstelle. Im Jahre 1947 ließ man den bekannten Diplomaten George Kennan die Doktrin der „Eindämmung" verkünden, die Präsident Truman zum Fundament seiner Außenpolitik machte.

Der Verfasser des Buches erklärt Trumans sturen Antisowjetismus mit dessen politischer Kurzsichtigkeit. Er schreibt: „Der einzig mögliche Frieden war wieder ein Frieden auf Vereinbarung. Die Regierung Truman aber war nicht gewillt und auch nicht fähig, das zuzugeben." (S. 96.)

Die Regierung Eisenhower, die 1952 ihr Amt antrat, trug dem entstandenen Kräfteverhältnis Rechnung und gab dem Druck der Weltöffentlichkeit nach, als sie gezwungenermaßen die Aggression in Korea einstellte, die unter Truman eingeleitet worden war. Aber ebenso wie sein Vorgänger war Eisenhower „ein überzeugter antikommunistischer Kreuzfahrer" (so Warburg).

Die Leistungen der Sowjetunion bei der Entwicklung thermonuklearer Waffen und der Raketentechnik sowie bei der Erschließung des Kosmos durchkreuzten die Pläne Staatssekretär John Foster Dulles' für eine „massierte Vergeltung", auf denen unter Eisenhower die außenpolitische Strategie der USA beruhte. Der sowjetische Sputnik strafte die Behauptung, daß die USA unverwundbar seien, Lügen. Dieser neue Bankrott der aggressiven Politik Washingtons nötigte viele nüchtern denkende amerikanische Politiker dazu, die Möglichkeiten der amerikanischen Außenpolitik mit anderen Augen anzusehen.

Nach Ansicht des Verfassers sei unter John Kennedy „ein Bruch mit der Vergangenheit" eingetreten. Warburg hebt den jüngsten Präsidenten Amerikas auf ein Postament, muß aber zugeben, daß „Kennedy nicht alle Weltprobleme gelöst hat. Er hat keinen Weg zu einer europäischen Regelung gefunden. Durch seine Vietnam-Politik hat er das Problem China außerordentlich kompliziert gemacht." Warburg ist davon überzeugt, daß Kennedy „wenigstens den Beginn der notwendigen Entspannung zwischen der Sowjetunion und dem Westen erreichte, indem er der Außenpolitik der USA eine ganz andere Richtung gab; doch die meisten spezifischen Probleme, die ihm die Regierung Eisenhower hinterlassen hatte, blieben ungelöst, und die Entspannung selbst war labil" (S. 154).

Diese Kritik Warburgs an der „Ära Kennedy" ist zweifellos interessant. Die bürgerlichen Geschichtschreiber des Westens idealisieren ja absichtlich alles, was mit John Kennedy zusammenhängt. Dabei blieb die Zielsetzung der Politik der USA — das Streben nach einer Weltherrschaft unter der Flagge des Antikommunismus — auch unter diesem amerikanischen Staatsmann unverändert, der unstreitig zu den klügsten und weitestblickenden gehörte. Kennedy betrieb diese Politik bloß mit anderen Methoden. Ein Anhänger „flexiblen Reagierens", der begriff, daß ein thermonuklearer Konflikt sein Land in Todesgefahr brächte, schlug Kennedy anstelle der überlebten sowjetfeindlichen Doktrinen eine neue, eine Art „Friedensstrategie" vor. Sie lief darauf hinaus, den Kampf gegen den Kommunismus in friedlichen Bereichen — in Wirtschaft, Bildungswesen, Wissenschaft, Kultur und Ideologie — zu intensivieren.

Ende 1965 nahm Warburg, von Präsident Johnson eingeladen, an einer Konferenz über internationale Zusammenarbeit teil, die im Weißen Haus stattfand. Ebenso wie viele andere Teilnehmer war er von den Ergebnissen enttäuscht. Er schreibt: „Die Konferenz war nicht so sehr dazu anberaumt worden, Empfehlungen für eine Verbesserung der auswärtigen Beziehungen der USA zu machen, wie dafür, die Politik der Regierung gutzuheißen. Auf der Konferenz wollte fast jeder eine Diskussion über Vietnam, man merkte aber deutlich, daß die Regierung sie nicht wollte." Nach Warburgs Ansicht hat die Regierung Johnson aus der Konferenz folgende Lehre gezogen: „Sie hat offenbar gemerkt, daß der allgemeine Glauben an ihre Aufrichtigkeit schwer erschüttert ist." (S. 175.)

Sehr besorgt ist Warburg über den unmittelbaren Einfluß der Eskalation in Vietnam auf das politische Klima in den USA. Er schreibt: „Man konnte sich immer weniger des Gefühls erwehren, daß ein militärischer Juggernaut die Landespolitik unter seine Kontrolle genommen hat."

Im zweiten Teil seines Buches geht Warburg auf die Probleme ein, an deren Lösung sich die USA seiner Meinung nach beteiligen müßten. Das wäre erstens das enorme Anwachsen der Erdenbevölkerung und im Zusammenhang damit das zunehmende Mißver-

hältnis zwischen dem Lebensstandard in den entwickelten und dem in den Entwicklungsländern. Weiter wären das „die unzureichenden Programme der USA-Hilfe an andere Staaten, die sich zu einem unverhohlenen antikommunistischen Feldzug ausgewachsen haben und hauptsächlich dazu bestimmt sind, einen Wall gegen den Kommunismus aufzurichten, nicht dazu, die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern" (S. 211). Das dritte Problem besteht schließlich darin, daß „die Nachkriegspräsidenten Lippenbekenntnisse für die Weltorganisation abgelegt haben, aber daß keiner, vielleicht mit Ausnahme von Kennedy, auch nur die geringste Absicht gezeigt hat, die UNO zum tragenden Pfeiler der amerikanischen Außenpolitik zu machen" (S. 226).

Die Analyse der amerikanischen Außenpolitik nach dem Krieg bringt Warburg zu einem für Washington unerfreulichen Schluß, nämlich: „Wir haben unsere Kraft dafür vergeudet, unvernünftig und eigensinnig ein völlig negatives Ziel zu verfolgen" (gemeint ist der Kampf gegen den Kommunismus), „statt sie für den positiven Zweck zu benutzen, der Menschheit Gerechtigkeit und Frieden zu bescheren." (S. 267.) Das ist eigentlich das Leitmotiv des Buches. Gerade in der falschen Ausgangsstellung sieht Warburg die Ursache der außenpolitischen Fehlschläge früherer und heutiger Staatsmänner der USA.

James Warburg verficht mit allem Nachdruck seinen Standpunkt. Vor kurzem hat er in einem Schreiben an die *New York Times* nochmals daran erinnert, daß der amerikanische Einfall in Vietnam „einer wirklichen Ost-West-Entspannung im Wege steht... Wir haben kaum Beweise dafür, daß unsere Regierung erkannt hätte, wie arrogant und unvernünftig ihr Versuch ist, der Welt eine pax americana aufzuzwingen, die diese Welt nicht will und nicht akzeptiert."

Es ist symptomatisch, daß Warburgs Buch erschienen ist. In den USA grübeln denkende Menschen immer mehr über die Spanne zwischen der Politik Washingtons und der Realität auf unserem Planeten nach.

CHRONIK

Mai 1967

29.—30. Zum zehnjährigen Bestehen des Vertrags von Rom über die Gründung der EWG konferieren dort die Staats- und Regierungschefs der EWG-Länder (Italiens, Frankreichs, Westdeutschlands, Belgiens, Hollands und Luxemburgs).

29.5.—3.6. In Rom findet die zweite Tagung der sowjetisch-italienischen Kommission für wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit statt.

30. Oberstleutnant Odumegwu-Ojukwu erklärt Ostnigeria zur unabhängigen Republik Biafra.

Präsident Nasser und König Hussein von Jordanien schließen einen fünfjährigen Vertrag über gemeinsame Verteidigung.

30.5.—2.6. Auf Einladung Seiner Majestät Mohammed Zahir Schahs weilt Nikolai Podgorny, der Präsidialvorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Afghanistan. Vor seiner Abreise wird ein gemeinsames Kommuniqué ausgegeben.

31. In Moskau wird dem amerikanischen Maler Rockwell Kent der Internationale Lenin-Preis „Für Festigung des Völkerfriedens" überreicht.

Juni

1. Die fortschrittliche Weltöffentlichkeit begeht den Internationalen Kindertag.

In Beirut werden die Dokumente der Beratung von Vertretern der kommunistischen Parteien der arabischen Länder herausgegeben, die im Mai stattgefunden hat. Sie betraf aktuelle Fragen der nationalen Freiheitsbewegung in der arabischen Welt und Probleme der kommunistischen Weltbewegung.

In Paris konferieren eine französische und eine sowjetische Delegation über gemeinsame Raumforschungen, kosmische Verbindungen, den kosmischen Wetterdienst und die Aeronomie.

2. In Nikosia schließen die Gesellschaft UdSSR—Zypern und die Zyprisch-Sowjetische Gesellschaft für Freundschaft und kulturelle Verbindungen ein Abkommen über Zusammenarbeit für 1967 und 1968.

Die Sowjetregierung protestiert in einer Note an die Regierung der USA gegen den provokatorischen Banditenakt der amerikanischen Streitkräfte, die das sowjetische Schiff „Turkestan" im vietnamesischen Hafen Campha bombardiert haben.

3. Vom ZK der KPdSU eingeladen, trifft eine vom Generalsekretär der KP Finnlands, Ville Pessi, geführte Parteidelegation in Moskau ein.

5. Die Israeli-Truppen fallen in der VAR ein. Als Antwort auf die Aggression haben die VAR, Syrien, Jordanien, der Irak, Algerien, Kuweit, der Libanon und der Sudan Kampfhandlungen gegen Israel aufgenommen.

In New York tagt eine Sondersitzung des Sicherheitsrates über die Lage im Nahen Osten.

Die Sowjetregierung richtet an die Regierung der USA eine Protestnote als Bestätigung derjenigen vom 2. Juni, die der Regierung der USA wegen des Überfalls amerikanischer Kampfflugzeuge auf das sowjetische Schiff „Turkestan" im Hafen Campha zugeleitet wurde.

Über der DRV sind insgesamt 1997 USA-Flugzeuge abgeschossen worden.

6. Die Sowjetpresse bringt im Zusammenhang mit der bewaffneten Aggression Israels gegen die VAR eine Erklärung der Sowjetregierung.

Redaktion: Moskau K-6,
Maly Putinkowski
pereulok 1/2

Chefredakteur: Natalja SERGEJEWA
Stellvertretende Chefredakteure: V. Bereshkow, L. Sedin, N. Sluzker
Redaktionskollegium: I. Andronow, L. Besymenski, P. Jefimow, M. Kremnjow, I. Trofimowa, D. Wolski

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics









Reiseparadies Bulgarien

Im vorigen Jahr kamen fast anderthalb Millionen Auslandstouristen nach Bulgarien. Dieses Jahr werden noch mehr erwartet. Die bulgarische Regierung hat, unabhängig von der Regelung auf der anderen Seite, für 1967 den Visazwang für Touristen aus allen Ländern aufgehoben.

Links: **Blick auf Plovdiv; eine Bergstraße; in der Umgebung von Belogradtschik**; rechts: **Touristen im Rila-Gebirge.**



Die Grenzen des Staates Israel sind auf dem Kartenschema entsprechend dem Beschluß der Vollversammlung der UNO vom 29. November 1947 angegeben, nach dem Palästina in zwei unabhängige Staaten, einen jüdischen und einen arabischen, geteilt werden sollte. Punktiert ist die Demarkationslinie gezeigt, die durch das Waffenstillstandsabkommen vom 20. Juli 1949 nach dem israelisch-arabischen Krieg festgesetzt wurde. 1 — Territorium des arabischen Staates. 2 — Entmilitarisierte Zone.

На немецком языке